Antifa-Nachrichten-Doku

#8 - September '95
A 13803 - 3,50 DM

Was geht ab?

Nazi-Demo in Roskilde

Der Anfang:



Das Ende:



Bürger und Antifas stoppen und vertreiben sie

HALLO!

Na, frisch aus dem Sommer zurück? Uns hat der Alltag schon wieder eingeholt und eine Menge Arbeit beschert. Immerhin kam die "Was geht ab?" zwei Monate lang nicht heraus und da war jetzt viel zu tun. Insgesamt 217 Artikel sind in dieser Ausgabe zu besichtigen. Darunter leider auch wieder Berichte über zusammen 43 Tote - von Rassisten ermordet, auf der Flucht gestorben oder wegen drohender Abschiebung selbst getötet. Das System fordert seine Opfer, bald werden nur noch Strichlisten geführt, die dahinterstehenden Menschen verblassen. In der nächsten Nummer werden wir eine solche Liste veröffentlichen: Flüchtlinge, die auf ihrem Weg in die Festung Europa, oder auch schon hier angekommen, durch die Flucht gestorben sind, ermordet wurden oder sich selbst umgebracht haben.

Erstmals haben wir die Rubrik "Titel" drin, die wir jedoch nicht als feste Einrichtung installieren. Nur wenn uns ein Artikel oder Thema als besonders wichtig erscheint, werden wir das an den Anfang des Heftes stellen. Diesmal ist es das Thema "Nazi-Aktionswoche zum Todestag von Rudolf Heß".

Mit dieser Ausgabe haben wir dann auch unser selbstgestecktes Ziel überschritten, mindestens sieben Nummern zu schaffen. Es wird also weiterhin die "Was geht ab?" geben. An diesem Punkt übrigens einen bösen Gruß an die MitleserInnen, die unser Magazin aus beruflichen Gründen lesen und auch an diejenigen, die sie auswerten, weil sie politisch auf der anderen Seite stehen. Wir hoffen, daß Ihr durch uns noch möglichst lange und viel Arbeit haben werdet!

Zum Schluß noch eine Anregung: Die "WGA" besteht ja zum Großteil aus Zeitungsartikeln, die wir zugeschickt bekommen oder selber heraussuchen. Was noch immer viel zu kurz kommt, sind Berichte von AntifaschistInnen. Seien es mal ein Überblick über die Aktivitäten in der Region (wie diesmal auf Seite 14 und 20) oder Aktionsberichte. Wir halten die Nachrichten aus der bürgerlichen Presse zwar für informativ, aber aus Erfahrung wissen wir auch, daß sie meist nur eine Seite betrachtet. Berichte aus der Sicht der Betroffenen oder AktionistInnen sind uns aber genauso wichtig. Also schickt uns, was Ihr gerne veröffentlicht haben wollt oder wo Ihr denkt, daß andere was damit anfangen können. Das gilt auch für Fotos, möglichst als Originalabzug, nicht als Kopie.

Der Redaktionsschluß für die Oktober-Ausgabe ist am 20. September, bis dann muß alles hier sein. Adresse und Fax-Nummer stehen gleich rechts.

In diesem Sinne:

Tschüß

So funxioniert diese Zeitung:

Die *Was geht ab?* ist eine Nachrichten-Dokumentation, keine theoretische oder Hintergrund-Zeitung. Wir dokumentieren Vorkommnisse, von denen wir aus diversen Quellen erfahren haben. Die Zeitung ist sortiert in die Bereiche **Bundesweit**, die einzelnen **Bundesländer** in alphabetischer Reihenfolge, **International**, **Neuerscheinungen** (fällt diesmal aus) sowie dem **Index**. Am Anfang jedes Artikels steht die Quellenangabe bzw. eine Auswahl. Die Artikel sind nicht mit dem Text der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf. Der Index ist sortiert nach den **Stichworten**, **Organisationen/Medien**, **Personen** und **Orte**. Es werden immer die Seitenzahl und Teile der Überschrift angegeben.

Was geht ab?

Impressum

Was geht ab? #8

Erscheinungsdatum:
1. September 1995
2. Jahrgang

Herausgeber:
A-Point e.V.

Redaktion:
Edelweiß-Piraten Berlin

Verantwortlich iSdP:
Für nicht oder mit "WGA" gekennzeichneten Artikel:
Kai Mara

Bei allen anderen Artikeln ist der ViSdPder Quelle verantwortlich

Sammelanschrift für alle:

Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Fax: 030 / 694 67 95

Konto:

A-Point e.V.
Nr. 733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Coupon

zum Abonnieren und Weiterverkaufen:

O **Ich möchte die Was geht ab? abonnieren!**

O **Abo (10 Nummern) ab #_______ für 35 DM**

O **Förder-Abo (10 Nummern) ab #_______ für 50 DM**

O **Archiv-Abo (#1-15) für 45 DM**

O **Ich möchte die Zeitung weiterverkaufen!**

Bitte schickt mir __________ Exemplare der #_______

für 2,50 DM pro Stück plus 6 DM Versandpauschale

O **Ich möchte die Zeitung bis auf Widerruf weiterverkaufen**

Bitte entweder Geld/Scheck beilegen oder Kopie des Einzahlungsbelegs!

Name und Adresse:

Adresse: Was geht ab?
Postfach 110 331
D-10833 Berlin
Konto: A-Point e.V
733 885-104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10
Kennw. WGA

INHALT:

Folgende* Quellen *haben wir für diese Ausgabe benutzt:

AN = Antifaschistische Nachrichten
Antifa-Café Innsbruck
Antifa Lörrach/Waldshut
Antifa Siegburg/Troisdorf
API = Antifa-Presse-Info
BeZe = Berliner Zeitung
BM = Berliner Morgenpost
bnr = blick nach rechts
Bündnis gegen Rechts, Celle
BZ = Berliner (Springer-)Zeitung
FR = Frankfurter Rundschau
HdK = Hinter den Kulissen
HNA = Hessisch-Niedersächs. Anzeiger
Initiative 13
JF = Junge Freiheit
JRE Bayreuth
JW = Junge Welt
KSA = Kölner Stadt-Anzeiger
MAZ = Märkische Allgemeine Zeitung
NBK = Nordbayrischer Kurier
ND = Neues Deutschland
NE = Nation + Europa
NIT = Nationales Infotelefon
RA = Ruppiner Anzeiger
'ran
Spiegel
SZ = Süddeutsche Zeitung
Taz = Die Tageszeitung
Tsp = Der Tagesspiegel
WGA = Eigener Bericht

Hey, AbonnentIn!

Schau vorn auf den Briefumschlag! Auf dem Adressenaufkleber steht unter der Absenderzeile in kleinen, fetten Buchstaben, bis wann bzw. bis zu welcher Nummer dein Abo läuft. Wenn es ausgelaufen ist, schicken wir auch noch eine extra Benachrichtigung.

Titel

Nazi-Aktivitäten zum Todestag von Rudolf Heß

WGA, Presse 10.- 21.8.95 - Schon seit Anfang August '95 riefen Neonazis zu einer „Rudolf-Heß-Aktionswoche" anläßlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters vom 12. bis 20. August '95 auf, sei es nun über diverse ***Nationale Infotelefone (NIT)*** oder über Flugblätter aus den möglichsten und unmöglichsten Ecken Europas. In Deutschland vertrieb ein ***Wunsiedel Koordinationsbüro/Die Nationalen*** ein Aufruf in dem sie verkündeten, daß sog. „Nationalautonome Fußballfreunde" bei wichtigen Spielen der Fußball-Bundesliga Nazi-Transparente in die Stadien nehmen werden. Außerdem wurden in mehreren Bundesländern etliche Demonstrationen und Einzelaktionen angekündigt. Unter anderem in Bayern und der Oberpfalz, woraufhin die Polizei ein entschiedenes Vorgehen gegen „Rechts- und Linksextremisten" ankündigte. In Frankfurt/Oder wurde ein Aufmarsch von rund 1.000 Neonazis angemeldet und verboten, ansonsten folgten noch etliche weitere Anmeldungen in Berlin und anderswo, welche natürlich auch verboten wurden. In Chemnitz nahm die Polizei am Auftaktstag der Aktionswoche am 12. August '95 rund 90 Neonazis fest, welche auf dem ehem. Truppenübungsplatz der NVA in Frankenberg eine Kundgebung abhalten wollten, 55 von ihnen wanderten in Polizeigewahrsam, wo sie bis zum 21. August blieben. Außerdem stellte die Polizei die Lautsprecheranlage, sämtlichen Alkohol sowie alle Tische und Bänke sicher. Damit war das Treffen erstmal geplatzt. Zwei Tage später, am 14. August '95, wurden nochmal 29 Nazis in Vorbeugegewahrsam genommen. Am Samstag, den 19. August nahm die Chemnitzer Polizei wiederum 24 Nazis fest, die bisher mit diversen schweren Straftaten unangenehm aufgefallen waren. In Hamburg löste die Polizei einen Aufmarsch von 50 Faschisten auf und nahm 15 von ihnen vorläufig fest. In der niedersächsischen Stadt Schneverdingen versammelten sich am selben Tag ungestört rund 250 Neonazis und marschierten zu einem örtlichen Soldatendenkmal und zogen dort ihre Show durch. Die Kundgebung verstreute sich, als die Polizei eintraf. **Michael Petri** (22), Bundesvorsitzender der ***Deutschen Nationalisten (DN)*** wurde festgenommen. Am Rande des Aufmarsches zündeten Antifas noch zwei Autos von Faschisten an. Am Wochende vor dem 7. August '95 kam es in Thüringen zu mehreren Nazi-Treffen, so versammelten sich in der Nacht zum 5. August in einem Garten in Gera eine Gruppe Neonazis mit „Sieg Heil" und Hitler-Gruß. Die Rechtsextremisten leisteten erheblichen Widerstand gegen die Polizei. Einige Polizisten wurden von den Faschisten getreten und geschlagen. Einer versuchte, noch vor Ort einen festgenommenen Nazi gewaltsam zu befreien. Gegen alle wird nun wegen Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung ermittelt. Am 5. August wollten in Nordhausen einige Neonazis gegen „staatliche Willkür, für Recht und Freiheit" demonstrieren. Aufgerufen hatte dazu ein ***Komitee für Demokra-***

tie und Meinungsfreiheit. Der Vorsitzende dieses Komitees ist der bekannte Quedlinburger Neonazi-Kader **Steffen Hupka** (33, Herausgeber der Nazi-Zeitung ***Umbruch***). Der bekannte Quedlinburger Neonazi-Rädelsführer **Christian Mohr** (20) bekleidet das Amt des stellvertretene Vorsitzende dieses Komitees. Er war auch Hauptverantwortlicher für den Überfall auf Quedlinburger Antifas am 13. Mai '95. Hupkas Haus wurde im Rahmen einer spontanen Antifa-Demo von rund 50 Antifas am 19. August '95, blockiert. Eine Gruppe von rund 20 Personen aus der rechtsradikalen Szene randalierten am 5. August '95 im einem Bierzelt bei einem Schützenfest in Gotha. Dabei wurden 28 Personen vorläufig festgenommen. Zu ihnen gehörte auch der Thüringer ***NPD***-Chef **Frank Golkowski**. Er hatte die Polizei behindert und war einem Platzverweis nicht nachgekommen. Die Gruppe wurde von zwei bekannten Rädelsführern aus dem Raum Saalfeld/Rudolstadt angeführt. Insgesamt nahm die Polizei 45 Faschisten in Thüringen fest (näheres dazu in dieser Ausgabe im Thüringer Bereich). Im brandenburgischen Erkner erwischte die Polizei zwei Jugendliche, als diese gerade Plakate zu Rudolf Heß klebten.

In Dänemark rief die ***Dänische Nationalsozialistische Bewegung (DNSB)*** zum Rudolf-Heß-Marsch nach Roskilde, denn dort saß bis zum 18. August der US-amerikanische ***NSDAP/AO***-Kader **Gary Lauck**, über dessen Auslieferung nach Deutschland bisher verhandelt wird. Im Voraus stoppte der Bundesgrenzschutz ca. 80 Neonazis auf dem Weg nach Dänemark. Viel zu wenig, denn mehrere Reisebusse mit Neonazis aus Hamburg und Hannover konnten durchsikkern, wie die Hannoversche Allgemeine Zeitung meldete. Die rund 150 Teilnehmer des Aufmarschs aus Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen und England wurden allerdings durch örtliche AntifaschistInnen aufgehalten und zum Rückzug gezwungen. Die Nazis wußten, daß es in Dänemark nicht leicht ist eine Veranstaltung zu verbieten und so wollten sie sich dort mal richtig „austoben". Der sozialdemokratische Bürgermeister **Henrik Christiansen** hatte die BürgerInnen noch aufgefordert, am besten zu Hause zu bleiben und jeden Kontakt mit den Nazis zu meiden - doch zum Glück taten sie genau das Gegenteil. Schon ab 11.30 Uhr blokkierten rund 30 Antifas den Treffpunktes der Nazis (Wikinger-Museum), wurden aber von der Polizei brutal weggezerrt und in Gewahrsam genommen. So war die Blockade bereits 13.15 Uhr beendet. Es gab weiterhin eine Blockade des Bahnhofes, die aber nicht viel brachte, weil die Nazis mit Autos kamen. Der größte Teil der Faschisten kam dann gegen 14.00 Uhr in einem Auto-Konvoi zum Treffpunkt. Darunter ein großer DNSB-Bus, in welchem **Friedhelm Busse**, Vorsitzender der in Deutschland verbotenen ***Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)*** mitfuhr. Zuvor stand ein größerer Pulk von Nazis vor dem DNSB-Zentrum in Greve, daraus bildetete sich vermutlich später der Konvoi. Die Nazis formierten sich zum Marsch und vorneweg die DNSB in Uniformen, mit Trommlern und Hakenkreuz- und dänischen Fahnen. Schon zu Beginn gab es lautstarken Protest von Antifas und Bürgern. Viele BürgerInnen pöbelten Nazis an, beschimpften sie, bespritzten sie mit Bier usw., worauf diese äußerst Agressiv reagierten und sehr eilig losmarschierten. Vorneweg der DNSB-Führer **Jonni Hansen** zusammen mit Friedhelm Busse. Sowieso waren aus Deutschland hauptsächlich Nazis aus FAP- Kreisen zu erkennen (außer **Bernd Stehmann** von der ***GdNF*** Bielefeld), obwohl die Deutschen recht stark vertreten waren, unter anderem mit einer Wagenladung Berliner. Deutsche Faschisten trugen ein Transparent (äußerst billig - selbstgesprüht) „Stoppt den BRD-Staatsterror". Außerdem trat die britische Nazi-Gruppe ***Combat- 18 (C-18)*** auf, mit dabei auch ihr Chef **Charlie Sargent**, Leute vom ***VAM***-Block (schwarz gekleidete Meute mit Fahne mit dem Symbol der Wolfsangel plus Schwert), einige Jugendliche welche Flugblätter einer ***Nationalistischen Jugend (NJ)*** aus Berlin verteilten und viele Einzelpersonen mit T-Shirts oder Abzeichen von ***Storm***, ***Ku-Klux-Klan*** u.ä., in alten SS- oder SA-Uniformen. Die Nazis wollten auf alle Fälle Stärke zeigen, d.h. viele waren vermummt, mit Schildern bewaffnet und und prollten mit Hakenkreuzen oder SS-Runen rum. Trotzdem wurden die Faschisten nervös, als ihr Aufmarsch durch Antifas und dann durch die Polizei gestoppt wurde. Außer Busse und einem Rollstuhlfahrer waren dieses Jahr kaum Ältere dabei. Einige Nazis filmten mit Videokameras. Während des Aufmarsches hing die ganze Zeit ein Pulk von Bürgerinnen und Antifas hintendran. Sie pöbelten zwar, wurden aber nicht handgreiflich weil die Nazis erstmal stärker waren. Es war klar, daß die Nazis darauf aus sind, Macht zu zeigen und nicht auf „Bürgernähe", griffen sie doch hin und wieder Fotografen und Bürger an. Dabei tat sich besonders der Wilhelmshafener Nazi-Schläger **Thorsten de Vries** hervor. **Christian Worch**, Vorsitzender der ***Nationalen Liste (NL)***, beteuerte Journalisten immer wieder ungefragt, daß er nur als Privatperson da sei. Nach Berichten einiger Antifas hat **Thomas Wulff**, genannt **Steiner**, ebenfalls Kader der NL, Busse ziemlich unfreundlich erklärt, daß er hier nichts zu melden hat, nachdem dieser Befehle erteilen wollte. Einige hundert Meter vor'm Gefängnis, in dem Lauck saß, griffen dann Antifas aus der nahen Demo die Nazis mit Steinen, Pyros und Flaschen an. Viele Nazis wurden unsicher, einige warfen Steine zurück, Worch und Wulff versuchten daraufhin ihre Leute zu beruhigen. Die Antifas wurden schließlich von der Polizei weggeprügelt (u.a.mit Tränengas) und die Nazis standen nun erstmal ratlos herum. Busse nutzte die Chance und gab ein Interview, in dem er sich aus Versehen als *„Vorsitzender der Deutschen Reichs.....äh der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei"* (O-Ton) vorstellte und sich die Einheit der deutschen Rechten wünschte. Er nannt die ***Front National*** aus Frankreich als Vorbild und sagte, daß er Hoffnung auf die europäische Jugend setze. Zum Schluß forderte er: *„Völkische Sozialisten aller Länder vereinigt euch!"*. Schließlich ordnete Jonni Hansen den Rückzug an. Die umstehende Menge jubelte. Die Nazis waren sichtlich geknickt, den selben Weg zurück zu müssen und den Marsch nicht bis zum Gefängnis geschafft zu haben Sie wurden immer dreister, zeigten den Hitlergruß, schrien „Sieg Heil" und sangen vollkommen peinlich auf dänisch „SA marschiert". Dadurch wurde in der Bevölkerung die Wut auf die Nazis immer größer. Auf dem Parkplatz wieder angekommen wurden dann die Nazis von BürgerInnen und Antifas massiv mit Flaschen und Steinen beworfen. Sie versuchten zwar, sich mit ihren Schildern zu schützen, flüchteten aber schließlich Richtung Roskilde Fjord. Viele hatten leichte Verletzungen. Nur durch Polizeischutz gelangten sie zurück zu ihren Autos. Als diese abfuhren, wurden die meisten Autos entglast. Und da war auch der Einsatz von de Vries zwecklos, welcher sich mit einen Schild auf die Kühlerhaube setzte und so die Scheibe schützen wollte.

Bundesweit

Neonazi offenbarte Waffendepots

JW 18.8.95 - Der militante Neonazi **Peter Naumann** hat dem Bundeskriminalamt und der Bundesanwaltschaft acht Depots mit Waffen und Sprengstoff offenbart. Naumann führt bereits seit Längerem eine Gruppe von Sprengspezialisten zu den Verstecken in Niedersachsen und Hessen. Insgesamt sollen es zwölf Deopts sein, die er aufzeigen will. Naumann hat sich eigenen Angaben nach dazu entschlossen, sich von der Gewalt als politischem Kampfmittel zu distanzieren. Er sagte, er habe die Absicht, dem rechten Lager *„zu signalisieren, daß der Weg der Gewalt kontraproduktiv"* sei. Vom Staat erhoffe er sich eine Lockerung der Verbotspolitik gegenüber braunen Organisationen. Nach Angaben eines BKA-Sprechers wurde mit dem Fund sehr brisantes Material aus dem Verkehr gezogen. Die Sprengstoffvorräte müßten als sehr bedeutsam angesehen werden. Naumann war früher Mitglied im ***Völkischen Bund*** und wurde 1988 unter anderem wegen eines Sprengstoffdelikts und der versuchten Bildung einer terroristischen Vereinigung zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Der studierte Chemiker gilt als „Bombenhirn" der Faschisten. Ausführlichere Informationen zu Naumann in der WGA #5.

Neues von den „Deutschen Nationalisten"

bnr 12/95, JW 8.6.95 - Diesen September wird das Koblenzer Landgericht das Hauptverfahren gegen 16 Neonazis wegen Fortführung der am 8. Dezember '92 verbotenen ***Deutschen Alternative*** eröffnen. Unter den Angeklagten sind mit **Michael Petri** (22), Bundesvorsitzender der ***Deutschen Nationalisten (DN)***, **Manfred Huck** (31), **Christian Hehl** (28) und **René Rodriguez Teufer** die ehemaligen Verantwortlichen der neonazistischen ***Aktionspartei Nationalrevolutionärer Kameraden (ANK)***. Weiterhin gehören **Sascha Gennaro, Chaves-Ramos** (22), ehemaliger Betreiber des ***Nationalen Info-Telefons (NIT)*** in Mainz, das Ehepaar **Curt** (63) und **Ursula Müller** (60), **Andreas Orf**, ehemaliger hessischer DN-Landesschatzmeister aus Wiesbaden, **Mike Ostwald** (23) und **Reinhard Hofnagel** aus Worms zu den Angeklagten. Anfänglich wurde sogar gegen rund 100 Personen aus dem Rhein-Main-Gebiet und Brandenburg ermittelt. Im März und Juli '93 fanden zwei große Razzien in mehreren Bundesländern statt. Im selben Monat gründeten sich dann die „Deutschen Nationalisten". Der ehemalige DA-Bundesvorsitzende **Frank Hübner** (29) arbeitet inzwischen bei der ***Berlin-Brandenburger Zeitung (BBZ)*** der rechtsextremen Sammlungsgruppe ***Die Nationalen*** mit. Der DN-Schatzmeister **Dirk Poser** (22) mußte mittlerweile sein Amt ruhen lassen, da er 1994 in den Knast kam. **Ilias Casteas** (23) teilte im November vergangenen Jahres dem Bundeswahlleiter mit, daß er sein Amt als zweiter DN-Bundesvorsitzender niedergelegt habe. Inzwischen wirkt er in Naumburg (Sachsen-Anhalt) und soll dort als Kopf des ***Arbeitskreises gegen politische Verfolgung*** fungieren, der die Freilassung des in Dänemark seit dem 23. März inhaftierten Neonazis **Gary Rex Lauck** (41), Chef der in Deutschland illegalen ***NSDAP/AO***, fordert. Casteas Nachfolger im Bundesvorstand wurde der ehemalige DN-Landesvorsitzende aus Berlin, **Carsten Engelhardt**. Der nordrhein-westfälische DN-Landesvorsitzende **Robert Langnickel** und sein Stellvertreter **Sven Schwerdtfeger** haben im vergangenen Jahr auf der Kommunalwahlliste der Dortmunder ***NPD*** kandidiert. **Robert Iwanzik**, stellvertretender DN-Landesvorsitzender in Bayern, betrieb kurzzeitig das NIT Schwaben in Königsbrunn bei Augsburg. Mittlerweile wird die DN als Verbotskandidat gehandelt.

Bei einer Durchsuchungsaktion gegen Empfänger einer rechtsradikalen Broschüre sind am 8. Juni '95 bundesweit etwa 80 Wohnungen und Häuser durchsucht worden. Gegen den Vertreiber der Broschüre, Michael Petri, ist ein Ermittlungsverfahren wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Verbreitung jugendgefährdender Schriften anhängig. In der seit 1993 von Mainz aus über Postversand verbreiteten Broschüre „Was uns Deutschen bevorsteht" wird gegen südliche AusländerInnen gehetzt. Zudem ist darin der Satz zu lesen „Deutsches Volk, wehr dich, sonst wirst du ausradiert".

Urteil gegen Neonazi Althans

BeZe 12.7., 2.8., JW 28.7., 23.8., SZ 16.8.95, WGA - Am 29. August '95 wurde der Neonazi **Bela Ewald Althans** vom Berliner Landgericht zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Die Anklage warf ihm Volksverhetzung, Leugnung der Judenvernichtung und die Verunglimpfung der Bundesrepublik vor. Ausschlaggebend sind Althans' Aussagen in dem Film „Beruf Neonazi", in denen er unter anderem behauptet hat, die Vergasungen von Juden in Auschwitz hätten gar nicht stattfinden können. Doch der Prozeß, der am 6. Juli '95 begann, geriet immer mehr zu einer Posse, Althans machte sich teilweise völlig zum Löffel. So behauptete er nicht nur, gar kein Nazi (mehr) zu sein, sondern sogar, daß er fünf Jahre lang (!) versucht hätte, aus der Szene auszusteigen. Doch durch „Verstrickungen, Verwechslungen und Geschichten" hätte er dazu keine Chance bekommen. Auch sein Versuch, Journalist für Mode und Lifestyle zu werden, sei gescheitert: „Keiner wollte mit mir zusammenarbeiten". Und auch seine schwule Beziehung in Holland wurde von den Linken zerstört. Als er dann angeblich eine Beziehung mit einer autonomen Antifaschistin anfing, kam er in den Knast. Unter Tränen sagte er, daß dadurch diese Beziehung zerstört wurde. Doch Althans trat zeitweise auch anders auf: Bestimmend, beherrschend, arrogant, selbst seinen Anwalt niederschreiend versuchte er an manchen Verhandlungstagen, als starke Persönlichkeit dazustehen. Doch in den wesentlichen Punkten der Anklage widersprach er sich teilweise und wirkte wenig überzeugend. Einerseits verleugnete er den Holocaust und verteidigte seine Aussagen in dem Film; andererseits war dann wieder von Verleumdungen und Verdrehungen die Rede und davon, daß alle seine Aussagen manipuliert worden seien. Er behauptete, seit 1993 Kontakte mit Autonomen und Antifas in München gehabt zu haben. Den Bericht des „Spiegel", daß er auch mit dem Bayerischen Verfassungsschutz zusammengearbeitet hat, stellte er als unwahr hin. Dann gab er aber wiederum zu, dort offen „über alle Erfahrungen und Verbindungen" reden zu wollen. Gerhard Forster, Präsident des VS in Bayern, sagte beim Prozeß aus, mit Althans hätte es keine Zusammenarbeit gegeben. Dies blieb genauso nebulös wie die gegenseitigen Angaben, ob Passagen im „Beruf Neonazi" manipuliert worden sind oder nicht. Althans behauptete, der Regisseur **Winfried Bonengel** hätte den Film nicht wie abgesprochen geschnitten, sondern „völlig verdreht". Durch falsche Plazierungen seien inhaltliche Veränderungen entstanden. Der vorgeladene Regisseur bestreitete dies. Er sagte, daß der Film von Althans in dieser Form autorisiert worden wäre. Am 15. August '95 beantragte daraufhin die Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe von drei Jahren. Staatsanwalt Reiner Krüger sagte, daß ein Teil der nicht gesendeten Tonaufnahmen noch schlimmer wären, als diejenigen, die im Film vorkommen. Daher kann von einer Verdrehung der Aussagen nicht die Rede sein. Auch den behaupteten Ausstieg aus der Naziszene könne Althans nicht glaubhaft machen, eher sei das Gegenteil der Fall. Als der Prozeß am 22. August zu Ende gehen sollte, stellte Althans dann erstmal wieder massig Anträge, um den Prozeß weiter in die Länge zu ziehen. Nach einem zweistündigen Monolog über seine ungerechte Behandlung und der „Kampagne von Ignaz Bubis gegen ihn" stellte er dann 40 neue Beweisanträge. Darunter vor allem die Vorladung diverser Journalisten, des Münchener Bürgermeisters und international führende Faschisten wie **David Irving** oder **Ernst Zündel**. Auch wollte er unbedingt eine Malediktologin (Schimpfwortwissenschaftlerin) vorladen, um einzelne Passagen des Films analysieren zu lassen. In der Urteilsbegründung stellte das Gericht fest, daß eine Abkehr vom Neonazismus bei Althans nicht erkennbar ist.

REDAKTIONSSCHLUSS
FÜR DIE #9 IST AM
20. SEPTEMBER '95!

Später Prozeß gegen Christian Worch

AN 14/95 - Vor nunmehr zwei Jahren gab es einen ungehinderten Aufmarsch von ca. 500 Rechtsextremisten in Fulda, den sogenannten ***Rudolf-Heß-Marsch***, der in verschiedenen anderen Städten verboten worden war. Erst jetzt erhob die Staatsanwaltschaft Fulda Anklage gegen **Christian Worch** und **Dirk Winkel**. Worch wird beschuldigt, „die Versammlung wesentlich anders durchgeführt zu haben, als sie bei der Stadt Fulda angemeldet worden war"; Winkel wird Beihilfe vorgeworfen, indem er sechs Tage vor dem Aufmarsch bei der Stadtverwaltung unter unzutreffenden Angaben den Antrag zur Durchführung der Veranstaltung gestellt hat. Der Prozeß wird für den Spätsommer dieses Jahres erwartet.

Treffen des Freundeskreis Ulrich von Hutten

AN 14/95, 15/95, JW 14.7.95 - Das Treffen des ***Freundeskreis Ulrich von Hutten***, einer der härtesten und ältesten Nazigruppen aus Deutschland und Österreich, fand dieses Jahr vom 14. bis 17. Juli in Altenberg, im ***Gasthaus Knappensaal*** statt. Hier traf sich die Nazigruppe unter Führung von **Lisbeth Grolitsch** aus Graz bereits letztes Jahr. Damals stoppten das LKA und die örtlichen Behörden die volksverhetzende Veranstaltung. Der rechtsgesinnte Wirt **Gimser**, Mitglied der ***NPD***, vom Gasthaus Knappensaal erklärte diesmal gegenüber den Behörden, er hätte die Lage im Griff, besondere Maßnahmen seien nicht erforderlich und ein Verbot erfolge aus diesem Grunde nicht. Vorher mußten die Faschisten zweimal den Treffpunkt wechseln, weil Antifas vor Ort zusammen mit GewerkschaftlerInnen Druck ausübten. So ist der erste Treffpunkt, das ***Hotel Luisental*** im gleichnamigen Ort, abgesagt worden, nachdem der Hotel-Pächter den Vertrag gekündigt hatte. Zuvor hatten neben Antifas und Gewerkschaftern auch der Pfarrer, der Bürgermeister und der Männergesangsverein aus Gotha und einige andere gegen die Versammlung protestiert. Die Faschisten mobilisierten nun nach Sachsen. Der Wirt des ***Hotel Reinhard***, sympathiert offensichtlich mit den Faschisten und so übernahm er es die Nazis nach Sachsen umzudirigieren. Er nannte den Teilnehmern des Treffens die Funktelefonnummern, unter denen die Organisatorin Grolitsch erreichbar blieb. Über einen dieser Anschlüsse konnte in das Funk-Telefonnetz der Nazis eingedrungen werden und der neue Tagungsort ausfindig gemacht werden. Über dieses Telefon koordinierte der jugendliche ***Anti-Antifa***-Aktivist **Bieler**. Ein weiterer bekannter Nazi-Kader der hier in Erscheinung trat, war **Otto Ernst Remer**. Der zahlreich vorbestrafte, kriminelle Altnazi und Holocaust-Leugner ist eine Schlüsselfigur bei der Vernetzung alter und neuer deutscher Nazis und Rechtsextremer. Mit von der Partie war auch **Christian Worch**. Irgendwie fanden sich auch im Ausweichort GewerkschaftlerInnen bereit, die Kontakte zu Behörden und LKA aufnahmen und innerhalb eines Tages eine Gegendomo organisierten. Diese fand vor einem leeren Gasthaus statt, weil die Nazis nochmal an einen Nachbarort verlegten. Hier fanden sich keine Strukturen, die in der Lage waren, den Nazis ihre Räume zu nehmen. Die Veranstaltung konnte nicht mehr verhindert werden und die Nazis triumphierten, stolz erstattete Bieler noch am Samstag Christian Worch Bericht. So tagte hier nun ungestört eine der Kerngruppen (neben der „HNG" und auf's engste mit dieser verflochten) deutsch-österreichischer Neonazis, um die Strategie für 1995 und 1996 für den Großteil der rechtsextremistischen Gruppierungen verbindlich zu planen und festzulegen. Das Tagungsprogramm bot (versteckte) Hinweise, wo die Hauptaktivitäten der rechtsradikalen Gruppen im nächsten Jahr liegen sollen. In Klammern jeweils die Beobachtungen und Interpretationen aus antifaschistischer Sicht.

- *Mitgliederversammlung der* ***Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur*** (Geldbeschaffung, Kontakte mit bürgerlichen Konservativen, Veranstaltungen und Publikationen, Unterstützung von geflüchteten und unter Strafverfolgung stehenden Straftätern).
- *Die notwendige Strategie der Rechten* (terroristische Anschläge ja oder nein, gegen wen, Einschleichen in demokratische Strukturen, Geldbeschaffung, Waffenbeschaffung, Zusammenarbeit mit dem Ausland, Ausbau der Mailboxen, Anti-Antifa-Arbeit, Publikationen, Veranstaltungen).
- *Evolution des Wissens - Revolution der Politik* (Marsch durch die Institutionen, Unterwanderung demokratischer Strukturen oder bewaffneter Kampf).
- *falsches Geschichtsbild durch politische Manipulation - Wissen vom Volk, Geschichtsbewußtsein und Politik* (Rassismus, Antisemitismus, Revisionismus und seine Verbreitung, Arbeit der Neuen Rechten).

Für den 23. bis 30. September 1995 ist eine weitere Veranstaltung im Erzgebirge von der ***Deutschen Kulturgemeinschaft e.V*** angekündigt worden. Veranstaltungsort ist höchstwahrscheinlich wieder Altenberg. Als Referenten wurden **Wolfram Nahrath** (***Wiking-Jugend***), **Udo Walendy** (***Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung***), **Johann Peter Ney, Karl Bassler, Sepp Biber, Helmut Brückmann, Lisbeth Grolitsch, Peter Wilhelm** und **Gert Zikelt** angekündigt.

Haft für Holocaust-Leugner

JW 13./24.6.95 - Am 23. Juni '95 ist der Holocaust-Leugner **Germar Scheerer** (30) vom Landgericht Stuttgart zu einer Haftstrafe von einem Jahr und zwei Monaten verurteilt worden. Dem Diplomchemiker wurde Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zur Last gelegt. Scheerer, zeitweise Mitglied der ***Republikaner***, verfaßte 1991 ein „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den Gaskammern von Auschwitz". In diesem wird in ehrenverletzender Weise die historische Tatsache des systhematischen Massenmordes an den Juden geleugnet. Das in der Nazi-Szene als „Rudolf-Gutachten" bekannte Schriftwerk hatte der Altnazi und einstige Wehrmachtsgeneralmajor **Otto-Ernst Remer** in Auftrag gegeben. Remer war 1992 wegen Aufstachelung zum Rassenhaß zu 22 Monaten verurteilt worden. Er floh daraufhin nach Spanien, wo er nun unter Hausarrest steht. Remer schrieb für dieses etwa 100 Seiten starke „Gutachten" ein Vor- und Begleitwort. Trotzdem versuchte der Angeklagte und seine Verteidigung dem Gericht klarzumachen, daß das „Gutachten" ohne sein Wissen als Raubdruck von Remer vertrieben worden ist. 2.000 Exemplare dieses „Gutachten" wurden nämlich an Politiker, Gerichte, Wissenschaftler und Journalisten verschickt. So stellte auch die 17. Strafkammer des Landgerichts nach dem achtmonatigen Prozeß fest, daß Scheerer ein „fanatischer Überzeugungstäter mit einer tiefen antisemitischen Einstellung" ist.

NPD-Parteitag

Taz 8.6., NE 7./8.95 - Am 10. und 11. Juni '95 fand in Arnstorf (Landkreis Rottal-Inn) der Bundesparteitag der rechtsextremen ***NPD*** unter dem Motto „Deutschland muß leben" statt. Hier wurde **Günter Deckert** als Parteivorsitzender in seinem Amt bestätigt. Ohne Gegenkandidat erhielt er 92,3 Prozent der Stimmen der 156 anwesenden Delegierten. Zu Stellvertretern gewählt wurden **Voigt** (Bayern), **Holtmann** (NRW) und Frau **Scherer** (Saar). Der bisherige langjährige Parteivize **Walter Bachmann** kandierte nicht mehr und wurde Ehrenvorsitzender.

Krumme Tricks von „Sleipnir"

WGA - Mit einer einstweiligen Verfügung gegen den ***Verlag der Freunde*** reagierte der Berliner Buchverlag ***Transit*** auf die Veröffentlichung eines Artikels eines seiner Autoren in dem rechtsradikalen Blatt ***Sleipnir***. In der Ausgabe Nr. 2 vom Frühjahr dieses Jahres druckte „Sleipnir" einen Artikel des Schriftstellers **Peter Wawerzinek** ab, ohne ihn oder den Transit-Verlag, der die Rechte innehat, vorher zu fragen. Daraufhin bekam der Autor mehrmals Anfragen, weshalb er in einem solchen Blatt schreibt. Der Transit-Verlag konnte beim Landgericht Berlin erstmal eine Einstweilige Verfügung erwirken, daß die Herausgeber der „Sleipnir", **Peter Töpfer** und **Andreas Röhler** aus Berlin-Kreuzberg diese Ausgabe der Zeitung nicht mehr verbreiten dürfen. Im Widerhandlungsfall droht ihnen eine Strafe von 500.000 DM oder 1/2 Jahr Haft. Hintergrund der Geschichte ist der Umgang des „Verlags der Freunde" mit SchriftstellerInnen, deren Artikel oder Briefe sie bei Nachfragen niemals genehmigt bekommen würden. So wurde der Artikel „Das Kind das ich war" von Wawerzinek wie schon andere ungefragt in das Heft aufgenommen. Weder der Autor, noch der Transit-Verlag wußten vorher von der geplanten Veröffentlichung. Im Laufe des Verfahrens wurde bekannt, daß sich der „Verlag der Freunde" anscheinend öfters dieses Mittels bedient. So steht in der aktuellen Ausgabe Nr. 4 wiederum ein Artikel, der - diesmal vom Rowohlt-Verlag - nicht autorisiert wurde. Von den Autoren

Richard Herzinger und Hannes Stein der Text „Antiwestlertum im Comic-Strip". Bei Redaktionsschluß prüfte der Rowohlt-Verlag noch eine einstweilige Verfügung, um die weitere Verbreitung dieser Ausgabe zu unterbinden. Die „Sleipnir" versucht sich in Intellektuellenkreisen zu etablieren und dort ihre antisemitischen Inhalte hineinzutragen. Durch den gleichzeitigen Abdruck von unverdächtigen AutorInnen gibt sich das Blatt geschickt einen pluralistischen Anstrich und wertet sich damit selbst auf.

Tote Flüchtlinge ins Wasser geschmissen

JW 22.7.95 - Einen seltsamen Umgang mit an Land geschwemmten Leichen von Flüchtlingen pflegen einige Gemeinden an der Oder/Neiße-Grenze: Sie werden einfach wieder ins Wasser geschmissen. Der Grund für die ungewöhnliche Behandlung der Wasserleichen liegt in der hohen Kostenbelastung für die Gemeinden. Für die Beerdigung müßte die Gemeinde 1.000 DM zahlen; für eine Überführung, die notwendig wird, wenn die Leiche identifiziert werden konnte, „kommen auch mal schnell 10.000 DM zusammen", rechnet ein Vertreter der Gemeinde Wellmitz vor. „Die Leiche muß aufbewahrt und in einem Zinksarg in das Heimatland geflogen werden". Das können wir uns nicht leisten". Offiziell wurden seit 1994 24 Leichen angespült, doch die tatsächliche Zahl dürfte um einiges höher liegen, da viele Körper weitergetrieben werden. Und mit der zunehmenden Perfektionierung der Bewachung durch den Bundesgrenzschutz sind Flüchtlinge auch gezwungen, an immer gefährlicheren Stelle den Grenzübertritt zu versuchen.

Kongreß der GfP

NE 6/95 - Am ersten Mai-Wochenende dieses Jahres führte die ***Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GfP)*** ihren „Deutschen Kongreß" in Aalen durch. Nach Angaben der Veranstalter sollen 300 Personen anwesend gewesen sein. Geladen zu dem Kongreß hatte der GfP-Vorsitzende **Rolf Kosiek** (59, aus Nürtingen). Hier traten als Referenten auf: **Georg Brylka** der über die Situation der „deutschen Minderheiten in Polen" jammerte. **Felix Buck** der über „Deutschlands Zukunft im Kulturkampf der Zukunft" philosophierte. Der ***Nation & Europa***-Verlagschef und Ex-Münchner Europaabgeordneter **Harald Neubauer** der sich über die Frage „Wie patriotisch dürfen Deutsche sein" ausheulte. **Josef Schüßlburner** der „Interessante Einzelheiten aus der bundesdeutschen Überfremdungszene" darzubieten versuchte. Und für Dr. **Hans-Werner Bracht**, der ausfiel, sprang **Karl Richter** (Bundesvorstand ***Deutsche Liga für Volk und Heimat*** und Nation & Europa) ein, der die aktuelle Situation der deutschen Rechten besprach. Der Ex-Kulturredakteur der ***Jungen Freiheit***, **Andreas Molau**, forderte dazu auf, „mit mehr Erfolg als in der Vergangenheit eine ernstzunehmende nationale Presse in Deutschland zu etablieren und auch im Bereich der neuen Medien mehr Präzenz zu zeigen". **Andreas Mölzer**, ehmaliger Leiter des ***Freiheitlichen Bildungswerkes***, referierte über die Version eines „Freiheitlichen Österreich in Europa" und **Adolf von Thadden** (Mitherausgeber von Nation & Europa, Ex-DRP-Vorsitz und Ex-stellvertretener NPD-Vorsitzender sowie Mitherausgeber der Deutschen Wochenzeitung) verkündete eine „patriotische Wende" sei in Deutschland auch nur eine Frage der Zeit. Die Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP) e.V. (Postfach 1216, 72641 Oberboihingen) verschickt übrigens auch dies Jahr wieder eine Kongreßbroschüre, in der alle Vorträge nochmal veröffentlicht sind. Außerdem kündigte die GfP für nächstes Jahr an, ihren Kongreß vom 19. bis 21. April, also zu Hitlers Geburtstag, durchzuführen. Sie appelliert an die rechte Szene, zu Hitlers Geburtstag 1996 deshalb keine Parallelveranstaltungen durchzuführen.

Wieder Briefbomben

FR 10.6., JW 14.6., BeZe 14./17.6.95 - Wieder gab es in diesem Sommer mehrere Briefbomben, die von Faschisten aus Österreich abgeschickt worden sind. Adressaten waren diesmal die Moderatorin von „Pro 7", **Arabella Kiesbauer**, eine Heiratsvermittlung in Österreich sowie der stellvertretende Bürgermeister von Lübeck, **Dieter Szameit**. Die ersten beiden Bomben kamen am 9. Juni '95 an: In der Redaktion der Sendung „Arabella" bei Pro 7 öffnete eine Mitarbeiterin von Frau Kiesbauer die Post, dabei explodierte die Briefbombe. Sie wurde im Gesicht leicht verletzt und erlitt einen schweren Schock. Am selben Tag wurden auch zwei Frauen in Linz verletzt, als eine an ihre Heiratsvermittlungsagentur addressierte Briefbombe hochging. Diese Agentur ist auf Vermittlungen mit ausländischen PartnerInnen spezialisiert. Nur vier Tage später, am 13. Juni '95, explodierte eine dritte Bombe in der SPD-Fraktionsstelle im Lübecker Rathaus. Dabei erlitt der Fraktionsvorsitzende **Thomas Rother** schwere Brandverletzungen an der Hand. Sämtliche drei Bomben wurden wieder in Österreich abgeschickt. Die an Frau Kiesbauer versandte Bombe wurde in der Wiener Neustadt eingesteckt, in Ternitz die Bombe nach Linz und in Salzburg die an Dieter Szameit. Die Behörden erklärten, daß sie von der selben Tätergruppe ausgehen und daß diese auch in die Anschläge von vor 1 1/2 Jahren verwickelt sein dürften. Damals wurden ebenfalls mehrere Briefbomben verschickt, die unter anderem den Bürgermeister von Wien schwer verletzten. Als Absender fungierte eine ***Bajuwarische Befreiungsarmee (BBA)*** bzw. ein **Graf Rüdiger von Starhemberg**. Dies war ein General, der 1683 gegen die Türken kämpfte. Den gleichen Namen (ohne den Graf-Titel) trug auch ein Austrofaschist, der 1956 starb. Bereits vor den Attentaten verschickte die BBA ein 27seitiges Schreiben, in dem sie auch auf die folgenden Anschläge Bezug nahm, ohne sie jedoch ausdrücklich anzukündigen. In diesem Schreiben tauchte auch Arabella Kiesbauer als auserwähltes Opfer aus. Jedoch wurde sie von der Polizei nicht gewarnt. Die Polizei in Österreich gab währenddessen bekannt, daß sie auch in den eigenen Reihen ermittele. Nachdem Zeitungen berichtet hatten, die Bekennerschreiben deuten auf Polizei-Insiderwissen, schließe man auch dies nicht mehr aus. Schon in der Vergangenheit sind einzelne Beamte bis hin zu ganzen Einheiten der Polizei, z.B. in Wien, als rechtsextremistisch aufgefallen.

DVU-Kontakte

Am 30. September '95 soll in der Nibelungenhalle im bayrischen Passau wieder die jährliche Großveranstaltung der ***Deutschen Volksunion (DVU)*** stattfinden. In der DVU-Zeitung sind dazu folgende Telefonnummern als Kontakte abgedruckt für diejenigen, die Interesse an dem Treffen haben. Über diese Nummern werden die Mitfahrgelegenheiten nach Passau koordiniert:

Stuttgart	0711 / 887 24 10
Mannheim	0621 / 825 646
Allgäu	08341 / 67 773
München	089 / 896 08 50
Nürnberg	0911 / 261 258
Oberpfalz	0941 / 792 561
	09404 / 5414
Berlin / Brandenburg	030 / 461 92 29
Hamburg	040 / 669 52 49
NRW	02923 / 1692
	0171 / 331 16 92
Mainz	06131 / 680 166
Kiel	0431 / 739 62 91

Radtour gegen Grenzen

JW 15./24.7., Tsp 24.7.95 - Unter dem Motto „Auf zur Grenze - die Grenzen auf!" zogen etwa 200 Menschen am 22. Juli '95 zur ehemaligen Brükke der Freundschaft in Frankfurt/Oder, um gegen die Abschottungspolitik Deutschlands zu demonstrieren. Die Oder-Neiße-Grenze ist zu einem tödlichen Hindernis geworden, sagte ein Redner. Sie wird von einem hohen Aufgebot des ***Bundesgrenzschutzes*** mit Nachtsicht-Geräten und Wachhunden bewacht. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, den Flüchtlingen zu helfen und ihnen Übernachtungsmöglichkeiten anzubieten. Das Vorgehen des BGS wurde stark kritisiert, da diese oft mit unverhältnismäßiger Härte gegen Flüchtlinge vorgehen. Ein Krankenhausmitarbeiter berichtete, daß oft Flüchtlinge mit Bißwunden von BGS-Hunden eingeliefert werden. Die Aktion wurde von der Arbeitsgruppe ***Ziviler Ungehorsam gegen staatlichen Rassismus*** und verschiedenen Antifa-Gruppen organisiert und wurde von Zittau bis Frankfurt von Polizei und Staatsschutz observiert worden, angeblich um die Teilnehmer vor rechtsradikalen Übergriffen zu schützen.

Neue rechtsradikale Zeitungen

NE 6/95, JF 30.6., NIT 5.8.95 - Die ***Deutsche Militärzeitung*** ist eine der neuen Zeitungen. Sie hat einen Umfang von 70 Seiten und berichtet über den „Endkampf um Berlin", sowie über Stalingrad und die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Für sie schreiben unter anderem **Franz Kurowski** und der rechts-konservative Nachwuchspublizist **Hans-Ulrich Kopp**. Die andere Zeitung heißt ***Neue Werte*** und ist dem „revolutionären Konservatismus" verpflichtet. Sie enthält z.B. Artikel von dem Herausgeber der ***Staatsbriefe***, **Hans-Dietrich Sander** über die „Aufgaben einer nationalen Jugend". Eine neue Mailbox ist ebenfalls in Betrieb genommen worden.

Die erste Ausgabe einer neuen Nazizeitung mit dem Namen ***Widerstand*** ist erschienen. Die Zeitung hat es sich zur Aufgabe gemacht, allen *„positiven volkstreuen Kräften fernab von Gruppenegoismen"* ein gemeinsames Sprachrohr zu schaffen. „Widerstand" will vor allem durch die Veröffentlichung von weltanschaulichen und strategischen Schulungsartikeln dazu beitragen, *„den diesbezüglichen Mangel in der volkstreuen Bewegung zu beseitigen"*. Außerdem will die Zeitung *„durch die Vorstellung phantasievoller Propagandaaktionen und Hinweisen zum öffentlichen, volksnahen Auftreten dazu beitragen, das volkstreue Gedankengut verstärkt in das deutsche Volk hineinzutragen"*. Die Zeitung ist nicht im Einzelabo zu beziehen, sondern nur in Mengen ab mindestens fünf Stück für jeweils eine Mark. Bestelladresse: Widerstand, Postfach 2287, 58472 Lüdenscheid.

Rechte Unterwanderung bei den Grünen

BeZe 15.6.95 - Mitglieder der rechten Szene haben zur Unterwanderung der ***Grünen*** aufgefordet. Dies geht aus einem Strategiepapier hervor, das der Verfassungsschutz abgefangen hat. Darin werden alle „nationalen Aktivisten" aufgerufen, in die Partei einzusickern, *„um diese auf nationalen Kurs zu bringen"* heißt es in der „strategischen Weisung" einer Mailbox. Der Absender ist eine ***Zentralstelle der Vereinigten Rechten***. Es handelt sich hierbei nicht um eine etablierte rechte Partei, sondern um eine „Absenderkennung". In der Weisung heißt es, man habe sich die Grünen vorgenommen, weil die Partei sozialistische Grundsätze hat und eine umweltsichernde Politik vertritt. Erreicht werden soll die Unterwanderung durch die Bildung nationaler Fraktionen innerhalb der Partei. Durch nationale Vernetzung sollen die „volkstreuen" Kräfte schließlich die Überhand gewinnen.

Redakteur der „Jungen Freiheit"

bnr 16/95 - In der Ausgabe vom 28. Juli '95 hat sich die ***Junge Freiheit*** stillschweigend eines Phantoms entledigt. Als verantwortlicher Redakteur für Wirtschaft fungiert nicht mehr **Max Goldbeck**, sondern **Thomas Clement**. Clement, Alter Herr der Münchener ***Burschenschaft Danubia***, wird an Stelle von Goldbeck im Impressum aufgeführt. Er hatte die Redaktionsleitung des von 1968 bis 1994 in München erschienenen rechten Hochschulblättchens ***Münchner Freiheit (MF)*** inne. Schon zahlreiche AutorInnen fanden den Weg von der „Münchner" zur „Jungen Freiheit", darunter **Hans-Ulrich Kopp**, **Michael Paulwitz** und **Angelika Willig**.

Ordnungsgeld gegen Schöffinnen

Taz 17.5.95 - **Jutta Eichner**, die Schöffin, die sich Anfang 1995 geweigert hatte, neben Richter **Rainer Orlet** am Landgericht Mannheim zu sitzen, ist mit einer Geldbuße von 700 DM belegt worden. Eine andere Schöffin, die sich ebenfalls der Ersten Großen Strafkammer verweigert hatte, soll sogar 1.000 Mark Ordnungsgeld bezahlen. Die Strafen verhängte Kammervorsitzender **Wolfgang Müller** jeweils am Ende von Verhandlungen, zu denen die beiden Frauen ursprünglich als Schöffinnen vorgesehen waren. In beiden Fällen waren jedoch Ersatzschöffinnen ernannt worden. Denoch sei es für Schöffen nicht zulässig, aus Gewissensgründen einzelne Kammern zu boykottieren, begründete Müller. Mit diesen Ordnungsgeldern stellt sich nun jene Ruhe im Landgericht ein, die sich Gerichtpräsident **Günter Weber** herbeigesehnt hatte. Egal, ob die Frauen zahlen oder beim Oberlandesgericht in Karlsruhe eine Beschwerde einlegen werden, auf jeden Fall hat sein Gericht damit nichts mehr zu tun. Und Rainer Orlet, dessen Name auf immer mit **Günter Deckert**, Chef der ***NPD***, einhergehen wird, ist ja seit dem Frühjahr im Ruhestand. Zumindestens Frau Eichner kündigte bereits an, das Bußgeld nicht zu zahlen.

Friedrich Köberlein im Amt bestätigt

bnr 12/95 - Der Vorsitzende des ***Schutzbundes für das deutsche Volk e.v. (SdV)***, **Friedrich Köberlein**, wurde auf der Hauptversammlung in Frankfurt/M. erneut zum Vorsitzenden gewählt. Er ist unter anderem auch Mitglied des ***Witiko-Bundes***. Als Referent trat auf der Versammlung auch **Karl Richter**, Redakteur von ***Nation + Europa*** sowie Funktionär der ***Deutschen Liga*** auf.

NS-Geist bei Bundeswehrsoldaten

Spiegel 22/95 - Bundeswehr-Offiziere verklären den Angriffskrieg der Wehrmacht. Eine vom ***Freundeskreis Offiziere der Panzertruppe*** mitherausgegebene Schrift glorifiziert den Überfall auf Polen als „überzeugende Bewährungsprobe für die Panzerwaffe". Die Operationen beim Überfall auf die Sowjetunion werden als „Beweis für die Güte der deutschen Erziehung" bezeichnet. Die Spanien-Urlauber hätten ihr Urlaubsparadies an der Costa Brava auch nur Hitlers Divisionen zu verdanken, die im spanischen Bürgerkrieg das Land vor der „Eingliederung in das Sowjetimperium" bewahrt hätten, heißt es. Der Autor **Helmut Ritgen** rühmt damit, daß der „Geist der deutschen Panzertruppen" trotz „reeducation" nach dem Krieg bis zuletzt intakt geblieben sei und die Panzersoldaten den alten Geist in die Bundeswehr übertragen hätten, „nur in anderen Uniformen".

PDS-Entwurf gegen Rassismus

JW 24.6.95 - Mit einem Antirassismusgesetz will die PDS der Diskriminierung von AusländerInnen in der BRD entgegenwirken. In den letzten Jahren seien diese verstärkt von gewalttätigen Übergriffen betroffen, heißt es in einem Entwurf der PDS-Gruppe, über den am 23. Juni '95 der Bundestag in erster Lesung beriet. Die Wiedergutmachung rassistisch motivierter Diskriminierung müsse gesetzlich geregelt und die Ausländerbeauftragte in ihren Befugnissen verstärkt werden.

Schönhuber quengelt

bnr 16/95 - Der schon seit Monaten schwelende Machtkampf zwischen **Franz Schönhuber**, Ex-Vorsitzender der ***Republikaner*** und seinem Nachfolger **Rolf Schlierer** hat nach den jüngsten Niederlagen der Partei bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und Bremen an Schärfe zugenommen. Vorläufiger Höhepunkt dieser Aus-

einandersetzung ist ein Brief Schönhubers vom 13. Juni '95 an den Bundesvorsitzenden und den Bundesvorstand der REPs. Darin macht er die politische Ausrichtung seines Nachfolgers für die Wahlschlappen verantwortlich. Für sich selbst sieht Schönhuber in *„der jeweils einstimmigen Verleihung des Ehrenvorsitzes des Landesverbands Sachsen, der Ehrenmitgliedschaft der Landesverbände Thüringen und Berlin, des Ehrenvorsitzs der Kreisverbände Heidelberg und Deggendorf ... nicht nur eine Ehre, sondern auch eine Verpflichtung"*. Die Zahl der REP-Mitglieder bezifferte Schönhuber mit „offiziell" knapp 17.000. Tatsächlich seien es jedoch nur etwa 13.000, wenn man diejenigen abzieht, die satzungsmäßig längst aus der Partei ausgeschlossen sein müßten. Scharf wird von Schönhuber die jetzige REP-Führung kritisiert, der er vorwirft, nicht mehr die Mehrheit der Partei zu repräsentieren.

Frey Junior wird kein Beamter

bnr 15/95, AN 16/95 - **Gerhard Frey**-Junior, Sohn des ***DVU***-Chefs und Verlegers, wird kein Beamter. Das Oberlandgericht in München hat es abgelehnt, den der Regierung in Oberbayern beschäftigten Frey jun. zur Ableistung der Referendarzeit in das Beamtenverhältnis auf Widerruf zu übernehmen. Als Rechtsreferendar wurde Frey jun., unter anderem 1992 im Bundesvorstand des DVU-NPD-Wahlbündnisses ***Liste D***, allerdings im September 1994 in ein Angestelltenverhältnis übernommen. Das Buch von Frey jun. über „Polens verschwiegene Schuld" steht seit einiger Zeit auf der „Bestsellerliste" der Frey'schen ***Deutschen Nationalzeitung***.

Tausende rassistische Vorfälle

BeZe 5.7.95 - In Deutschland wurden 1994 offiziell insgesamt 7.952 Straftaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischen Hintergrund bekannt. Dies teilte die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der PDS-Gruppe im Bundestag mit. Aufgeschlüsselt waren dies 3.491 Gesetzesverletzungen mit fremdenfeindlichem Hintergrund, 1.366 mit antisemitischem, 243 gegen politische Gegner sowie 2.852 andere Straftaten. Zehnmal seien versuchte Tötungsdelike registriert worden.

Einschränkung des Demorechtes für Ausländer

Tsp 4.8.95 - Der ***CSU***-Abgeordnete **Wolfgang Zeitlmann** hat wegen der Protestaktionen der in Deutschland lebenden Kurden eine Einschränkung des Demonstrationsrechtes für Ausländer gefordert. Zeitlmann sagte, daß das Versammlungsrecht in der Verfassung nur für Deutsche gelte. Auseinandersetzungen,wie sie im Zusammenhang mit der ***PKK*** gebe, könnten „einem deutschen Bürger nicht zugemutet werden".

HNG gegen IHV

bnr 14/95 - In den ***HNG-Nachrichten*** wird über ein weiteres Kapitel der Auseinandersetzung zwischen der ***Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene (HNG)*** und dem ***Internationalen Hilfskomitee für nationale politische Verfolgte (IHV)*** berichtet. Der 49jährige IHV-Vorsitzende **Ernst Tag** hatte Anzeige gegen den HNG-Funktionär **Maik Hampel** aus Oranienburg erstattet. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin stellte nun jedoch das Verfahren wegen Beleidigung und übler Nachrede ein (siehe auch „Neues von Ernst Tag" in der Rubrik „Baden-Württemberg" in dieser Ausgabe).

PHI auf Anti-Antifa-Kurs

bnr 15/95 - Die im 14. Jahrgang erscheinenden ***Politischen Hintergrund-Informationen (PHI)***, die in Basel erscheint und von Vilnius (Litauen) aus verschickt wird, haben sich in die immer größer werdende Anti-Antifa-Fraktion von rechtsextremen jeglicher Coleur eingereiht. In der PHI-Republik „Wo finden wir Kontakt mit Linken?" werden regelmäßig Adressen von antifaschistischen Organisationen und Gruppen veröffentlicht. Herausgeber und Verleger der PHI ist der schweizer Verein ***Buchclub PHI-Pressedienst*** in Basel, hinter dessen Vorstand die bundesdeutschen Rechtsextremisten **Torsten Paproth**, (Ex-Funktionär der ***NPD*** und bis vor kurzem Schriftleiter und Autor des ***Schlesien Reports***) und **Theo Koik** (ehem. Autor in ***Zeitenwende***) stehen.

Zurück nach Vietnam

BeZe 22.7.95 - 40.000 VietnamesInnen, die ohne reguläre Aufenthaltsbefugnis in Deutschland leben, sollen in ihre Heimat zurückkehren. Das sieht ein Abkommen vor, das Innenminister **Manfred Kanther** und der vietnamesische Vize-Außenminister **Nguyen Dy Nien** am 21. Juli '95 in Berlin unterzeichneten. Kanther sprach dem Abkommen eine „große Bedeutung" zu, ein Bleiberecht könne es für VietnamesInnen nicht

NAZI-KADERSCHULUNG PER POST

JW 6.7.95 - Seit einigen Monaten versenden die Strukturen der ***Nationalistischen Front (NF)*** Material zur Schulung ihrer alten und potentiell neuen Kader. Über ein Postfach im niederländischen Arnhem können Schulungsmaterialien bestellt werden. 83 Mark muß ein Kamerad berappen, dann bekommt er den an ihn persönlich adressierten Nachnahmebrief ausgehändigt. Gekauft hat er damit einige achtseitige Din-A5-Hefte mit dem hochtrabenden Titel *„Lebensborn - Leitheft für Deutsche Ordnung"*. Die Kopien behandeln je ein Thema und enthalten auf der letzten Seite „Leitgedanken", die der Kamerad auswendig zu lernen hat. Vermittelt wird Theorie (*„Was ist Deutsch", „Vorbilder"*) und Praxis (*„Der Gruppenabend", „Befehl und Gehorsam"* oder *„Leibeserziehung"*). Bei der Erstbestellung wird dem Interessenten ein Grundsatzpaket mit sechs Schulungsheftchen und einigen Flugblättern zugesandt. Versprochen wird die weitere Zusendung von 18 Schulungsheften sowie das „Wegweiserheft". Doch auch ohne diesem wird deutlich, um was es den „Reichstreuen", so die Eigenbezeichnung, geht: *„Unsrere Weltanschauung heißt Deutschland und unser Ziel heißt Macht!"*. Der Empfänger wird direkt angesprochen und als Kämpfer bezeichnet, der sich mit der Bestellung entschieden hat zu kämpfen und mit den Schulungsmaterialien also auf seinen Einsatz vorbereitet wird. Gelehrt werden auch die Grundlagen konspirativer Verhaltensweisen. Dem „Kämpfer" wird die Hierarchie der Organisation eingetrichtert. Jeder zu bildenden „Schulungszelle" hat ein Chef vorzusitzen. Ihm obliegt es, die Diskussion zu leiten. Er hat bei Regelverstößen auch das Recht, Strafen zu erteilen. Vorgeschlagen werden Liegestützen bei leichteren Verstößen, 10 km Fußmarsch mit 30 kg Gepäck für mittlere und Spießrutenlauf, Degradierung und Ächtung bei schweren Ordnungsverstößen. Insgesamt wird dem Besteller vermittelt, daß er sich auf eine große Aufgabe vorbereitet und ab jetzt unauffällig zu sein hat. Er soll mit seiner „deutschen" Meinung nicht auffallen und diese in der Schule oder am Arbeitsplatz geheim halten. Er darf sich nur Kameraden gegenüber offenbaren und soll nicht über seine Aufgabe reden. Seine Kleidung hat „ordentlich deutsch" zu sein, aber keine Uniform. Er selber soll ein gepflegtes Erscheinungsbild haben, sich mit deutscher Kultur beschäftigen, in Museen gehen, Lessing, Goethe, Kleist und die Edda lesen. In ihm stecke die Zukunft Deutschlands, denn *„ein artreiner Geist ist ein Vorbild göttlicher Gegebenheit!"*. Unbedingt wird empfohlen, sich von kämpferischen Auseinandersetzungen fernzuhalten, denn der Kämpfer hat erst auf seinen Einsatzbefehl zu warten. Hinter diesem Gedanken steht das Zellenkonzept der militanten Naziszene, die vor allem festgestellt hat, daß sich viele Kader in legalen Strukturen bekannt und angreifbar gemacht haben. Die neuen „Kämpfer" sollen daher unbekannt bleiben, um so im Untergrundkampf besser verwendbar zu sein.

geben. Gleichzeitig kündigte der Minister an, bereits „in den nächsten Tagen erfahrene Beamte“ nach Südostasien zu schicken. Sie sollen vor Ort die Rückführung regeln. Als besonders wichtig wertete es Kanther, daß ab sofort straffällig gewordene VietnamesInnen auch gegen ihren Willen in ihr Heimatland abgeschoben werden. Parallel unterzeichneten Kanther und Dy Nien en Abkommen über deutsch-vietnamesische Entwicklungsarbeit. Dadurch erhält Hanoi in diesem Jahr 100 Millionen Mark. Nach Angaben der Bundesregierung leben derzeit etwa 40.000 der 97.000 Vietnamesen illegal. Dabei handelt es sich um VertragsarbeiterInnen der DDR, deren Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist, um 20.000 abgelehnte AsylbewerberInnen (fast 100%) sowie etwa 10.000 illegal eingereiste. Die Betroffenen sollen stufenweise innerhalb von vier Jahren zurückkehren. Noch in diesem Jahr müssen vorerst 2.500, im kommenden Jahr 5.000, danach 6.000 und 1998 6.500 Personen Deutschland verlassen. Vietnam sicherte zu, auf eine Strafverfolgung wegen unerlaubter Ausreise zu verzichten.

Großrazzia gegen polnische Arbeitssuchende

JW 30.6., Taz 28.6.95 - Etwa 300 Polen, die aufgrund eines Jobangebots eines Anzeigenblatts nach Frankfurt/Oder kamen, sind am Samstag, den 24. Juni '95 vom Bundesgrenzschutz verhaftet worden. Das Anzeigenblatt war von der Firma „Spitz Verlag GmbH“ in dem polnischen Grenzort Slubice ausgelegt worden und bot den Interessenten 70-100 DM pro Tag für das Zustellen von Werbeprospekten an. Den ca. 300 Polinnen und Polen, Arbeitslosen und Jugendlichen, die sich daraufhin in einer Lagerhalle einfanden, wurden als erstes die Pässe abgenommen, mit der Begründung, es handle sich um die Bestätigung des Arbeitsverhältnisses. Zwei Stunden später wurde das Gebiet von Einheiten des BGS umstellt. Die Menschen wurden bis zu 24 Stunden von BGS-Beamten mit Knüppeln und Polizeihunden in der Lagerhalle festgehalten. Sie wurden mit Klebebändern markiert und selektiert, Kinder von Eltern getrennt und früher ausgewiesen. Durch die Hitze in der Blechhalle fielen einige in Ohnmacht. Es gab weder zu trinken, noch durften sie zur Toilette gehen. Eine schwangere Frau bekam mit dem Knüppel in die Nieren. Fragebögen zum Ausfüllen in deutscher Sprache wurden verteilt und erst nach einer Weile ein Dolmetscher gerufen. Der BGS erklärte, daß nach Ausfüllen des Bogens jeder seine Papiere zurückbekäme, was sich als Lüge herausstellte. Mit der Unterschrift bekannten sich die Polen und Polinnen dazu, illegal eine Arbeit aufnehmen zu wollen. Alle Verhafteten bekamen den Stempel „Ausgewiesen“ in den Paß und wurden abgeschoben. 13 Polen mußten aber noch bis zum folgenden Tag bleiben. ***Bündnis 90/Die Grünen*** forderten den Innenminister **Alwin Ziel** auf, sich offiziell für den Vorfall zu entschuldigen. Eine Sprecherin der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder erklärte, es sei „in Einzelfällen“ eine „körperliche Einwirkung“ von Bundesgrenzschützern vorgenommen worden weil einige Festgenommene versucht hätten, die deutschen Behörden bei „ihren Dienstgeschäften“ zu stören. Der Vorfall kam auch bei Bundeskanzler Kohls Warschaureise im polnischen Parlament zur Sprache. Die polnischen Behörden erhoben schwere Vorwürfe gegen die Bundesregierung.

Kein Abschiebestopp für KurdInnen

JW 28.7.95 - Die Maßnahme des Bundeslands Hessen, einen Abschiebestopp für Menschen aus Kurdistan zu erlassen, ist gesetzeswidrig. Dies entschied der Verwaltungsgerichtshof in Kassel. Damit muß der Abschiebestopp, den das Bundesland am 13. Juni eigenständig verhängt hatte, rückgängig gemacht werden. Nach Meinung des Gerichts hätte die Maßnahme zuerst vom Bundesinnenministerium genehmigt werden müssen, was aber natürlich bei der Linie von **Manfred Kanther** völlig ausgeschlossen war. Hintergrund ist, daß die Länder höchstens sechs Monate lang selbstständig einen Abschiebestopp verhängen dürfen, nachdem das Bundesinnenministerium die Aufhebung einen solchen Stopps verfügt hat. Genau dies hat Kanther am 20. November '94 getan, womit ab Mai '95 wieder Abschiebungen in die Türkei stattfinden können. Die hessische Landesregierung sieht ihre Maßnahme jedoch nicht als Verlängerung des alten Abschiebestopps, sonders als einen neuen, was rechtlich möglich wäre. Dieser Ansicht widerspricht Kanther jedoch und bezichtigt das hessische Innenministerium sogar, daß sie „Schlepperbanden ermuntern, verstärkt Asylbewerber einzuschleusen“!

Kanther: "Flüchtlinge raus!"

BeZe 6./19.7.95 - Die Anzahl der Flüchtlinge ist im ersten Halbjahr 1995 gegenüber dem Vorjahr wieder gesunken. Bundesinnenminister **Manfred Kanther** teilte mit, bis Ende Juni hätten 58.669 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Das sind 6,6% weniger als letztes Jahr zur selben Zeit. Die Annerkennungsquote liegt bei 9,4% (10.552 Personen). Kanther kündigte an, die Zahl der neuen AsylbewerberInnen weiter zu drücken. Als Argument nannte er die geringe Anerkennungsquote.

Bosnien-Flüchtlinge

JW 3.8.95 - Politiker von ***SPD, Grünen*** und ***FDP*** haben sich gegen die Forderung der ***CDU*** nach einem Aufnahmestopp für Flüchtlinge aus Bosnien gestellt. Die Sprecherin der Grünen sagte, daß diejenigen, die auf der Flucht sind vor Vergewaltigung, Folter und Mord dringend Schutz und Aufnahme durch Deutschland und andere EU-Staaten brauchen.

Gericht kritisiert Abschiebehaft

KSA 9.6.95 - Das Oberlandesgericht (OLG) Frankfurt/Main hat erneut die umstrittene Abschiebehaft für AusländerInnen moniert. Das Gericht lehnte die Verlängerung für einen Algerier ab, der schon länger als sechs Monate in Abschiebehaft verbracht hatte (AZ: 20W 203/95). Das OLG wandte sich damit grundsätzlich gegen eine zu rasche Anordnung und die lange Dauer der Abschiebehaft. Die Ausländerbehörde hatte ihren Antrag damit begründet, daß der Algerier sich nicht die von ihm verlangten Ausweispapiere besorgt habe. Der Mann war im vergangenen November festgenommen worden, als er sich freiwillig bei der Ausländerbehörde gemeldet hatte. Nach den Worten des Gerichts war bereits die damals gegen ihn verhängte Abschiebehaft unzulässig, weil er sich freiwillig gemeldet hatte und über einen festen Wohnsitz verfügte. Eine Abschiebung sei daher auch ohne Haft möglich.

Sudanesen im Hungerstreik

JW 8.8., Taz 11.8.95 - Auf dem Flughafen Frankfurt/Main traten Anfang August '95 neun sudanesische Flüchtlinge in einen Hungerstreik, um damit ihre Abschiebung zu verhindern. Die Flüchtlinge werden im Transitbereich des Flughafens festgehalten und sollen wegen angeblich unbegründetem Asylantrag zurückgeschickt werden. Dabei ist es offensichtlich, daß die Sudanesen in ihrem Heimatland massiv von Folter bedroht sind. In einem Fall hat sogar die UN-Flüchtlingskommissarin nachdrücklich von einer Abschiebung abgeraten. In der Zwischenzeit wurde eine Abschiebung vorübergehend ausgesetzt, aber noch wurde nicht entschieden, ob die betroffenen Flüchtlnge auch offiziell in die BRD einreisen dürfen und damit die Chance haben, hier Asyl zu beantragen.

Thierse lobt Kirchenasyl

FR 10.6.95 - **Wolfgang Thierse**, der stellvertretende ***SPD***-Vorsitzende, äußerte Respekt gegenüber den Gemeinden, die von Abschiebung bedrohten Flüchtlingen Asyl gewähren. Er sagte, das Kirchenasyl sei eine „ständige Mahnung an den Staat“, Einzelschicksale wahrzunehmen.

Nazis und Islam

Spiegel 23/95 - Im Nazi-Mailboxnetz ***Thule*** solidarisieren sich deutsche Neonazis mit islamischen Fundamentalisten, die den Mordaufruf gegen den Autor der Satanischen Verse **Salman Rushdie** ausgerufen hatten. Ein Wortführer mit dem Decknamen **Schindermann** nennt Rushdie „Provokateur und Werkzeug des Westens gegen den sich ausbreitenden Islam“. Ein weiterer „Aktivist“ mit Decknamen **Hölder** rühmt unter der Parole „Keine Solidarität mit Rushdie“ die Fundamentalisten als „unsere islamischen Kameraden“.

Baden-Württemberg

Antifa-Demo

AN 16/95, Antifa A² - Vom 24. bis zum 29. September '95 finden im Weikersheimer Schloß die 4. Hochschulwochen des ***Studienzentrums Weikersheim*** statt. Aus diesem Anlaß ruft die Antifa Aquadrat Stuttgart zu einer Demonstration gegen das Zentrum auf. In Weikersheim treffen sich neben konservativen VertreterInnen aus Politik, Wissenschaft, Industrie und Kultur auch offen rechtsextrem agierende ReferentInnen. Damit stellt das Studienzentrum eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus dar. Deshalb startet am 24. September um 12 Uhr am Bahnhof Weikersheim eine antifaschistische Demonstration gegen das Studienzentrum Weikersheim. Wer mehr über das Studienzentrum wissen will kann bei der ***Antifa A²*** (c/o Infoladen Mörikestr.69, 70199 Stuttgart) eine Broschüre über das Studienzentrum und seine Rolle in der Braunzone bestellen.

Führerlose REPs

bnr 16/95 - Der Kreisverband Konstanz der ***Republikaner*** steht fortan ohne Führungsspitze da. Die vier Vorstandsmitglieder haben ihre Ämter niedergelegt, der Kreisvorsitzende **Ronald Niedermayr** und die Vorstandsmitglieder **Siegfried Marschall** und **Karl Heinz Maurer** sind gleichzeitig aus der Partei ausgetreten. Als Begründung gaben sie „undemokratische Strukturen" bei den Republikanern an. Ebenso hätten sich Funktionäre im Landesverband Baden-Württemberg „durch Griff in die Parteikasse" selbst bereichert.

Demo gegen Abschiebungen

JW 10.6.95 - Am 8. Juni 1995 demonstrierten in Reutlingen zweihundert zairische Flüchtlinge und einige UnterstützerInnen für ein sofortiges Abschiebestopp nach Zaire. Hier kommt es noch immer zu Menschenrechtsverletzungen unter der Militärdiktatur Mobutus. In Reutlingen gibt es seit zwei Jahren eine „Bezirkssammelstelle für Asyl", in der in Schnellverfahren von Einzelrichtern über Asylanträge entschieden wird. Von hier aus kommt es auch zu Abschiebungen nach Zaire, obwohl bekannt ist, daß Oppositionelle bei ihrer Ankunft in Zaire vom Geheimdienst verhaftet und verschleppt werden.

ACHTUNG:
REDAKTIONSSCHLUSS
FÜR DIE
"WAS GEHT AB?" #9:
20. SEPTEMBER '95!

Stuttgarter Kameradschaft

bnr 13/95 - Am 10. Juni '95 verhinderte die Polizei den erneuten Versuch der Gründung einer ***Stuttgarter Kameradschaft*** in Stuttgart-Bad Canstatt. Zum ersten Gründungsversuch steht was in dieser Ausgabe der WGA bei „Bewährung für Axel Heinzmann". Im Nebenraum einer Gaststätte trafen sich 17 Personen im Alter von 16 bis 61 Jahren aus der rechtsextremistischen Szene. Bei Polizeikontrollen wurden eine Gaspistole und Flugblätter revisionistischen Inhalts gefunden. Initiator des Treffens war ein 22jähriger aus der südbadischen Region Schwarzwald-Baar-Heuberg. Gegen ihn wurde Anzeige erstattet.

Rechtslastiger „Denk mit!"-Verlag

bnr 14/95 - Mit Flugblättern und Publikatioinen wendet sich der rechtsgesinnte ***Denk mit!-Verlag*** (Nürnberg) verstärkt in der rechtsradikalen Szene zu Wort. Der Verlag" gehört dem Gründer und Vorsitzendem des ***Volksbundes Deutsches Reich*** (***VBDR***), **Klaus Huscher**. Huscher ist Anhänger des „Esoterischen Hitlerismus". Er lud seinen Kameradenkreis unter anderem zu einem „Sonnenwendtreffen" am 24/25. Juni '95 nach Nürnberg ein. Hier wollte er laut Programm mit seinem Kameradenkreis Holz sammeln, gemeinsam einen Holzstoß errichten - wie auch das Reich gemeinsam wiedererleben. Im Programm Huschers war weiterhin ein Besuch des NS-Reichsparteigeländes vorgesehen.

NPD-Sonnenwendfeier

bnr 13/95 - Am 26. Juni '9 veranstaltete die ***NPD*** in Weinheim ihre „traditionelle Sonnenwendfeier" unter dem Motto „Sonnenwend National". Eingeladen war die lokale rechtsextremen Szene, doch blieben „politische Museumsanzüge" unerwünscht. Außerdem gab sie bekannt, daß sie am 26. März 1996 zur Landtagswahl in Ba-Wü antreten will.

Treffen der "Deutschen Liga"

Antifa Lörrach/Waldshut, WGA - Am 2. Juli '95 fand in Lahr der Landesparteitag der faschisitschen ***Deutschen Liga*** (***DL***) statt. Dazu wurde einige aktive Rechtsextremisten eingeladen, so **Martin Mußgnug** (geb. 1936) ein Mitglied des „Bundes Nationaler Studenten (BNS)" und der „Deutschen Reichs Partei (DRP)". '64 zählte er zu den Mitbegründern der NPD und wurde '67 zum stellvertretenen Landesvorsitzenden. 1968 wurde er dann zum Landesvorsitzenden in Ba.-Wü. gewählt und zog in den Landtag ein. Vom 20.11.71 bis zum 16.12.90 war Mußgnug Parteivorsitzender der NPD. Mußgnug ist von Beruf Anwalt und hat z.B. die „WSG-Hoffmann" und den „Hochschulring Tübinger Studenten" verteidigt. 1991 wurde er zum Leiter der Rechtsabteilung der DL gewählt. 1992 wurde er dann Beisitzer im Landesvorstand der DL in Ba.-Wü. Ein anderer Gast war **Jürgen Schützinger** (geb. 1953) der seit 16 ein NPD-Aktivist war. Von 1978 bis 1991 war er NPD-Landesvorsitzender in Ba.-Wü. Ab 1988 stellv. Bundesvorsitzender der NPD. 1989 kam er in Villingen-Schwenningen ins Stadtparlament. Er war Mitglied der „Deutschen Rundschau (DR)" und der Programmkommission „Innere Sicherheit". Am 3.10.91 wurde er dann beim Gründungskongreß der DL in Villingen-Schwenningen zum Bundesvorsitzenden neben Harald Neubauer und **Rudolf Kendzia** gewählt. Zehn Tage später wurde er noch neben **Niewiem** und **Schüttpelz** zum gleichberechtigten Landesvorsitzenden in Ba-Wü. Er führt den KV Villingen-Schwenningen an und gilt als Kopf der dortigen „Bürgerwehr". Auch **Peter Dehoust** (geb. 1936) nahm an dem Landesparteitag teil. Auch er war Aktivist des BNS und Schreiberling für deren Zeitung „Student im Volk". Von 1960 bis 1978 war er Herausgeber des „Deutschen Studenten Anzeigers". Er war ab 1968 im Bezirksvorstand der NPD in Bayreuth sowie Vorsitzender des KV Coburg. Wurde 1971 Hauptschriftleiter bei der neurechten Zeitung „Nation & Europa (NE)", nachdem er drei Jahr zuvor für die NPD in Bayern kanditierte. Stieg 1974 zum Landesvorstandsmitglied der NPD in Bayern auf. Ab 1988 war er Chefredakteur und Herrausgeber der NE. Dehoust wurde 1991 bei der Jahrestagung der „Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP)" zum stellvertretenden Vorsitzenden neben **Rolf Kosiek** (59, GfP-Vorsitzender) gewählt. Er nahm 1992 Harald Neubauer und von Thadden als Mitherausgeber der NE auf. Ist desweiteren Vorstandsmitglied beim „Hilfskomitee Südliches Afrika (HSA)". Weitere Teilnehmer in Lahr waren **Walter Seetzen** und **Harald Neubauer**. Dieser war nach Angaben des verstorbenen Nazis Michael Kühnen bis Ende der 70er Funktionär der NSDAP/AO in Norddeutschland. Nach einer kurzer Zeit bei der NPD wechselte er zur "Aktion Neue Rechte" und fungierte 1973 als Landesbeauftragter der DVU in Hamburg. Er wurde engster Mitarbeiter von DVU-Chef Gerhard Frey, wechselte 1983 jedoch zu den REPs.

Bewährung für Axel Heinzmann

bnr 15/95 - Der Neonazi **Axel Heinzmann** (48) wurde vom Stuttgarter Landgericht Ende Juni '95 zu einer sechzehnmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Heinzmann soll am 5. November des vergangenen Jahres bei der gescheiterten Gründung der ***Stuttgarter Kameradschaft*** das anwesende Publikum aufgestachelt, Widerstand geleistet und einen Polizeibeamten mit einem Tafelmesser verletzt haben. Offiziell Verantwortlicher der Veranstaltung war der Tübinger Neonazi **Alois Hogh** (28), als dessen Vertreter Heinzmann auftrat. An diesem Tag sollte unter starker Beteiligung von Mitglieder und Funktionären der ***FAP***, der ***NPD*** und ***JN*** sowie „ehemaligen Mitgliedern" der ***Heimattreuen Vereinigung Deutschlands (HVD)*** die „Stuttgarter Kameradschaft" in Stuttgart-Weilimdorf (in der Gaststätte „Blick Solitude") gegründet werden. Hierfür war auch, zur musikalischen Umrandung, der Nazi-Musiker **Frank Rennicke** (aus Ehningen) geladen worden. 197 Personen wurden damals von der Polizei kontrolliert, unter anderem **Ernst Tag** (siehe Artikel „Neues von Ernst Tag) sowie der Bundesvorsizende der mittlerweile verbotenen FAP, **Friedhelm Busse**. Busse erwischte die Polizei gleich mit 15 Exemplaren von dem verbotenen Hitler-Buch „Mein Kampf". Vor dem Stuttgarter Amtsgericht waren Heinzmann und der Ludwigshafener Neonazi **Christian Hehl** (26, vorbestrafter Skin und Hool) im Februar dieses Jahres zu jeweils einer einjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Heinzmanns Strafverteidiger hatte nun im Berufungsverfahren einen Freispruch gefordert, während die Staatsanwaltschaft auf 18 Monate wegen schwerem Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung plädiert hatte.

Prozeß gegen „Tonstörung"

bnr 11/95 - Zwei ehemalige Mitglieder der Nazi-Skin-Band ***Tonstörung*** wurden in einem Revisionsverfahren vor der 5. Strafkammer des Mannheimer Landgerichts zu Jugendstrafen von 15 bzw. 21 Monaten verurteilt. Gegen den einstigen Trommler und Kassenwart von Tonstörung, **Michael Rene Eichler** (21), verhängte die Srafkammer eine Bewährungsstrafe von 15 Monaten. Sein Anwalt war der bekannte Mannheimer Rechtsanwalt **Ludwig Bock** (50), der schon viele Rechtsradikale (z.B. den NPD-Vorsitzenden **Günter Deckert**, 55) verteidigt hat. Der frühere Sänger, Texter und Kopf von Tonstörung, **Thomas Muncke** (21), wurde zu einem Jahr und neun Monaten Gesamtstrafe, ebenfalls auf Bewährung ausgesetzt, verurteilt. Beide Urteile ergingen wegen Volksverhetzung, öffentlicher Aufforderungen zum Begehen von Straftaten, Aufstachelung zum Rassenhaß und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. In das Urteil gegen Muncke wurde eine weitere Jugendstrafe in Höhe von neun Monaten wegen Körperverletzung miteinbezogen. Der 21jährige Zivildienstleistende Muncke hatte am 5. Oktober 1991 zusammen mit dem Ex-NPD und ANK-Aktivisten **Marco Grün**, 24 (Am 20.4.1995 zu einer Haftstrafe verurteilt worden, siehe letzte WGA) und dem ***NPD***-Funktionär **Michael Barth** (33) und weiteren Nazi-Skins, drei afrikanische Flüchtlinge in Brühl angegriffen und schwer verletzt. Die große 7.Strafkammer am Mannheimer Landgericht hatte die fünf Musiker von Tonstörung, neben Muncke und Eichler **Christian Haller** (23), **Peter Schmucker** (21) und **Christian Pfisterer** (20), im Dezember 1993 zu Bewährungsstrafen zwischen 5 und 21 Monaten verurteilt. Der Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe ließ die Revision von Muncke und Eichler zu, da die Herstellung und Verbreitung des Tonträgers „Schöne Welt" ab Ende Juli 1991 nach dem baden-württembergerischen Landespressegesetz zum Zeitpunkt der Anklageerhebung durch die Mannheimer Staatsanwaltschaft verjährt war. Bei der Edition eines Tonträgers handele es sich um ein Presseinhaltsdelikt, so der BGH in seinem Beschluß vom 29. November 1994, dessen Verfolgung nach sechs Monaten verjähre. Die braune Combo „Tonstörung" existierte von 1989 bis Ende 1992 und stand anfänglich der mittlerweile verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)***, später der im Juli 1993 aufgelösten ***Aktionsfront Nationaler Kameraden (ANK)*** nahe. In dieser Zeit produzierten sie drei Tonträger: „Schöne Welt", „Deutsche, marschiert wider dem undeutschen Geist" und „Gib niemals auf ! „.

REDAKTIONSSCHLUSS FÜR DIE #9 IST AM 20. SEPTEMBER '95!

Neues von Ernst Tag

bnr 13 + 15/95 - Der Neonazi **Ernst Tag** (49) gibt über sein Infotelefon seine neusten Pläne bekannt. Für eine „Aussiedlungsgemeinschaft" mit „Ferienbauernhof" sucht er noch Mitstreiter. Er wird dafür vermutlich kaum „Kameraden" finden, nachdem er pünktlich zu seinem Prozeßanfang (am 1. Juni '95) über sein Infotelefon bekanntgab, daß er „verbindlich und unwiderruflich aus dem national-politischen Widerstand in der BRD" austreten will. Tag will eigenen Angaben zufolge „sämtliche aktive und passive Betätigungen", „sämtliche Leitungs- und Führungsfunktionen" und „jedes politische Einwirken auf Fremde oder mir bekannte Andere" beenden. Er „scheidet ohne Groll gegen jemanden, ohne persönliche Feinde aus der gesamten rechten oder nationalen Szene". Den Vorsitz des am 20. Juni 1987 von ihm gegründeten ***Internationalen Hilfskomitees für nationale politische Verfolgte und deren Angehörige e.v (IHV)*** will Tag ebenfalls niederlegen. Für die „Abwicklung offener national-politischer Angelegenheiten" verweist Tag auf seinen bisherigen Statthalter **Markus Walter** (20) aus Pirmasens. Sein Prozeß vor dem Landgericht Frankenthal wegen Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland und Aufstachelung zum Rassenhaß endete in einer neunmonatigen Bewährungsstrafe. Verteidigt wurde der mehrfach vorbestrafte Tag in der Berufungsverhandlung von dem bekannten Mannheimer Nazi-Anwalt **Ludwig Bock** (53).

Deckert wieder mal angeklagt

bnr 13/95 - Wegen Volksverhetzung ist der ***NPD***-Bundesvorsitzende **Günter Deckert** (55) vor dem Reutlinger Amtsgericht angeklagt. Grundlage der Anklage ist ein Flugblatt, das im vergangenen Jahr in Eningen (Kreis Reutlingen) aufgetaucht ist. Die NPD hat in Eningen (Schillerstr. 73) von den Geschwistern Charlotte und Frieda Krieg („zwei volkstreue Damen aus dem Schwäbischen") ein größeres Haus geerbt. (siehe WGA 1, 3 und 4). Deckert meldete dort seinen Zweitwohnsitz an.

SPD will nicht FN

JF 30.6.95 - Der ***SPD***- Oberbürgermeister von Rastatt, **Klaus-Eckard Walker**, lehnt eine Zusammenarbeit mit seinem neuen Amtskollegen aus der südfranzösischen Partnerstadt Orange ab. Hier gewann bei der letzten Kommunalwahl die rechtsextreme ***Front National (FN)***. „Es ist mir schwer möglich, mit Rechtsextremen zu kollaborieren", erklärte er in einer Stellungnahme. Der Sieg der Front National ist nach seiner Ansicht ein schwerer Rückschlag für die partnerschaftlichen Bemühungen. Er betonte jedoch, daß er das Wahlergebnis der französischen Bürger respektiere. Von sich aus aber werde er keine Kontakte zu dem neugewählten Bürgermeister **Jacqes Bompard** suchen, um die französischen Rechtsextremisten nicht unnötig hoffähig zu machen.

Aktion für Recht, Ordnung und Wahrheit

bnr 14/95 - Eine „bundesweite Aktion für Recht, Ordnung und Wahrheit" hat die in Augsburg ansässige gleichnamige ***Aktion für Recht, Ordnung und Wahrheit*** (***ANP***) gestartet. In Flugblättern der ANP wird *„Jeder anständige Deutsche"* zum Widerstand gegen das *„Bonner Selbstmordsystem"* aufgerufen. Kopf der Mini-Gruppe ist **Albert Gotthold**, zugleich Bundesvorsitzender eines ***Interessenverbandes Rentner und Hinterbliebene*** und Vorsitzender eines ***Sozialen Hilfswerkes e.V.***. In dem rechtspopulistischen Programm der ANP wird unter anderem der Erhalt der „Deutschen Mark" und eine Volksabstimmung über den „Bestand Deutschlands" gefordert desweiteren setzt sich die ANP für die „umfassende Regelung der Zuwanderung" ein und wettert gegen die „Maastricher Verträge".

Bayern

Jugendliche Antifas in den Tod getrieben?

JW 15./17.6.95 - Am 28. April '95 stürzte sich der 16jährige Daniel H. vom Dach eines Parkhauses in der Passauer Innenstadt und erlag nach wenigen Stunden den Folgen seiner Verletzungen. Genau einen Monat später erschoß sich in nächster Nähe der gleichaltrige Matthias H. mit der Handfeuerwaffe seines Vaters. Am 14. Juni kam die 15jährige Martina K. (die damalige Freundin von Daniel H.) bei einem Autounfall ums Leben. Es ist nicht sehr unwahrscheinlich, daß Unfall von ihr beabsichtigt war, da sie nach Auskunft von Freunden in letzter Zeit öfters von Selbstmord gesprochen hatte. Die drei Jugendlichen gehörten zur linken Szene Passaus, Daniel und Matthias waren aktiv in der örtlichen Antifa-Szene engagiert und standen als aktive Antifaschisten im Visier staatlicher Ermittlungen. Auch Martina wurde im Laufe der Ermittlungen von der Polizei bedrängt. Daniel und Matthias waren einem überaus extremen Druck durch die Passauer Polizei ausgesetzt. Denn die beiden Jugendlichen waren direkte Opfer der Repressionswelle gegen die Passauer Antifaszene. Sie zählten zu den Hauptverdächtigen der polizeilichen Ermittlungen wegen zahlreicher politisch motivierten Straftaten, die sich seit Jahreswechsel in Passau ereignet hatten. Daniel wurde aufgrund einer mysteriösen anonymen Zeugenaussage massiv von der Polizei bedrängt. So wurde ihm bei mehreren Vorladungen sogar für eine Aussage Geld angeboten. Gegen Matthias wurde vom LKA gleich nach dem Paragraphen 129a (Mitgliedschaft, Unterstützung oder Werbung für eine terroristischen Vereinigung) ermittelt. Grund für dafür waren ein paar RAF-Sprühereien, die in seiner Wohngegend gefunden worden waren. Das reichte aus, ihn mit härtester Strafverfolgung zu konfrontieren. Obendrein wurde ihm, nach einer überfallartigen Hausdurchsuchung, seine Wohnung gekündigt. Ein Nachruf der Passauer Antifa sagt zu den Selbstmorden: „Es gibt viele Arten einen Menschen zu töten (.....) Nur wenige davon sind in diesem Staat verboten." Von dem größten Teil der Medien allerdings wurden die Selbstmorde vollkommen entpolitisiert. Nach dem Motto: Wenn desorientierte Jugendliche Haschisch rauchen und auch noch zur „Chaotenszene" gehören, dann ist der frühe Tod so gut wie vorprogrammiert. Von der Ausgrenzung und Kriminalisierung der Passauer Jugendszene dagegen wird geschwiegen. Die Passauer Staatsanwaltschaft jedenfalls kann nun drei Akten schließen.

Mini-Nazidemo in Regensburg

NIT 19./20.6.95 - Am 17. Juni '95 fand in Regensburg eine kleine Nazidemo unter dem Motto: „Gegen eine multikulturelle Gesellschaft, für eine deutschenfreundliche Politik" statt. Der Bundesvorsitzende der ***Deutschen Nationalisten***, **Michael Petri**, hatte diesen Aufmarsch organisiert. Im Vorfeld war die Demonstration verboten worden. Am 16. Juni um 23.30 Uhr (also 14 Stunden vor Beginn) ist das Verbot aber wieder vom bayerischen Oberverwaltungsgericht aufgehoben worden. Die Angaben über die Anzahl der Nazis auf dieser Pseudo-Demo schwanken aber selbst innerhalb der ***Nationale**n **Infotelefon**e* (***NIT***) von 25 bis 60 Personen. Wohl mehr als 60 antifaschistische GegendemonstrantInnen demonstrierten vor Ort gegen die Nazi-Demo, konnten sie aber offensichtlich nicht verhindern. Auf der Abschlußkundgebung hetzten Michael Petri und ein Rechtsextremist aus Tübingen offen gegen Minderheiten.

Hefendehl jammert

bnr 16/95 - Der Rechtsextremist **Eberhard Hefendehl** (64), Herausgeber der neonazistischen Monatszeitschrift ***Der Scheinwerfer*** (10.Jahrgang), beklagt in der Ausgabe 6 seiner Zeitung, daß es kaum noch Mitarbeiter gebe, die seine Arbeit unterstützen: *„Manchmal kommt es mir vor, als hätt ich die Zugehörigkeit zu dieser Welt verloren und lebte auf einem fremden Planeten"*. In der Redaktion des antisemitischen Blattes (Auflage rund 7.000 Stück) sind noch vertreten: **Hans von Schnevoigt**, **Hansi Raschke**, **Astrid Witmer**, **Otto Braun**, **Siegfried Neubacher**, **Werner Witte** und **Erhard Kemper** (=***Germanicus***).Hefendehl, der von 1947 bis 1950 als „politischer Häftling" einsaß, ist in der deutschen Naziszene kein Unbekannter. So war er beispielsweise zugegen, als am 24. Juli 1976 das Auto von „Monitor"-Journalisten von Mitgliedern der ***Wiking-Jugend*** zerstört wurde. Bei Hefendehls ***Odal-Druck- u. Verlag*** wurde auch die ***Anti-Antifa***-Postille ***Der Einblick*** gedruckt.

Pfingsttreffen des Coburger Convents

JW 1.6.95 - Unter dem vergleichweise harmlosen Motto: „Technik der Zukunft - Zukunft der Technik" traf sich Anfang Juni '95 im bayerischen Coburg die deutschnationale Studentenverbindung ***Coburger Convent*** zu ihrem 127. Pfingsttreffen. Seit der erneuten Gründung des Coburger Convents 1951 hat sich das Selbstverständnis dieser selbsternannten Elite der Studentenverbindung kaum verändert. So wird ein Menschentyp angestrebt, der „im Leben durch männliches, couragiertes Auftreten ausgezeichnet ist". Die politische Richtung gibt das „Bekenntnis" vor, in dem es u.a. heißt: „Wir bekennen uns zu einem ungeteiltem und freien Deutschland in den alten Grenzen ostwärts der Oder-Neiße-Linie." Die Grenze zwischen Sympathien und offener Zusammenarbeit mit Altnazis, Neuer Rechten und faschistischen Skinheads ist gerade beim Coburger Convent fließend. So konnten 1993 ein Conventsmitglied mit einer Rede beim „traditionellen Marktfest" offen die rassistischen Morde in Solingen begrüßen. 1994 reiste eine größere Gruppe organisierter Neonazis aus Suhl zum Pfingsttreffen des Coburger Convents an. Für nächstes Jahr ist auf jeden Fall ein Gegenkongreß geplant. Infos dazu, eine Broschüre zum Coburger Convent und die regelmäßig erscheinenden „Notizen aus der Provinz" gibt's über: Gruppe Archiv, Postfach 2704, 96416 Coburg.

Von der SPD zum BFB

bnr 13/95 - In der Mai-Ausgabe '95 des ***Deutschland Briefes***, der von **Manfred Brunner**, Bundesvorsitzender des rechtslastigen ***Bund Freier Bürger (BFB)***, herausgegeben und für dessen Inhalt **Bruno Bandulet** verantwortlich ist, wird mitgeteilt, daß auf dem bayerischen BFB-Landesparteitag am 13. Mai '95 in Planegg **Franz Bader** zum stellvertretenen BFB-Landesvorsitzenden gewählt worden ist. Damit, so der „Deutschland Brief", der in der „Bandulet Verlag GmbH" in Bad Kissingen erscheint, „rückt ein früherer Sozialdemokrat in eine führende Position des BFB's". Nach BFB-Angaben soll seit der Gründung des BFB's der Anteil früherer ***SPD***'ler

Anti-Rassismus-Tage in Nürnberg

Ab 15. September '95, 60 Jahre nach der Verabschiedung der Rassengesetze, finden in Nürnberg Anti-Rassismus-Tage statt. Zu diesen rufen der Ausländerbeirat der Stadt Nürnberg, die DGB-Jugend Nürnberg, das DGB-Bildungswerk Mittelfranken, der Kreisjugendring und das Schülerbüro der Stadt auf. Am Freitag, den 15. September, wird eine Straßenbahn offiziell mit antirassistischen Graffitis besprüht. Der Samstag gehört den Foren und Erzählcafés. Die Bedeutung der Menschenrechte wird diskutiert, die Geschichte der Nürnberger Juden erläutert oder die Erfahrung mit dem Kirchenasyl ausgetauscht. Abschlußdiskussionen und Ausstellungen werden am Sonntag angeboten.

von 5% auf 10% gestiegen sein. Zum BFB-Landesvorsitzenden wurde Manfred Brunner bei einer Enthaltun gewählt. Er löst den zurückgetretenen bisherigen Landesvorsitzenden **Michael Kobler** ab.

Nazis in Bayreuth

JRE Bayreuth, NBK 14.8.95 - In Bayreuth kam es in letzter Zeit zu einigen Angriffen auf Andersdenkende durch Nazis. So verprügelten am 5. und 8. August '95 einige Nazis jeweils einen Jugendlichen und jagten zwei dreizehnjährige Mädchen durch die Stadt. In der Nacht zum 12. August verhaftete die Polizei fünf Rechtsradikale die mit einer Gasknarre rumschossen. Die Rechtsradikalen gaben an, sie hätten Auseinandersetzungen mit der linken Szene gesucht, weil sie noch eine „offene Rechnung" zu begleichen hätten. Damit meinen sie einen Vorfall, bei dem Antifaschisten einige Nazis stellten und mit einer Gasknarre einzuschüchterten versuchten, ihnen aber nicht das Geringste taten. Dieser Einschüchterungsversuch am 9. August war nicht grundlos. Einen Tag zuvor hatten diese Nazis einem jugendlichem Punker eine Bierflasche auf dem Kopf zerschlagen. Und noch einen Tag vorher wurde ein jugendlicher Antifaschist von Nazis in einen Brunnen geworfen. Am 13. August versammelten sich dann, trotz Versammlungsverbot, ca. 30 Nazis im Hofgarten, schwangen Fahnen und gröhlten Lieder. Ein Jugendlicher wurde dabei von acht Nazis angegriffen. Aufgrund dieser Vorfälle wollen sich Bayreuther AntifaschistInnen nun verstärkt dem Aufbau von antifaschistischen Selbstschutzstrukturen widmen.

Sudanese zusammengeschlagen

Taz 12.6.95 - Am Abend des 10. Mai '95 haben fünf Motorradfahrer in Neureichenau im Bayerischen Wald einen 20jährigen Asylbewerber aus dem Sudan zusammengeschlagen und schwer verletzt. Wie die bayerische Grenzpolizei mitteilte, fielen die Männer vor einer Telefonzelle über den 20jährigen her, schlugen ihn, bis er am Boden lag, und traten dann noch mit Füßen auf den Verletzten ein. Die Fahndung nach den Tätern verlief ohne Ergebnis.

Polizei mißhandelte 17jährigen Kurden

JW 17.7.95 - Der 17jährige Kurde **Kartal Atalay** ist auf einem Revier der Münchner Polizei mißhandelt worden. Kartal wurde am 9. Juli '95 von Münchner Polizisten festgenommen. Den ihm vorgeworfenenen Diebstahl von Limoträgern gab er bei der ersten Vernehmung sofort zu. Das genügte der Polizei offenbar nicht. Kartal berichtet, daß er in die Arrestzelle geschubst wurde. Dort bekam er einen Faustschlag mit dem Hinweis, er solle sich nochmal überlegen, was er beim nächsten Verhör erzählt. Als er sich, zur nächsten Vernehmung gestoßen, über die brutale Handlung beschwerte, war die Antwort auf diese „Frechheit": Handschellen. Dann das zweite Verhör. „Die wollten mir Sachen anhängen, die ich gar nicht begangen hab", erinnert sich Kartal. Er verlangte einen Anwalt, aber die Beamten wollten von ihm nur „Geständnisse" hören. Einer zog sich Handschuhe an und würgte ihn. Als Kartal sich wehrte, hagelt es Schläge. Unter Beschimpfungen wie „Dreckstürke" traten die Beamten nach ihrem Opfer, das mittlerweile am Boden lag. Man brachte ihn schließlich wieder in die Zelle, um ihn dort mit seinem Gürtel weiter zu verprügeln (die Spuren davon waren noch Tage später deutlich zu erkennen). Als er schließlich ins Polizeipräsidium gebracht wurde, hieß es, er brauche erst gar nicht probieren, eine Anzeige zu stellen. „Als Ausländer hast du keine Chance, das ganze Revier steht gegen dich". Als Kartal trotzdem darauf bestand, „das nicht auf sich beruhen zu lassen", machte ihm ein Beamter klar, das es noch andere Mittel gibt. „Der hat gesagt: Es hätte auch ein Unfall passieren können, du hast dich gewehrt und wir haben in Notwehr gehandelt. Gleichzeitig füllte er Munition in seine Dienstpistole." So ähnlich klingt auch die Darstellung eines Münchner Polizeisprechers zu diesm Vorfall. „Ein junger Gauner, der uns sehr beschäftigt", sei festgenommen worden. In der Polizeiwache habe Kartal Atalay dann wild um sich geschlagen, so daß die zwei Beamten, die ihn führten, „unglücklicherweise" seien sie nicht die kräftigsten gewesen, nicht mehr mit ihm fertig wurden. Vier Beamte seien notwendig gewesen, um den schmalen 17jährigen wieder unter Kontrolle zu bekommen. Allein in Westdeutschland wird jährlich etwa gegen 9.000 Beamte wegen Mißhandlungen ermittelt, schätzt der Wuppertaler Kriminalsoziologe Manfred Brusten. Auch Kartals Vater hat inzwischen Anzeige wegen Körperverletzung im Amt gestellt, große Hoffnung auf Erfolge hat er nicht, aber er will sich nicht einschüchtern lassen. „Es muß was gemacht werden, wenn jeder sagen würde, das ist nicht mein Bier, dann würde es noch schlimmer werden." Aufgrund der Anzeige ermittelt jetzt die Staatsanwaltschaft. Auskünfte zum Stand der Ermittlung will sie keine erteilen. Siegfried Krempl von den kritischen Polizisten weiß allerdings, wie solche Ermittlung in aller Regel ablaufen: Die Polizei ermittelt gegen sich selbst und legt der Staatsanwaltschaft ihre Ergebnisse vor. Diese entscheidet dann nach der Aktenlage - auf Einstellung des Verfahrens.

REPs klagen in Bayern

JW 10.6.95 - Der Landesverband der ***Republikaner*** in Bayern hat rechtliche Schritte gegen die Einstufung der Partei als rechtsextremistisch im Verfassungschutzbericht des Freistaates eingeleitet. Im Auftrag der Partei beantragte der Würzburger Rechtsanwalt **Hannes Kaschkat** am 9. Juni '95 eine einstweilige Verfügung beim Verwaltungsgericht München. Ziel des Antrages ist es, dem Freistaat zu untersagen, die Republikaner weiterhin als extremistisch und verfassungsfeindlich im Rechtssinne zu bezeichnen. Außerdem soll das Land verpflichtet werden, alle sich aus dieser Einstufung ergebene Maßnahmen gegen Mitglieder der Republikaner einzustellen.

Berlin

Neue Aktivitäten von den „Nationalen"

NIT Berlin, Taz 9.6., BeZe, JW 3.8., bnr 14/95, AN 14/95 - Die ***Nationalen e.V.*** haben beim Landeswahlleiter in Berlin ihre Kandidatenliste zu den Abgeordnetenhauswahlen im Oktober eingereicht. Auf der offenen Liste kandidieren neben den führenden Kadern der Nationalen **Frank Schwerdt** und **Christian Wendt** sog. *„Aktivisten aus dem ganzen nationalen Spektrum der Reichshauptstadt"*, wie z.B. der ehemalige Bundesvorsitzende der ***Jungen Nationaldemokraten***, **Andreas Storr** oder **Rita Bönisch**, Kaderin beim ***Hoffmann-von-Fallersleben-Bildungswerk***. Die Nationalen wurden am 3. September '91 anläßlich der letzten Berliner Wahlen gegründet und traten in insgesamt neun Berliner Bezirken an. In Lichtenberg z.B. kandidierten die bekannten Nazikader **Sven Ruda** und **Oliver Schweigert**. Insgesamt erhielten sie jedoch nur 0,2 Prozent der Stimmen. Nun versuchen sie ein Sammelbecken für verbotenen Neonazi-Gruppen in Berlin und Brandenburg zu werden. In ihrem Wahlprogramm fordern die Nationalen die sofortige Kündigung des Staatsvertrages zwischen dem Berliner Senat und der jüdischen Gemeinde und den sofortigen Abriß aller Holocaust-Denkmäler. Ebenfalls sollen alle Denkmäler der Sieger des 2. Weltkrieges abgerissen werden, sowie zig Straßennamen unbenannt werden. Schon jetzt wirbt das ***Nationale Infotelefon*** (***NIT***) dafür, die Liste bei der Sammlung von Unterschriften zu unterstützen, das Wahlprogramm werde in kürze in ganz Berlin verteilt. Insgesamt werden 2.200 Unterschriften Berliner Wahlberechtigter benötigt, um zur Abgeordnetenhauswahl am 22. Oktober '95 zugelassen zu werden. Am 13. Juli '95 gab das Ber-

liner Nationale Infotelefon bekannt, daß bereits „mehrere hundert Unterschriften" gesammelt worden wären, die nötigen Unterlagen können Interessenten unter der Berliner Nummer 431 65 74 anfordern. Am 2. August '95 durchsuchte die Kripo und ein Staatsanwalt zwei Wohnungen von Mitgliedern des Neonazi-Vereins in einem Haus in Reinickendorf und beschlagnahmte div. Nazipropaganda, einen Computer und eine Druckmaschine. Mieter der Wohnungen sind einmal der 51jährige Frank Schwerdt, welcher als Landes- und Bundesvorsitzender des Vereins bekannt ist, sowie ein24jähriger Reinickendorfer, der laut Polizei Herausgeber der ***Schulungsbriefe des Völkischen Freundeskreises (VFK)*** und Beisitzer im Vorstand der Nationalen ist. Am 5. August '95 verkündete das NIT Berlin schon wieder freudig: *„Auf Intervention des Landesvorsitzenden und ... Frank Schwerdt, bei dem Wahlleiter wurde bereits gestern (4.8.'95) die Druckmaschine zurückgegeben...trotzdem ist der Pressesprecher des Vereins, Christian Wendt, sicher, die benötigten Unterschriften fristgemäß abgeben zu können. Durch spontane Hilfe aus* ***Republikaner****-Kreisen konnte die Arbeit an einer anderen Computer-Anlage fortgesetzt werden."* Mit den Unterstützungsunterschriften scheint es jedoch recht knapp, denn wie verrückt betteln die Nationalen um jede einzelne, so drückten sie wochenlang am S-Bahnhof Treptow ihre sonst sehr teure Vereinszeitung, die ***Berlin Brandenburger Zeitung,*** irgendwelchen Passanten kostenlos in die Hand, in der Hoffnung, einige würden schon ihre Unterschrift abgeben. Doch evtl. wollen nun die Nationalen die Wahl anfechten, denn wie das NIT Berlin am 31. Juli '95 verkündete: *„Am vergangenen Sonnabend (29.7.'95) schritt die Polizei an verschiedenen Plätzen gegen die Mitglieder der Partei „Die Nationalen" ein, die Unterschriften für den Wahlantritt sammeln wollten. Der Vorsitzende der Partei erklärte daraufhin, daß er möglicherweise die Wahl anfechten möchte."*

Rassistischer Angriff

JW 14.7.95 - Ein 53jähriger Mann, welcher am 11. Juli '95 versuchte einen 29jährigen Türken anzuzünden, soll in eine psychatrische Anstalt eingewiesen werden. Der Türke wurde vor einem Café mit rassistischen Sprüchen angemacht und mit Brennspiritus überschüttet. Als der 53jährige versuchte ihn anzuzünden, flüchtete er in das Café und überwältigte dort den Angreifer. Dieser gab als Motiv an, daß im Gebetsraum des Cafés Verwünschungen gegen ihn ausgestoßen worden wären.

Sprengstoff bei Razzia entdeckt

SZ, BeZe, Taz, HNA 9.6.95 - Bei einer bundesweiten Razzia am 7. Juni '95 gegen Neonazis wurden auch drei Wohnungen in Berlin durchsucht. Die Razzia richtete sich gegen Empfänger der Nazi-Broschüre „Was uns Deutschen bevorsteht" welche von **Michael Petri** vertrieben wurde. Während die Polizei in zwei Wohnungen vergeblich suchte, wurde sie in der Neuköllner Wohnung des 25jährigen **Boris Penzholz** fündig. Dort fand die Polizei 1,7 kg Sprengstoff (auch für die Herstellung von Rohrbomben geeignet), 375 Gramm Raketentreibstoff, Totschläger, Schlagringe, scharfe Munition u.ä.. Außerdem wurden Mitgliedsausweise der ***NSDAP/AO*** und des ***Ku-Klux-Klans*** sowie etliches Propagandamaterial gefunden. Bei seiner Vernehmung legte der 25jährige ein Teilgeständnis ab. Boris P. wurde festgenommen, nach Erlass eines Haftbefehls gegen Auflagen am 8.Juni aber wieder freigelassen. Der Berliner war bereits mehrmals durch Nazi-Aktionen aufgefallen und ist als aktive Nazigröße bekannt. Ihm wird nun Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Verstoße gegen das Sprengstoffgesetz sowie Volksverhetzung vorgeworfen. Auslöser der Razzia waren Ermittlungen der Koblenzer Staatsanwaltschaft gegen den 22jährigen Vorsitzenden der ***Deutschen Nationalisten*** Michael Petri.

Protest gegen Republikaner

WGA, JW, Taz, BeZe 29.5.95 - Rund 70 Antifaschisten und Gewerkschaftler versuchten am 27. Mai '95 erfolglos den Landesparteitag der ***Republikaner*** zu verhindern. Mit Trillerpfeifen, Sprechchören, Transparenten, Flugblättern und fliegenden Eiern wurde zumindest auf das Problem aufmerksam gemacht und den REPs die Freude genommen. Diese versuchten, durch die Polizei gut geschützt, Antifas zu fotografieren. Als vorwiegend jugendliche Antifas ankommende Delegierte bedrängten, kam es zum Gerangel mit der Polizei. Fünf Personen wurden nach Polizeiangaben wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz vorübergehend festgenommen.

Rechtsextremist beim SFB

JW 3.8.95 - Sehr überrascht waren einige MitarbeiterInnen des ***Sender Freies Berlin (SFB)*** schon, als ihnen von der ***IG Medien Jugend*** ein Flugblatt über **Ansgar Graw** in die Hand gedrückt wurde. Warum? Der Indendant des Sender Freies Berlin, **Günther von Lojewski**, hat Graw, der seit Jahren als Rechtsextremist bekannt ist, zum „Referenten für ARD und Gremienfragen" berufen. Angesichts der publizistischen Tätigkeit Graws für verschiedene rechtsradikale Zeitschriften wie das ***Ostpreußenblatt***, die ***Junge Freiheit***, ***Criticon***, ***Mut*** sowie seine Beteiligung an Gruppen und Aktionen wie der ***Jungen Landsmannschaft Ostpreußen***, der ***Studentischen Vereinigung - Gruppe 146***, dem ***Studienzentrum Weikersheim (SZW)*** und dem ***Berliner Dienstagsgespräch*** stellt sich die Frage ob eine solche Position im SFB der richtige Platz für Graw ist. Schließlich soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk laut Berliner Pressegesetz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung dienen. Auch Vorbesprechungen für Sitzungen des Intendanten sowie das Knüpfen politischer Kontakte falle in sein Ressort. Der 34jährige erlernte das journalistische Handwerk beim Ostpreußenblatt. Wann auch immer es um die fünf neuen Bundesländer geht, verwendet Graw die Bezeichnung *„Mitteldeutschland bzw. mitteldeutscher Raum".* Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesregierung wird von ihm kritisiert. Graw schreibt außerdem vom *„permanenten deutschen Schuldgefühl"* und einem *„volkspädagogischen Geschichtsverständnis".* In seinen einseitig geschriebenen Jammerartikeln über die ungerechte Behandlung Deutschlands, klammert er den Beginn des 2. Weltkrieges oder den organisierten Massenmord aus. Als Student war er 1990 in der Hamburger Gruppe 146 aktiv, welche selbst der Hamburger Senat als „rechtsextrem" bezeichnete und welche für ihre guten Kontakte ins Neonazilager bekannt ist. Bei der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen war er stellv. Vorsitzender. In der Zeitschrift ***Nation & Europa*** wird er gelobt weil *„er dazu auffordert die Kriegserklärung von seiten der linken Medienchargen in der BRD endlich aufzunehmen".*

Razzia gegen Flüchtlinge

JW 20.7.95 - Am 18. Juli '95 hat in Berlin Lichtenberg die Polizei zum wiederholten Mal eine Razzia gegen Flüchtlinge ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und gegen den Handel mit unverzollte Zigaretten durchgeführt. Nach Polizeiangaben hätten 62 von 208 in einem Wohnheim in der Rhinstraße überprüften Personen gegen aufenthaltsrechtliche Vorschriften verstoßen.

Schüler-Union hetzt gegen Islam

Taz 12.6.95 - Die SchülerInnen des Neuköllner Albert-Einstein-Gymnasiums staunten nicht schlecht, als ihnen Mitte Mai '95 geschniegelte Jungmänner vor dem Haupttor ein merkwürdiges Flugblatt in die Hände drückten. Unter der Überschrift: *„Islamische Republik Deutschland".* Die „große Gefahr der Zukunft" seien fundamentalistische Sekten und Religionen wie der Islam, weil *„Armeen, Terrorkommandos und Attentäter"* islamischer Staaten Europa bedrohen würden. Fundamentalistischen Staaten und ihrer Aufrüstung müsse *„mit allen Mitteln begegnet werden"*, sonst müßten 1996 zum *„Schutz vor Gift-*

gas Gasmasken" getragen werden. Verantwortlich für das Flugblatt ist der Neuköllner Kreisverband der ***Berliner Schüler Union (BSU)***. Der BSU-Landesvorsitzende **Roman Simon** hält das Flugie für „außergewöhnlich und provokativ, doch daß die Formulierungen und Verallgemeinerungen Vorurteile gegen den Islam schüren, hält der 20jährige für abwegig. Äußerungen wie im Flugblatt sind in der BSU keine Ausnahme. In der Verbandszeitung ***Suspect***, welche auch vor Schulen verteilt wird, werden seit geraumer Zeit harte Schritte in der Ausländerpolitik gefordert: Gesonderter Unterricht für Kinder von Flüchtlingen, eine Ausländerquote von höchstens 20% an einsprachigen Schulen und die Abschiebung von straffällig gewordenen Jugendlichen. Unterstützt von der BSU werden radikale AbtreibungsgegnerInnen genauso wie der CDU-Rechtsaußen Bundestagsabgeordnete **Heinrich Lummer**.

Abschiebehäftlinge ausgebrochen

JW, BeZe 17.7.95 - Zehn Abschiebehäftlinge sind am 15. Juli '95 aus dem Abschiebeknast in der Kruppstraße geflohen. Sie sägten im Fernsehraum, unbemerkt vom Aufsichtspersonal, die Fenstergitter auf und seilten sich aus der dritten Etage an mehreren zusammengeknoteten Bettlaken ab. Die Abschiebehäftlinge, gegen die vor allem wegen des Verstoßes gegen das Asylverfahrengesetz und wegen Ladendiebstahl ermittelt wurde, konnten nicht gefaßt werden. Bereits Mitte April gelang zehn Flüchtlingen die Flucht aus dem Abschiebeknast. (siehe WGA #6). In der Vergangenheit hatten Organisationen und Parteien immer wieder auf die unmenschlichen Zustände im Abschiebegewahrsam aufmerksam gemacht. Am 17. April '95 protestierten etwa tausend Menschen vor dem Gebäude gegen die Abschiebepolitik der deutschen Behörden.

Flüchtling sprang in den Tod

Taz 28.7.95 - Am 26. Juli '95 nahm sich ein 36 Jahre alter bosnischer Kriegsflüchtling das Leben. Er sprang aus der sechsten Etage eines Flüchtlingswohnheims in der Siegfriedstraße. Der Notarzt konnte nur noch den Tod des Mannes feststellen.

Aktion gegen Abschiebeknast

Taz 17.6.95 - Erneut ging ein Fahrzeug der Baufirma ***Allround***, die am Bau des Abschiebeknastes in Marzahn beteiligt ist, in Flammen auf. *„Kampf der Abschiebemaschine und denen die daran verdienen - Solidarische Grüße an die drei"*, heißt es in einem Bekennerschreiben. Gemeint sind die drei, die seit dem mißglückten Sprengstoffanschlag auf den Abschiebeknast polizeilich gesucht werden (siehe WGA #6).

Rassismus an der Uni

Presse 19.5.-28.6.95 - Der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Freien Universität Berlin wirft einigen Dozenten vor, ausländische StudentInnen mit rassistischen Sprüchen aus dem Studium zu ekeln. So z.B. **Herbert Ammon**, Dozent für Geschichte und Soziologie. Dieser erklärte einer polnischen Studentin: *„Russen und Polen kommen hieher, um illegale Geschäfte zu machen. Ihr Studium benutzen sie, um das zu verbergen."* Da Ammon auch Prüfungen durchführt, setzen sich die Opfer nicht zu Wehr. Eine nicht bestandene Prüfung bei Ammon kann für ausländische Studierende, deren Aufenthaltsgenehmigung sich auf ihren StudentInnenstatus gründet, die Ausweisung bedeuten. *„Es wissen doch alle, daß die Aufnahmefähigkeit und Intergrationsfähigkeit der deutschen Gesellschaft begrenzt sind"* hat Ammon im März '94 in der rechten ***Jungen Freiheit (JF)*** geäußert. Einen marokkanischen Studenten ließ Ammon wissen, daß er ein Feigling sei, weil er nicht *„nach Hause"* zurückkehre *„um gegen seinen Kamelkönig zu kämpfen"*. Den Verantwortlichen der FU muß Ammons politische Ausrichtung längst bekannt sein. Schon 1984 schrieb er in der rechten nationalrevolutionären Zeitschrift für Nationale Identität ***Wir selbst*** und seit 1994 liefert er regelmäßig Beiträge für die JF. Ein anderes Beispiel ist **Joachim Küch**, Geschichtsdozent, welcher sich allerdings weigert den Nationalsozialismus im Unterricht zu behandeln. Nachdem StudentInnen ihnen mehrmals dazu aufforderten, schwärmt er von der charismatischen Figur Hitlers, betont die sog. „sozialen Erfolge" des NS-Regimes und führte den Hitlergruß vor, außerdem spricht er sich für die Begrenzung der Einwanderung aus. Küchs Sorge gilt auch seiner Ernährungstätigkeit für Fremde: *„Hätten wir bald die Hälfte aller Türken hier, wer soll die ernähren?"* Und außerdem kommen die eh nur um *„illegale Geschäfte zu machen"* während er sie *„mit seinen Steuergeldern finanziert"*. In der Fachbereichzeitung OZ erschien unter der Überschrift „Vergangenheitsbewältigung" eine Artikel von **Henry Krause**, welcher das NS-Regime mit der DDR gleichsetzte. In einen anderen Artikel beschwerte sich der Autor **Schellenberg** über die *„einseitige Bearbeitung der deutschen Geschichte"* und fordert, sich *„anstelle des alles überlagernden Referenzpunkt Nationalsozialismus"* mehr um die DDR zu kümmern. Darauf strich der AStA, bis zu einer engültigen Klärung, die Finanzierung der OZ. Da die OZ sich „pünktlich zum Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus nahtlos in den Strom derer einreiht, die die Schattenseiten Deutschlands nun endlich zu entsorgen trachten, um sich wieder bruchlos auf die deutsche Nation und deren Geschichte beziehen zu können". Die OZ konnte nur erscheinen, da die Entscheidung nicht bis zur Druckerei kam. Im Mai '95 hingen einige Antifas Transparente an der Uni auf, mit der Aufschrift „Kein Liberalismus für geistige Brandstifter".

Freispruch wegen Notwehr

Taz, BeZe 22./23.6.95 - Der 40jährige Äthopier **Mulugeta D.** ist frei. Das Berliner Landgericht erkannte ein „Handeln aus Notwehr" an. Mulugeta wurde im Oktober '92 auf der U-Bahn Linie 6 von dem Deutschen **Roland S.** als „Scheißnigger" beschimpft. Als beide Männer am Kurt-Schuhmacher-Platz austiegen gab Roland S., Mulugeta noch einen Schubs. Eine Schlägerei folgte, bei der der Afrikaner mit einer vollen Schnapsflasche attackiert wurde. Mulugeta zog sein Messer und verletzte den Deutschen mit zwei Messerstichen. Da Mulugeta zum ersten Verhandlungstermin nicht erschienen war, erhält er für die sieben Monate U-Haft keine Entschädigung.

Neonazi verurteilt

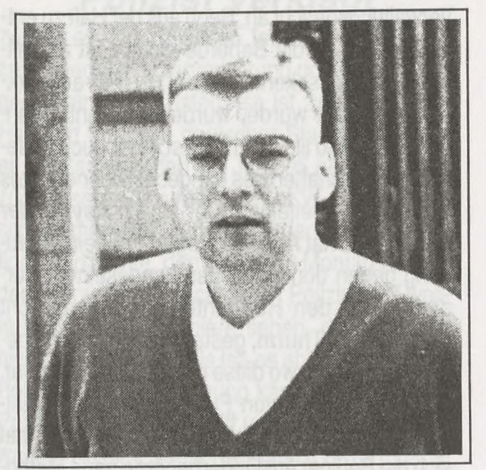
BeZe, JW, Taz 16.6.95 - Wegen neonazistischen und antisemitischen Parolen ist ein 25jähriger am 15. Juni '95 von der 2. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Berliner war mit einem Komplizen am 4. August '94 in Friedrichsfelde von Zivilpolizisten beim Sprühen von Parolen wie *„Kampf dem Zionistenstaat"* oder *„Deutschland erwache"* erwischt worden.

Keine REPs in Friedelhain

JW, Taz, 10., 17.6., BeZe 14.8.95 - Am 17. Juni '95 hatten die ***Republikaner*** eine „Feierstunde" am Erich-Fried-Gymnasium in Friedrichshain angemeldet, dafür hatten die REPs einen Raum der BVV Friedrichshain beantragt, welcher sich an der Schule befindet. Doch Pech gehabt: am selben Tag fand eine Schulfeier statt und so zogen die REPs den kürzeren. Denn die SchülerInnen wollte man wegen der REPs nicht rauswerfen. **Detlef Mahn**, Fraktionsvorsitzender der REPs, witterte gleich die Weltverschwörung und kündigte an, vor das Verwaltungsgericht zu ziehen. Trotz alledem fand vor der Schule eine Kundgebung von 50 Antifas statt. In der Nähe der Kundgebung wurden noch 3 REP-Aktivisten enttarnt, welche dann zur Polizei gingen und diese informierten, daß sie ihre Veranstaltung nach Charlottenburg verlegt hatten. Am 13. August '95 wollten sie dann noch ein Treffen an der Schule veranstalten. Diesmal hatte das Verwaltungsgericht schon zugestimmt, aber trotzdem wurden es diesmal nicht mehr als drei REPs welche vereinzelt vor der Tür standen. Diesmal kam der Hausmeister mit den Schlüsseln nicht. Und angesichts von 50 Antifas und jeder Menge Polizei verzogen sich die letzten drei dann auch noch.

Nationales Infotelefon durchsucht

bnr 12/95, BeZe, JW 12. -15.7.95 - Am 23. Mai '95 gab das Berliner ***Nationale Infotelefon (NIT)*** bekannt, daß der aus Berlin stammende Neonazi **Ulli Boldt** vom ***Studienzentrum Weikersheim e.V.*** ausgeschlossen wurde. Ulli Boldt war Mitglied der ehem. ***Nationalistischen Front (NF)***, betreibt das NIT Berlin und ist Vorsitzender der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e.V.*** Beim „Studienzentrum" war er laut nationalem Infotelefon einige Jahre für die Jugendarbeit



Ulli Boldt

verantwortlich. Machte Ulli Boldt beim Berliner Prozeß gegen **Ewald-Bela Althans** am 11. Juli '95 noch seine Späßchen und nervte die übrigen Zuschauer, wird ihm später das Lachen vergangen sein, die Polizei hatte bei der Durchsuchung seiner Wohnung zwei Anrufbeantworter und eine Tonbandkassette mitgenommen. Am 13. Juli '95 wurde die Wohnung des 29jährigen Zehlendorfers erneut durchsucht und ein Anrufbeantworter mitgenommen, als Straftatbestand wurde, wie beim ersten Mal, Verleumdung angegeben, da das NIT den britischen Geheimdienst für den Tod von **Rudolf Heß** verantwortlich machte. Nun kann man das NIT zwar nach wie vor unter der Berliner Nummer 803 59 62 abhören, direkt erreichen kann man es neuerdings unter der Nummer 803 24 13. Wie das NIT Hamburg am 1. August '95 mitteilte wurde das Verfahren eingestellt und Ulli Boldt wird die bereits eingelegten rechtliche Schritte weiterverfolgen.

REPs in den Medien

WGA, BZ 11.5., AN 16/95 - Am 29. April '95 ertönte auf der Kabelfrequenz 92,6 des ***Offenen Kanals (OK)*** das ***Radio Deutschland für deutsche Interessen***. Während sich andere Radiosender weigern, Werbespots für die ***Republikaner*** auszustrahlen, stellt ihnen der OK gleich eine ganze Stunde zur Verfügung. In der Sendung wurde z.B. Das Urteil gegen den Holocaust-Leugner und ***NPD***-Vorsitzenden **Günter Deckert** als Skandal bezeichnet, musikalisch wurden zu 50% Lieder des Nazi-Sängers **Frank Rennicke**, aus der nun verbotenen ***Wiking-Jugend***, gespielt. Zweimal werden die Telefonnummern der ***Nationalen Infotelefone (NIT)*** aus Hamburg und Berlin und zur Eigenwerbung die des ***REP-Infotelefons*** angegeben. In der BZ stand nun, daß ein Nicolas W. noch zwei weitere Sendungen angemeldet hat. **Nicolas Wernicke** ist REP-Aktivist in Charlottenburg und Betreiber des REP-Infotelefons in Berlin. Der zweite Macher dieser Sendung ist **Kim Kurlbaum**, seit ca. Mitte '94 REP-Aktivist in Tiergarten. Er kandidiert für die REPs zur BVV. Für die weiteren Sendungen wird angekündigt, den Spitzenkandidaten der REPs für die Wahlen im Oktober und die „Ehrenvorsitzende" der ***Berliner Kulturgemeinschaft Preußen*** einzuladen. Dabei handelt es sich um **Ursula Schaffer**, die über Jahre diesen Verein zu einer wichtigen Schaltzentrale der Nazis, u.a. für die Naziaufmärsche in Halbe, aufgebaut hat. Und so schließen sich die Kreise: Denn Vorsitzender der Kulturgemeinschaft ist **Ulli Boldt**, der gleichzeitig das NIT Berlin betreibt. Dieses Infotelefon und das der REP werden in etwa im Gleichklang betrieben. Boldt wirbt in seinen Ansagen z.B. auch für die REP-Radiosendungen. Ein trauriger Höhepunkt dieser Zusammenarbeit war eine Verwechslung der Ansagen. Am 5. August mußte das NIT Berlin verkünden: *„Durch ein Fehler bei der Bedienung des republikanischen Informationstelefon...lief dort für mehrere Stunden eine alte Ansage des NIT Berlin. Aufgrund der dadurch entstandenen Verwirrung ist das Infotelefon der Republikaner derzeit nicht erreichbar"*. Das wurde den REP dann doch ein wenig zu brenzlig und so verbot der Berliner Parteivorstand den Verantwortlichen unter Androhung eines Parteiausschlußverfahrens den Betrieb des Infodienstes. Aber gegen alle Widerstände des Landesvorstandes blieb das Infotelefon am Netz und ist wieder zu erreichen unter der Nummer: 3482686.

2.800 Nazis in Berlin

BeZe, JW 15.6.95 - In Berlin gibt es nach Einschätzung des Verfassungsschutzes rund 2.800 Neonazis, so eine am 13. Juni '95 veröffentlichte Antwort des Senats auf eine parlamentarische Anfrage. 80 Prozent der Neonazis seien im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Von den 2.800 Neonazis sind rund 500 Nazi-Skins.

Prozeß gegen Antifas

JW 5.8.95 - Wegen der Besetzung der Neuen Wache in Berlin sind am 4. August '95 sieben Antifas zu einer Geldstrafe zwischen 225 und 450 Mark verurteilt worden. Das Amtsgericht Tiergarten sah den Anklagepunkt Hausfriedensbruch für gegeben, nicht aber den des Widerstands gegen Polizeibeamte. Die Angeklagten hatten sich am 9. November '93 mit Stahlketten aneinandergefesselt, um gegen die Gleichstellung von Tätern und Opfern in dieser Gedenkstätte zu protestieren. Das Gerichtsverfahren war durch eine Anzeige des Bundesinnenminersteriums in Gang gekommen und der Verfassungsschutz verbuchte die friedliche Besetzung in einem Jahresbericht, gleich unter Linksextremismus.

Abschiebung wegen Einmischung

JW 13.7.95 - Am 3. Oktober '94, am Rande einer Demonstration zum Einheitstag, wurde **Christian**, ein stadtbekannter Berliner Demoteilnehmer, von einem Polizisten mit dem Satz *„so was wie dich hätte man früher vergast"* bedroht. Als er daraufhin die Dienstnummer des Beamten forderte, griffen umstehende unterstützend ein. Einer von ihnen, **Jupiter Böhein**, stellte sich zwischen die Streitenden und schrie: „Aufhören, aufhören". Eine halbe Stunde später wurde Jupiter, welcher mit einigen Freunden auf dem Heimweg war, von der Polizei eingekesselt und erkennungsdienstlich behandelt. Am 13. Juli '95 wurde er vor dem Amtsgericht Moabit wegen Beamtenbeleidigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung angeklagt. Da er als Sudanese nur eine befristete Aufenthaltsgenehmigung besitzt, droht ihm bei einer Verurteilung die Ausweisung. Im Sudan droht ihm, als aktiven Linken unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen, Lebensgefahr.

Altnazis in Bibliothek

JW, Taz 28.7./12.8.95 - Im Bestand der ***Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus*** ist nach Angaben des Pressesprechers **Xing-Huo Kuo** auch Naziliteratur enthalten. So z.B. eine Ausgabe der Zeitschrift „Anti-Komm-Intern" aus dem „Nibelungen-Verlag". Diese Bücher seien auch verliehen worden. Bibliotheksleiterin **Ursula Popiolek** wies die Vorwürfe als unwahr zurück. Kuo informierte den Vorstand der Bibliothek von seinem Fund und wurde am nächsten Tag entlassen. Ein Manuskript mit Erinnerungen einer Aktivistin im NS-Frauenbund, welches die Bibliotheksleiterin Kuo freundlicherweise empfahl, übergab dieser, **Wolfgang Templin**, den Vorsitzenden des Fördervereins. Templin forderte die Entlassung der rechten Bibliotheksleiterin - jedoch vergeblich. Immerhin konnte Templin die Wiedereinstellung Kuos gegen den Restvorstand bewirken. Der jüdische Autor Ivan Denes sagte eine geplante Lesung in der Gedenkbibliothek ab. Am 11. August '95 luden Templin und Kuo zur Pressekonferenz, da in Bibliothek regelmäßig Treffen ehemaliger Mitglieder des ***Bund Deutscher Mädel*** stattfanden, angeblich nur Kaffeekränzchen. Wegen des nicht enden wollenden Konflikts in der Bibliothek setzten die zuständigen Stellen eine Frist bis Mitte September. Wird die Situation bis dahin nicht geklärt, gibt es keinen öffentlichen Gelder mehr. Immerhin bekommt die Bibliothek zwischen 150.000 und 200.000 Mark vom Senat. Um den dort kritischen Wolfgang Templin loszuwerden, sprich die Leiterin Popiolek von einer „linken" Ve

schwörung und organisierte seinen Rausschmiß aus dem Vorstand. Dem kam er jedoch mit seinem Rücktritt zuvor.

Abschiebeknast illegal

JW 17.7, BeZe 19.7.95 - Die Inhaftierung von Abschiebehäftlingen im Abschiebeknast Kruppstraße ist für rechtswidrig erklärt worden. Das Verwaltungsgericht Greifswald hatte am 12. Juli '95 über die aufschiebende Wirkung des Widerspruchs eines in der Kruppstraße einsitzenden Abschiebehäftlings zu entscheiden und diesem stattgegeben. Der untergetauchte Flüchtling wurde 1994 festgenommen und in Abschiebehaft gesteckt. Gegen diese Anordnung legte sein Anwalt Widerspruch ein. Der Abschiebeknast Kruppstraße gilt als Polizeigewahrsam. Genau das macht ihn nach den jetzigen Urteil illegal, da jeder Freiheitsentzug einer gesetzlichen Grundlage bedarf. Wo Abschiebehaft in Polizeigewahrsam anstatt in einer Justizvollzugsanstalt stattfindet, sei *„keine den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügende Rechtsgrundlage ersichtlich"*. Die Innenverwaltung hat Beschwerde gegen das Urteil in erster Instanz eingelegt, da auch andere Häftlinge klagen könnten.

Mahnmal eingeweiht

HNA, Taz 8.6.95 - Am 7. Juni '95 ist, im Beisein von Überlebenden des Holocaust, eine Spiegelwand in Steglitz eingeweiht worden, in der die Namen von rund 1.600 aus Berlin deportierter Juden eingeritzt sind. Der Aufstellung des Mahnmals war ein Parteienstreit vorangegangen, der auch international für Aufsehen gesorgt hatte.

Goebbels-Nichte will Land zurück

FR, BeZe 27.6.95 - Eine Nichte des Ex-Nazi-Propagandaministers **Joseph Goebbels**, die heute 59jährige **Eleonore Goebbels**, hat die Rückübertragung eines Landgutes am Bogensee beantragt. Zu DDR-Zeiten war auf dem Gelände eine FDJ-Jugendhochschule, seit 1991 ist dort ein „Internationales Bildungs-Zentrum" tätig.

FDP-Rechte scheitern

Taz 24.5.95 - Der Tempelhofer *FDP*-Bezirksvorsitzende **Klaus Gröbig** und der Abgeordnete **Axel Hahn** vom rechten Flügel der FDP sind beim Kammergericht mit dem Versuch gescheitert, die Kandidatur der Partei am 22. Oktober '95 zur Abgeordnetenhauswahl per Landesliste zu verhindern. Das FDP-Landesschiedsgericht lehnte auch einen Ausschlußantrag von Gröbig gegen die Ex-Landesvorsitzende **Carola von Braun** ab. Hintergrund dieses Streits war ein Artikel, in dem Carola v. Braun von einer rechten Unterwanderung durch Tempelhof gesprochen hatte.

Verpackter Panzer

JF 23.6.95 - Am 17. Juni '95 verpackten div. Opferverbände, konservative Publizisten und Vertreter der neuen Rechten, unter großen Presserummel eine Panzerattrappe mit Vorhangsstoff. So wollten sie einerseits gegen die Reichstagsverhüllung protestieren und andererseits des 17. Juni 1953 gedenken. Unter Initiative des Publizisten **Heimo Schwilk** - und mitgetragen von den Opferverbänden des Stalinismus - beteiligten sich unter anderem **Harald Strunz**, Vorsitzender der ***Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft***, **Siegmar Faust**, Landesvorsitzender der ***Vereinigung der Opfer des Stalinismus***, **Jens Falk** von der rechten Zeitschrift ***Junge Freiheit*** (***JF***) und **Dieter Stein** Chefredakteur der JF an der Aktion.

Polizisten angeklagt

BM 28.6.95 - Vor Gericht stehen seit dem 27. Juni '95 in einem Berufungsprozeß drei Polizisten. Ihnen wird vorgeworfen, 1992 einen iranischen Studenten mißhandelt zu haben und waren 1994 zu Strafen zwischen 10.500 und 12.600 Mark verurteilt worden. Die Polizisten beteuern nach wie vor ihre Unschuld und wollen Freispruch erzielen. Der Prozeß wird jetzt von der Internationalen Liga für Menschenrechte beobachtet.

Trauer um „Ostbesitz"

Taz, JW 9./10.6.95 - Jedes Jahr verschickt **Diethard Hasler**, Vorstandvorsitzender und Geschäftsführer der ***Berliner Gemeinützigen Märkischen Baugenossenschaft e.G.*** seinen Geschäftsbericht. Jeder der an die 2.100 Mitglieder verschickten Berichte der Genossenschaft ist mit einem Vorwort Haslers versehen, und jedes dieser Vorworte gleicht eher der Propagandaverlautbarung einer rechtsradikalen Organisation als dem einer Baugenossenschaft. Unverhüllt geben Haslers Worte antisemitische, revanchistische und rechtsextremistische Inhalte wieder. Freudig wurde die *„gelungene Verschmelzung unser Baugenossenschaft mit der Beamtensiedlungs-Genossenschaft und die gelungene Modernisierung unseres „Ostbesitzes"* verkündet. *„Zornig"* zeigt sich Hasler über die *„voreilig, kollektiven Schuldzuweisungen in Teilen der Auslandspresse, der jüdischen Weltorganisation und der linken Presse gegen das deutsche Volk..."* Ein *„mitleidiges Schmunzeln"* entlocken ihm die *„vor sich hinstolpernden Veteranen Greise"* und *„selbsternannten Zeitzeugen"* - gemeint sind TeilnehmerInnen von Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag der Niederschlagung des Nationalsozialismuses. Ein *„Freudentag für 16 Millionen Deutsche, die vier Jahrzehnte in einer Art gigantischem KZ eingemauert waren"*, stellt für den Chef Genossenschafter der 9. November '89 dar. Doch leider konnte *„die Wiedervereinigung - anders ließen es die politischen Machtverhältnisse es nicht zu - nur mit Verlust des deutschen Ostens, einem Viertel des Reichsgebietes, vollzogen werden.*

Behörden verklagt

JW 13.-17.6.95 - **Shakir Begu**, ein Albaner aus dem Kosovo, wurde am 31. Mai '95 festgenommen und in Abschiebehaft gesteckt. Am 2. Juni '95 ordnete das Verwaltungsgericht an, daß das Landeseinwohneramt Begu eine Duldung von sechs Monaten zu erteilen habe. Dem kam die Ausländerbehörde zunächst nicht nach, erst nach einer Woche, nachdem das Gericht ein Zwangsgeld von 2.000 Mark angedroht hatte folgte die Behörde den Anweisungen. Trotz der Duldung - sprich eines legalen Aufenthaltes - blieb Begu in Haft. Am gleichen Tag ordnete das Verwaltungsgericht an, Begu aus der Haft zu entlassen. Die tat die Behörde nicht. Erst als mittels einer Pressekonferenz auf den Fall aufmerksam gemacht wurde, wurde Begu entlassen. Begu saß also illegal im Knast. Aber auch andere Machenschaften des Landeseinwohneramtes erscheinen zweifelhaft. Der Verein ***Asyl in der Kirche e.V.*** hat Anzeige wegen Freiheitsberaubung gegen den Leiter des Landeseinwohneramtes und den Haftrichter am Amtsgericht Schöneberg, **Thurm**, gestellt, da sie Abschiebehaft anordneten wo diese gar nicht zulässig war. Die Abschiebung von Flüchtlingen nach Rest-Jugoslawien ist zur Zeit nicht möglich. Also hat sich die Berliner Ausländerbehörde neue Methoden einfallen lassen, um unerwünschte Personen loszuwerden. „Kontrolliert freiwillige Ausreise" heißt ihr neuester Kniff. Unter „kontrolliert freiwilliger Ausreise" wird folgendes verstanden: Der/die Betroffene bekommt ein Flugticket nach Sofia und wird dort mit einer Bahnkarte bis zur jugoslawischen Grenze in den Zug gesetzt; offiziell gilt er als Tourist. Theoretisch müßte dieser „Abschiebeversuch" sofort abgebrochen werden, wenn sich die Betroffenen zur Wehr setzen, da die Anwendung „unmittelbaren Zwangs" nur bei echten Abschiebungen erlaubt ist. Und wie sowohl das Verwaltungs- wie auch das Oberverwaltungsgericht in verschiedenen Urteilen zu dem Schluß gekommen sind, handelt es sich bei dieser Praxis **nicht** um Abschiebung. Abschiebehaft ist also nicht erlaubt. „Asyl in der Kirche e.V." hat in ihrer Anzeige ein Beispiel herausgegriffen: Herr **Zijad Karaosmanovic** wurde Anfang April aufgefordert, sich am 10. Mai '95 zwecks Abschiebung beim Polizeipräsidenten einzufinden, obwohl der Behörde bekannt war, daß Abschiebungen nicht möglich sind. Am 10. Mai wurde er festgenommen und Abschiebehaft beantragt, diese wurde von Haftrichter Thrum sofort angeordnet, obwohl auch er wußte das Abschiebungen nach Rest-Jugoslawien nicht möglich sind. Da allen Beteiligten bewußt war, daß eine Abschiebhaft nicht zulässig war, handelt es sich um eine Art Beugehaft, um eine „freiwillige" (?) Ausreise zu erzwingen. Da bei einer „freiwilligen Ausreise" keine Maßnahmen „unmittelbaren Zwangs", wie z.B. Beugehaft, angewendet werden dürfen, stellt der Haftantrag gegen Zijad Freiheitsberaubung dar. Zijad war schlau und ließ sich nicht über den Tisch ziehen. Viele andere hatten weniger Glück. In diesem Jahr saßen nach Angaben von „Asyl in der Kirche e.V."

mindestens zehn Flüchtlinge aus Rest-Jugoslawien in illegaler Abschiebehaft. 26 Personen sind in diesem Jahr „kontrolliert freiwillig ausgereist" worden, welche Bulgarien dann als Touristen untergeschoben werden. Doch nicht nur Bulgarien wird angeschummelt, auch Gerichte werden falsch oder ungenau informiert. Aus dem Urteil vom 5. Mai '95 des Verwaltungsgerichtes Berlin geht hervor, daß das Landeseinwohneramt die 26 „freiwilligen Ausreisen" den Richtern als Abschiebung verkaufte.

Polizist verklagt

Tsp 13.6.95 - Der 33jährige **Isa K.** erstattete Anzeige wegen Körperverletzung und Beleidigung gegen einen Polizisten. Isa ist zwar türkischer Herkunft trotzdem deutscher Staatsbürger. Als er am Samstag den 10. Juni '95 bei einen Umzug versehentlich mit einen LKW ein Straßenschild umknickte, ließ er sich den Vorfall bestätigen und plante, den Unfall am Montag zu melden. Kurz darauf erschien ein Polizist und wollte Isa's Personalpapiere sehen, die er jedoch nicht bei sich hatte. Als Isa es ablehnte, daß der Polizist in seine Wohnung käme, nahm ihn der Polizist in den Würgegriff und versuchte ihn gewaltsam in eine Streifenwagen zu zerren. Dabei meinte der Polizist: *„Jetzt ist aber Schluß, Ihr Scheißtürken"*. Isa ließ sich daraufhin seine Verletzungen vom Arzt attestierten.

REP-Flugie-Aktion

WGA - Am 17. Juni '95 nahmen die ***Republikaner*** ein multikulturelles Volksfest des CDU-Bürgermeisters Dohm in Wilmersdorf zum Anlaß Flugblätter gegen eben dieses zu verteilen bzw. in Briefkästen zu werfen. Verantwortlicher im Sinne des Presserechts für dieses Flugblatt ist **Günter Reich** aus der REP-Fraktion Wilmersdorf.

Türkische Schüler vor Gericht

JW 17./23.6.95 - Am 19. Juni '95 mußten drei türkische Schüler wegen schweren „Landfriedensbruchs" vors Berliner Kriminalgericht. In der Anklageschrift gegen die drei 15jährigen mit „Verantwortungsreife" **Abdulamid, Bülend** und **Mile** heißt es, sie hätten *„zufällig vorbeikommende deutsch aussehende"* Jugendliche verfolgt und bedroht. Was war geschehen? Am 22. November '94 war eine 8. Klasse gen Marzahn gezogen, um dort fortzusetzen, was man im heimischen Kreuzberg begonnen hatte: Video-Aufnahmen zum Thema Gewalt. Derweil versammelten sich 15-20 Nazi-Kids hinter dem Zaun einer Schule, hoben den Arm zum Hitlergruß und riefen: *„Heil Hitler"* und *„Weg mit den Kanaken"*. Eine Provokation, die sich acht der Jugendlichen nicht gefallen ließen. Sie stürmten auf die Gruppe los und schlugen sie in die Flucht. Die Polizei war wie ein Wunder mit ca. 15 zivilen und etwa 30 uniformierten Beamten zugegen und griff ein und zu. Die türkischen SchülerInnen wurden festgenommen. Die Polizei stellte eine Gaspistole, ein Messer und ein Stock sicher - in der Handtasche ihrer Religionslehrerin **Evelin Grünberg**. Requisiten für den Videofilm, welche allesamt nicht zum Einsatz kamen (siehe WGA #2). SchülerInnen der betroffenen Hans-Sachs-Schule wurden Solidaritätskundgebungen vor dem Gerichtsgebäude untersagt. Schließlich wurden die Jugendlichen zur Freizeitarbeit verdonnert. Und das, obwohl bei der Zeugenvernehmung keiner der Angeklagten wiedererkannt wurde, die angeblich gefallenen Schüsse nicht bestätigt und kein konkreter Tathergang rekonstruiert werden konnte. Immerhin wurde das Verfahren wegen Landfriedensbruch eingestellt. Gegen die Religionslehrerin läuft ein Verfahren wegen „Falschaussage", da sie den Hitlergruß der Marzahner Nazi-Kids bezeugt hatte.

Vietnamese in den Tod getrieben

BeZe 19.6., JW 20.-23.6.95 - Am 17. Juni '95 wurde der 38jährige Vietnamese **Vo Xuan Cuong** von Polizisten bei einer Hetzjagd in den Tod getrieben. Vo Xuan Cuong befand sich mit Freunden auf dem S-Bahnhof Köpenick, als gegen 7 Uhr morgens ein Funkwagen der Polizei auftauchte. Die Beamten stürmten auf die Gruppe zu, welche sie des illegalen Zigarettenhandels verdächtigte, daraufhin liefen die Vietnamesen in verschiedenen Richtungen davon. Va Xuan Cuong flüchtete parallel zu den Fernbahngleisen und wurde von einem Beamten im Abstand von fünf Metern verfolgt. Nach Augenzeugenaussagen hatte er den Beamten auf den von hinten herannahenden D-Zug hingewiesen. Der Beamte drehte sich zwar um und bemerkte den Zug, setzte die Jagd aber trotzdem fort. Der Verfolgte wurde von dem D-Zug erfaßt und erlitt so schwere Schädelverletzungen, daß er starb. Der Beamte nahm von dem Verletzten keine Notiz und ging. Nach Polizeiangaben habe weder der Zugführer noch die Funkstreifenbesatzung etwas bemerkt. Eine Frau bemerkte gegen 7.45 Uhr die Leiche auf den Gleisen. Am Morgen des 18. Juni '95 versammelten sich etwa 20 Menschen vor dem Brandenburger Tor, um mit Redebeiträgen, Flugblättern und Transparenten auf den Vorfall aufmerksam zu machen. Am Abend warfen etwa 50 Personen in Friedrichshain etliche Schaufensterscheiben ein und errichteten eine brennende Barrikade auf der Frankfurter Allee. Beim Eintreffen der Polizei konnten die Personen flüchten. Am 22. Juni '95 gedachten Antifagruppen und VietnamesInnen auf dem S-Bahnhof Köpenick Vo Xuon Cuong. Vietnamesen die beim illegalen Zigarettenhandel erwischt werden droht die Abschiebung.

Spendenaktion mit Erfolg

BeZe 26.5.95 - Für die geplante Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas in Berlin sind bereits 255.511 DM an die Stiftung für das Denkmal gespendet worden. Seit dem 1. September '95 gibt es bundesweit in allen Banken und Postämtern eine Information zu dem Projekt.

KPD'ler wechselt die Seiten

JW 29.5.95 - **Michael K.**, bis vor kurzem stellvertretender Vorsitzender der ***KPD***, wirbt aktiv für die Zusammenarbeit von Kommunisten und Faschisten. Seit Jahren hält er Kontakt zu nationalistischen Gruppen, wie sich das ***Nationale Infotelefon*** rühmt. Michael K. wurde nun aus der KPD ausgeschlossen. Zur Zeit ist er mit anderen KPD-Mitgliedern auf einer gemeinsamen Reise mit Faschisten in Nordkorea, um über ihre Bündnisse zu diskutieren. Bekannt wurden seine zweifelhaften Kontakte als AbonnentInnen der KPD-Zeitung ***Roter Morgen*** das faschistische Blatt ***Sleipnir*** in ihren Briefkästen fanden. Für diese Post hatte Michael K. höchstpersönlich gesorgt. In einem beiliegenden Brief bezeichnete er die Zeitung als ein bedeutendes Dialogorgan. In Sleipnir schreibt unter anderem **Christian Worch**, Vorsitzender der ***Nationalen Liste*** in Hamburg; empfohlen werden Schriften von **Irving**, der darin den Holocaust leugnet.

Brandenburg

Naziangriff in Ketzin

HdK 3/95 - Am 13. Mai '95 fand im Jugendclub Ketzin ein Hardcorekonzert statt. Gegen 20.00 Uhr fuhren Nazis mit zwei Autos in die vor dem Klub stehende Menge, sprangen aus den Autos und griffen die Leute mit Äxten, Knüppeln und Hämmern an. Eine junge Frau wurde am Kopf verletzt und mußte später im Krankenhaus behandelt werden. Andere wurden glücklicherweise nur leicht verletzt. Die Nazischläger zerstörten danach noch die Eingangstür und ein Auto. Unter den Konzertbesuchern wurde **Patrick Curths**, Mitglied der ***Nationalistischen Front*** (*NF*), erkannt. Schon am Abend zuvor hatte Curths mit Anhang in der Brandenburger Indie-Disco „Ferrum" Streit provoziert. Bereits 1991 wurde er wegen Körperverletzung vorbestraft - er hatte einen Vietnamesen in der Straßenbahn zusammengeschlagen, trotzdem bekam er nur Bewährung. 1993 wurde Curths, wegen eines Messerstiches auf einen Linken, wieder nur auf Bewährung verurteilt. In der U-Haft diente sich Curths bei den Sicherheitsbehörden an. Trotz seiner Anbiederung hat er nach seiner Entlas-

sung die Gefangenenbetreuung der ***HNG*** (***Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene***) bzw. der NF-Nachfolgeorganisation im Knast Brandenburg übernommen. Seit zwei Jahren organisiert Curths die ***Hammerskins***, eine straff organisierte Naziskingruppe, welche sich ursprünglich in den USA gebildet hat, in Deutschland. Curths Vater - **Fritz Curths** - ist ebenfalls in der HNG und besitzt in Ketzin ein Bungalow. Am 30. Dezember '94 organisierte Curths im Jugendclub Nauen ein Konzert mit mehreren Nazibands. Verteidigt wird Curths von dem einschlägig bekannten Anwalt **Carsten Pagel**, ehemalige ***Republikaner***-Vorsitzender in Berlin.

Rechtes Konzert abgebrochen

JW, JF, RA 12.-16.6.95 - In der Nacht vom 10. zum 11. Juni '95 wurde ein Konzert in Milow (Kreis Uckermark) aufgelöst. Bei der nicht angemeldeten Veranstaltung in einer Gaststätte des Ortes waren, vor rund 250 Zuhörern, diverse Musikgruppen aufgetreten. Als diese begannen Lieder mit ausländerfeindlichen und rechtsradikalen Inhalt zu spielen, ist ein sofortiges polizeiliches Verbot des Konzertes erlassen worden.

Nazi-Überfall in Velten

BeZe, JW, RA 12.-19.6.95 - Am 9. Juni '95 überfielen drei angeblich betrunkene Jungnazis einen türkischen Imbißstand in Velten. Sie drangen gewaltsam in den Imbißstand ein, fingen an zu randalieren und zerschlugen die Inneneinrichtung, dabei brüllten sie Nazi-Parolen. Danach schlugen sie den türkischen Inhaber so zusammen, daß er ins Krankenhaus mußte. Auch die anwesenden Gäste, die dem Wirt zu Hilfe kommen wollten, wurden angegriffen. Noch in der Nähe des Imbißstandes wurden die Täter später festgenommen und am 10. Juli '95 dem Haftrichter vorgeführt. Die drei sind 16, 17 und 19 Jahre alt und sitzen erstmal in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschft Neuruppin hat nun Anklage erhoben.

Anschlag auf Boot

Tsp 18.7.95 - Ein Zeltlager von Rechtsradikalen hat die Polizei am 16. Juli '95 morgens um 4 Uhr 15 nahe Ranzig am Leißnitzsee aufgelöst. 43 Personen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren wurden festgenommen und vernommen. Es wurden Baseballschläger, ein Trommelrevolver und eine Reichskriegsflagge entdeckt. Gegen drei Personen wurde von der Frankfurter Staatsanwaltschaft Haftbefehl wegen versuchten Mordes, schwerer Brandstiftung und Verstoßes des Waffengesetz beantragt, einer wurde jedoch vom Amtsgericht Frankfurt/Oder zurückgewiesen. Ihnen wird vorgeworfen, ein mit acht Leuten besetztes Motorboot mit Molotow-Coctails beworfen zu haben. Das Boot fing Feuer und eine Frau mußte mit Brand- und Schnittwunden ins Krankenhaus eingeliefert werden. Offensichtlich soll es sich um ein Organisiertes Treffen gehandelt haben, an dem aus mehreren Gebieten stammende Neonazis teilnahmen. Im Unterschied zu anderen in diesem Sommer bekanntgewordenen Zeltlaern waren diesmal Beobachtungsposten an beiden Zufahrtswegen zur Badestelle postiert.

Gedenkstätte geschändet

Taz 26.5.95 - Zum zweiten Mal wurde die Gedenkstätte eines früheren KZ-Außenlagers in Nauen von Unbekannten geschändet. Laut Angaben der Polizei hatten die Täter Grabsteine mit Hakenkreuzen und SS-Runen besprüht.

Hitlergruß

BeZe 30.6.95 - Gegen sechs junge Männer ist ein Strafverfahren eingeleitet worden, weil sie am Abend des 28. Juni '95 in Hennickendorf lautstark „Heil Hitler" riefen und den Hitlergruß zeigten. Die 15 bis 26jährigen Männer fuhren anschließend weg und wurden kurz nach Mitternacht von der Polizei gestellt.

Haftbefehl nach Überfall

JW 30.6.95 - Nach einem brutalen Überfall auf einen polnischen Studenten in Frankfurt/Oder ist gegen einen 17jährigen Jugendlichen Haftbefehl erlassen worden. Laut Angaben der Polizei wurde der vorbestrafte **Thomas M.** in Untersuchungshaft genommen. Der zweite Beteiligte sei zunächst auf freien Fuß gesetzt worden. Die beiden Tatverdächtigen hatten den 20jährigen Studenten am 27. Juni '95 vor dem Wohnheim in Neuberesinchen zuerst beschimpft und dann geschlagen. Die beiden rechtsextremen Jugendlichen wurden kurz darauf in einer Wohnung festgenommen. Nach einem dritten Beteiligten wird noch gesucht.

Faschisten und Polizei Hand in Hand

HdK 3/95 - Daß Rathenow mit die stärkste Naziszene in Brandenburg hat und diese enorm gewalttätig ist, ist nichts neues. Besonders zu Himmelfahrt kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Angriffen gegen Linke. So wurde bereits 1993 das besetzte Haus in der Puschkinstraße nach einen Naziangriff geräumt. Dieses Jahr wurde zu Pfingsten das besetzte Haus in der Berliner Straße von Polizei und Faschisten gemeinsam gestürmt und anschließend geräumt. Dabei wurden mehrere Jugendliche verletzt und zehn verhaftet. Wie kam es dazu? Hier eine Chronologie:

- Bereits gegen 10.00 Uhr sammeln sich ca. 30 alkoholisierte Nazis und bewerfen Pkws auf dem Ebertring mit Steinen.
- Gegen 12.00 Uhr wird auf dem Märkischen Platz eine Gruppe von Jugendlichen von der Polizei aufgebracht, ca. 15 Personalien werden aufgenommen und ein Funkstreifenwagen leicht beschädigt.
- Gegen 12.30 Uhr rückt eine Polizeiarmada gegen das besetzte Haus vor. Die sich dort aufhaltenen Jugendlichen leisten keinen Widerstand. Von ca. 20 Personen werden die Personalien aufgenommen.
- Gegen 14.00 Uhr wird ein vietnamesischer Imbiß in der Engelsstraße von Nazis angegriffen. Gleichzeitig wird das besetzte Haus von der Polizei weitläufig abgeriegelt. Passanten und Fahrzeuge werden nicht mehr durchgelassen.
- Gegen 16.00 Uhr zieht der Nazimob von der Engelsstraße in Richtung Innenstadt. Doch die Polizei lenkt sie um - direkt auf das besetzte Haus zu. Sobald die Faschisten nah genug dran sind, beginnen sie, die Polizisten und die Jugendlichen vor dem Haus mit Steinen zu bewerfen. Die Polizei „riegelt" daraufhin ein Teil der Berliner Straße mit 30 Beamten und einigen Einsatzwagen ab. Trotzdem durchschreiten acht namentlich bekannte Faschisten, teilweise mit Schlagstöcken in der Hand, die Absperrung und greifen die Jugendlichen vor dem Haus an. Zwei Jugendliche, die zur Notwehr übergehen wollen, werden verhaftet. Fast 20 Minuten prügeln und randalieren die Faschisten weiter, ohne daß die Polizei nochmal eingreift.
- Nach 17.00 Uhr durchbricht der Rest der Faschisten die „Sperre". Nun stürmen Polizisten gemeinsam mit Nazis das besetzte Haus. Ein Jugendlicher wird während seiner Festnahme durch die Polizei von Faschisten so geschlagen, daß er Hämatome zurückbehielt. Als er abgeführt wird, schreien die Faschisten „Sieg Heil". Ein 16jähriger wird schlafend im Haus überwältigt und verhaftet. Ein Inhaftierter mußte einen Arzt konsultieren, da er von Polizisten so geschlagen wurde, daß ein Hämatom am linken Auge zurückblieb. Alle zehn Festgenommenen waren Hausbewohner.
- Kurz danach muß ein 18jähriger aus der Rettungsstelle evakuiert werden. Bei den Auseinandersetzungen wurde ihm durch eine Bierdose das Gesicht zerschnitten. Als er genäht werden soll, stürmen einige Faschisten in die Rettungsstelle und fangen an zu randalieren. Die Polizei muß gerufen werden, um die Angreifer abzudrängen.

Dennoch kam es bis zu dieserm Zeitpunkt zu keiner Verhaftung von Faschisten, obwohl mindestens vier weitere schwere Körperverletzungen durch angreifende Nazis bekannt waren.

NF'ler zur Jungen Union

MAZ, HdK 3/95 - Es war eine kleine Meldung in der „Märkischen Allgemeinen Zeitung" (MAZ): Die Wahl eines neuen Kreisvorstandes Teltow-Fläming der ***Jungen Union (JU)*** wurde bekannt gegeben. Neuer Vorsitzender wurde **Danny Eichelbaum**, sein Stellvertreter **Bert Lindner**. Eichelbaum und **Jens Michael Knaak** (örtlicher JU-Pressesprecher) sind nach eigenem Bekunden Mitglieder in rechten bis erzkonservativen

Burschenschaften und so war ihnen Lindner, ein aktiver Nazikader aus Luckenwalde, bestimmt kein Dorn im Auge. Lindner gehörte zu den ersten Mitgliedern der nun verbotenen ***Nationalistischen Front (NF)*** in Luckenwalde. Auch in den Nachfolgeorganisationen der NF, dem ***Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ)*** und der ***Direkte Aktion Mitteldeutschland (DA)*** gehörte er zu den Aktivisten und Kadern. Jetzt unterwandert ein aktiver Nazikader ungehindert eine Partei, um so politische Einflußnahme nehmen zu können. Als die Heinrich-Böll-Stiftung am 28. Mai '95 eine Diskussionsveranstaltung in Luckenwalde durchführte, war auch die Junge Union da - und mit bei der JU war **Michael Barth**, ein weiterer Chefkader der Nazis, welcher solange mit FMJ-Flugblättern gegen das örtliche Flüchtlingsheim hetzte, bis dieses eine Bombendrohung erhielt. Im Oktober '93 jagten Nazis rumänische Flüchtlinge durch die Stadt. Die Luckenwalder Kameradschaft der NF gehört mit drei Stützpunkten in der Stadt zu den größten in Brandenburg. Für Mitgliederversammlungen wird die Gaststätte ***Mitropa*** genutzt. Zu ihren Aktivitäten gehören neben Schmierereien und dem Verteilen rassistischer Flugblätter auch gewalttätige Angriffe gegen Andersdenkende. Wie zuletzt am „Herrentag" im April '95, als Imbisse mit ausländischer Bedienung beschädigt und zwei Schüler zusammenschlagen wurden. Die Sonnenwendfeiern der letzten Jahre in der Region Teltow-Fläming wurden ebenfalls durch diese Kameradschaft organisiert. Auch Nazi-Schulungen werden sowohl von Barth als auch von Lindner durchgeführt. Lindner gehört zu denjenigen, die die internationalen Kontakte pflegen, so war er mit Vatis Auto am 19. Mai '93 bei dem Altnazi und Ausschwitzleugner **Thies Christophersen** in Kollund, Dänemark zu Gast. Dort wollte er an einem internationalen Nazi- und Revisionistentreffen teilnehmen, zu welchem auch die FMJ einlied.

Nazischläger läuft frei rum

HdK 3/95 - Noch immer liegt **Lars** im Koma, da er Ende Mai '95 von dem stadtbekannten Wittstocker Neonazi **Marco Benack** zusammengeschlagen wurde. Benack ist in den vergangenen Jahren mehrmals durch solche Aktionen aufgefallen, aber noch nie für seine Taten belangt worden. Zuletzt wurde er von der Anklage freigesprochen, einen Rentnerehepaar angegriffen und verletzt zu haben, obwohl selbst Polizeiermittlungen Benack eindeutig als Täter ermittelten, was auch etliche Zeugen bestätigten. Benack's Auto fiel am 20. April '95 auf, als aus diesem mehrere Faschisten - unter ihnen **Rene Kube** - Naziparolen vor dem Neuruppiner Jugendfreizeitzentrum gröhlten. Nachdem sich das mehrmals wiederholte, wurde ihnen sehr eindringlich deutlich gemacht, daß sie das zu unterlassen hätten. Rene Kube lernte schon im zweiten Lehrjahr Polizist in Basdorf, doch aufgrund von mehreren Anzeigen (etwa 10!) gegen ihn wurde er entlassen. Nun darf er ein Drittel seines bereits erhalten Gehaltes zurückzahlen. Pech gehabt!

Angriff auf Albaner

RA, MAZ 1.6.95 - Am 30. Mai '95 wurde ein Albaner vor dem Flüchtlingsheim Falkensee (Havelland) zusammengeschlagen. Gegen 20.35 Uhr fuhren sieben bis zehn Autos vor das Heim, die Insassen stiegen mit Holzknüppeln bewaffnet aus und schlugen auf den Albaner und sein Auto ein. Als sich die Heimbewohner ebenfalls bewaffneten, flohen die Täter. Mit einen Kieferbruch wurde der Albaner ins Krankenhaus eingeliefert. Die Sonderkomission „Rechtsorientierte Gewalt" des Polizeipräsidiums Oranienburg ermittelt nun.

Linker in Neuruppin verletzt

WGA, MAZ 30.5.95 - Am Abend des 25. Mai '95 wurde in Neuruppin ein linker Jugendlicher aus dem Wohnprojekt „Mittendrin" verletzt. Am Herrentag standen sie zu zweit vor einem Eiscafé, als sie von einigen, bereits betrunkenen, rechten Jugendlichen angepöbelt wurden. Der 18jährige **Christian Krause** verletzte einen der beiden so sehr am Kopf, daß die Wunde genäht werde mußte. Daraufhin erhielt er eine Anzeige wegen Körperverletzung.

Nazis störten Volksfest

BeZe, RA 12.6.95 - Am 11. Juni '95 störte eine Nazigruppe aus Rathenow ein Volksfest in Sieversdorf (Kreis Ostprignitz - Ruppin). Sie schrien Naziparolen und zeigten den Hitlergruß. Als Gäste angegriffen wurden kam es zu einer Schlägerei. Bevor die Polizei eintraf, waren die Nazis schon geflüchtet. Erst bei einer Verkehrskonntrolle in Hohennauen wurden sieben Tatverdächtigte vorläufig festgenommen.

Nazi-Kids festgenommen

BeZe 22.6.95 - Am 20. Juli '95 wurden zwei Jugendliche vorläufig festgenommen, weil sie das Gästebuch im Lagermuseums des ehem. KZ's Sachsenhausen mit antisemitischen Parolen beschmierten. Die beiden etwa 15jährigen gestanden, nun wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Akte Dolgenbrodt wird wieder geöffnet

BeZe 29.6.95 - Am 5. September '95 beginnen erneut die Verhandlungen im Fall Dolgenbrodt. Anfang November 1992 war in Dolgenbrodt ein Asylbewerbwerheim angzündet worden.
Die Vermutung, daß Einwohner des Ortes zu diesem Anschlag aufgerufen und dafür Geld gezahlt haben sollen, wurde erneut geäußert. Ein der Tat beschuldigter Mann war im Juni letzten Jahres aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden.

Nazis freigesprochen

MAZ 8.6.95 - Am 7. Juni '95 wurden sieben Neonazis, welche versuchten ein Flüchtlingsheim abzubrennen, durch das Neuruppiner Landgericht freigesprochen. Am 19. und 26. Oktober 1992 griffen die sieben Männer das Flüchtlingsheim in Glöwen mit Molotow-Cocktails an. Es wurde bei dem Anschlag niemand verletzt und der Sachschaden war gering. Die Kammer und die Staatsanwaltschaft hatten sich bereits vor der Urteilsberatung entschlossen, die Anklagepunkte versuchter Mord und schwere Brandstiftung fallenzulassen. Die Männer wurden nur wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und versuchter Nötigung angeklagt. Fünf von ihnen erhielten eine Verwarnung und 80 Arbeitsstunden, die anderen wurden freigesprochen. Anscheinend müssen erst Menschen ums Leben kommen, bevor die Justiz härter durchgreift.

Spontane Feier?

JW 11.7.95 - In der Nacht zum 15. Juli '95 soll in einer Potsdamer Kleingartenanlage spontan eine Neonazifeier entstanden sein. Laut eines Polizeisprechers gibt es keine Hinweise auf die Vorbereitung dieser Feier. Die 17 Jugendlichen auf der Feier brüllten Nazi-Parolen wie „Sieg Heil" und „Heil Hitler". Außerdem sollen sie CDs mit rechtsextremen Texten gespielt haben. Alle 17 Jugendlichen wurden vorübergehend festgenommen.

400 Abschiebungen?

BeZe 15.7.95 - Gegen die Abschiebung von 400 AsylbewerberInnen aus der Stadt Brandenburg hat der Flüchlingsrat des Landes protestiert. Innenminister **Alwin Ziel** (SPD) wird von der Organisation vorgeworfen, die Abschiebung zumindest befürwortet zu haben. Unter den Betroffenen sollen sich auch bosnische Bürgerkriegsflüchtlinge befinden.

Asyl für BosnierInnen

JW 5.8.95 - Überraschend hat das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder am 3. August '95 dem Asylantrag einer bosnischen Familie moslemischen Glaubens stattgegeben. Die Richter wichen damit von der gängigen Praxis ab, moslemischen BosnierInnen lediglich eine Duldung zu gewähren. Zur Begründung für die Asylgewährung führt das Gericht ethnische Säuberungen in den serbisch besetzten Gebieten Bosnien-Herzegowinas an. Bislang waren in Asylverfahren Kriege kein ausreichender Asylgrund, weil die Bedrohung „für den einzelnen nur allgemeiner Natur" sei. Asylsuchende mußten für ein erfolgreiches Asylverfahren immer auch ihre individuelle Verfolgung nachweisen. Gelang ihnen das nicht, wurde der Antrag abgelehnt. Bisher ist noch nicht entschieden, ob das Bundesamt zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Nürnberg, das die Bundesrepublik in diesem Rechtsstreit vertritt, Berufung einlegen wird.

Bremen

Sonnenwendfeier der JN

NIT 6/95 - Am 16. Juni '95 fand bei Bremen eine Sonnenwendfeier statt, an der nach eigenen Angaben etwa 200 Faschisten teilnahmen. Mit dabei war **Wolfgang Nahrath**, Bundesvorstandsmitglied der ***NPD*** und ehemals „Bundesführer" der ***Wiking-Jugend***. Das niedersächsische NPD-Vorstandsmitglied **Ulrich Eigefeld** hielt eine Grundsatzrede. Die Veranstaltung lief ohne Eingreifen der Polizei ab.

DVU ficht Bremer Wahl an

JW 3.6.95 - Die ***DVU*** will das Ergebnis der Bürgerschaftswahlen vom 14. Mai '95 in Bremen anfechten. Als Grund nannte die Partei „schwerwiegende Verstöße" gegen die Landesverfassung und das Grundgesetz. Vor der Wahl sei in den „Monopolmedien" unausgewogen berichtet worden, außerdem fühlt sich die DVU durch die Verweigerung von Wahlinseraten und den Ausschluß von Streitgesprächen im Fernsehen benachteilig.

REPs werben mit CSU

JW 26.5.1995 - Die bayerische ***CSU*** will den rechtsradikalen Bremer ***Republikanern*** gerichtlich verbieten, sich auf Plakaten als die „CSU des Nordens" zu bezeichnen. Wie Sprecher Ingo Michael Fett am 24. Mai '95 in München berichtete, wurden der Landesvorstand und sein Vorsitzender **Ralf Riedemann** zur Unterlassung aufgefordert. Riedemann bestätigte auf Anfrage, seine Partei habe im Vorfeld der Landtagswahl vom 14. Mai rund 500 Plakate mit dem entsprechendem Slogan im Stadtgebiet aufgehängt. *Wir werden überlegen, ob wir es auf einen Prozeß ankommen lassen*, sagte der Parteifunktionär weiter.

Hamburg

Strafantrag gegen NIT

NIT 23.6.95 - Die Hamburger Polizei hat einen Strafantrag gegen das ***Nationale Info-Telefon*** gestellt. Auf einer Ansage des Telefons wurde gesagt, daß die Polizei am 1. Mai '95 im Schanzenviertel völlig versagt hätte, während im Gegensatz dazu gegen „nationale Bürger" auch Gewalt angewendet hatte, um sie z.B. am Versammlungsrecht zu behindern, wie dies am 15. April in Hamburg geschehen sei. Es ist noch nicht klar, ob es zu einer Anklage kommen wird.

Paneuropa-Jugend

JF 23.6.95 - Der Bundessprecher der ***Paneuropa-Jugend***, **Christoph Silber-Bonz**, hat den Vorwurf des Rechtsradikalismus von sich gewiesen. Auf dem Evangelischen Kirchentag in Hamburg war ein Stand der Paneuropa-Jugend von ca. 50 Antifas bedroht worden. Die ***AJF Hamburg*** hatte zuvor gefordert, die Paneuropa-Jugend zum Kirchentag nicht zuzulasssen, da sie als rechtsextrem zu bewerten ist.

„Standarte" erschienen

bnr 13/95 - Anfang Juli erschien eine neue Ausgabe der ***Standarte***, einer Nazi-Zeitung, die bis zum Verbot offizielles Parteiorgan der ***FAP*** gewesen ist. Für vier Mark kann das Heft über die ehemalige Postfachadresse der FAP, vertreten durch **Detlev Bruel**, bezogen werden. Die presserechtliche Verantwortung lag beim FAP-Landesvorsitzenden **André Goertz** (25), nach eigenen Angaben hatte sie eine Auflage von 1.000 Stück.

Hessen

Rechte Demo

Presse Info 11.8.95 - Die Stadt Fulda hat eine für Sonntag, den 13. August '95 geplante Demonstration der ***Jungen Nationaldemokraten*** untersagt. Der Fuldaer Oberbürgermeister Wolfgang Hamberger begründete das Verbot am Freitag, den 11. August damit, daß es sich bei den Jungen Nationaldemokraten um die Jugendorganisation der ***NPD*** handele, die vom jüngsten Verfassungsschutzbericht als rechtsradikal eingestuft worden sei. Hamberger verwies darauf, daß geplant gewesen sei, den NPD-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert**, gegen den mehrere Strafverfahren wegen Volksverhetzung und Verbreitung der sogenannten „Auschwitz-Lüge" liefen, als Hauptredner bei der Schlußkundgebung auftreten zu lassen. Ferner betonte er, daß Stadt und Polizei vorbereitet seien, das Verbot durchzusetzen, falls Rechtsradikale versuchen sollten, trotz der Untersagung in Fulda aufzutreten. Das Verbot der Veranstaltung sei mit der hessischen Landesregierung abgestimmt worden.

Urteil gegen Nazi bestätigt

JW 29.6.95, bnr 16/95 - Im Juni '95 fand auf Antrag der Verteidigung vor dem Aschaffenburger Landgericht das Berufungsverfahren gegen den 20jährigen ehemaligen ***FAP***-Aktivisten **Werner Fleckenstein** (20) statt. Er wurden erneut wegen gefährlicher Körperverletzung und Bedrohung zu zwei Jahren Jugendstrafe auf Bewährung verurteilt. Fleckenstein hatte zusammen mit anderen Naziskins am 9. Januar '93 in Frankfurt/Main bei einem Überfall auf Antifas drei von ihnen in den eiskalten Main getrieben. An diesem Tag hatten die ***Jungen Nationaldemokraten*** zu einer Veranstaltung eingeladen, gegen die antifaschistische Gruppen demonstrieren wollten. Einige der Mittäter erzählten vor Gericht, wie sie die späteren Opfer auf einem Parkplatz beobachtet hatten, als diese mit Fahrrädern an ihnen vorbeifuhren. Dann habe eine ihnen nicht bekannte Gruppe von Männern die Antifas in einem Auto verfolgt und angegriffen. Ein Zeuge, der sich aus Angst vor der Bedrohung durch die Neonazis bisher nicht offenbarte, hatte jedoch den Angeklagten Fleckenstein selbst als Fahrer des Autos identifiziert. Er sagt, daß er auch gesehen habe, wie Fleckenstein die Antifaschisten verfolgt und in den Main getrieben hat.

Neuer REP-Vorstand

JF 24/95 - Auf dem Landesparteitag der hessischen ***Republikaner*** in Hanau wurde **Haymo Hoch** (42), Jurist und Regierungsdirektor in Darmstadt, zum neuen Vorsitzenden gewählt. Auf ihn entfielen 87 Stimmen. Sein Gegenkandidat **Klaus Sauer** erhielt 67 Stimmen. Hoch ist Nachfolger von **Jochen Klings**, der vier Jahre lang Landesvorsitzender war. Als Generalsekretär wurde **Harald Kantack** bestätigt.

Neuer Prozeß gegen Deckert

JW 1.6.95 - Der ***NPD***-Vorsitzende ***Günter Deckert*** wird erneut wegen Volksverhetzung vor Gericht stehen. Das Landgericht Frankfurt/Main teilte am 31. Mai '95 mit, es habe eine anderslautende Entscheidung des Amtsgerichts der Mainmetropole aufgehoben und das Hauptverfahren eröffnet. Grundlage des Verfahrens ist ein Brief, den Deckert im Mai 1994 an das Präsidiumsmitglied des ***Zentralrats der Juden***, **Michael Friedman**, schickte. Der Staatsanwalt hatte Deckert angeklagt, in diesem als „Offenen Brief" bezeichneten Schreiben Friedman mit antisemitischen Äußerungen beschimpft zu haben. *„Das Land der Juden ist schon seit Jahrenzehnten Israel und nicht Deutschland! Was suchen Sie noch in unserem Land"*, war zu lesen. *„Da Sie sich hier, wie es den Anschein hat, nicht wohl fühlen,... wäre es doch das Natürliche und Naheliegende, wenn Sie Ihre Koffer packen und dorthin gehen, wo Sie herkommen"*, so der Antisemit Deckert. Am 18. Januar '95 hatte das Amtsgericht die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt, weil es „keine Anhaltspunkte dafür gebe, daß dieser Brief an eine breite Öffentlichkeit gelangt sei", wie damals ein Sprecher der Behörde erklärte. Die Staatsanwaltschaft legte

Beschwerde ein: „Wer als Vorsitzender der NPD einen „Offenen Brief" an ein Präsidiumsmitglied des Zentralrats der Juden schreibt, provoziert eine Veröffentlichung." Dieser Argumentation stimmte nun das Landgericht zu. Deckert war damit auf eine Störung des öffentlichen Friedens aus, sagte ein Sprecher des Landgerichts. Zudem sei das Schreiben auch an einen unbestimmten Personenkreis weitergereicht worden.

Partei für türkische Bürger

JF 19.5.95 - Eine wachsende Zahl von TürkInnen mit deutscher Staatsbürgerschaft bereitet die Gründung einer eigenen Partei in Deutschland vor. Der Frankfurter Rechtsanwalt **Sedat Sezgin** sagte, die drei Prozent türkischer Bürger in Deutschland seien nicht hinreichend vertreten. Ziel sei die Verbesserung der deutsch-türkischen Beziehungen.

Mecklenburg-Vorpommern

Naziüberfall

JW 19.6.95 - Vier Wolgadeutsche sind in der Nacht zum 17. Juni '95 in Rostocker Stadtteil Groß-Klein brutal geschlagen worden. Sie wurden mit Füßen gegen Kopf und Körper getreten und dabei mit ausländerfeindlichen Parolen beschimpft, wie die Polizei mitteilte. Dank Zeugenaussagen konnten die Täter trotz Widerstandes vorläufig festgenommen werden. Als Motiv gaben die drei Männer ausländerfeindliche Einstellungen an.

Kirchengemeinde gewährt Asyl

SZ 27.7.95 - Eine Greifswalder Kirchengemeinde gewährte einer Mazedonierin und ihrem 13jährigen Sohn Kirchenasyl, nachdem der Antrag auf Asyl vom Oberverwaltungsgericht Greifswald abgelehnt wurde. Der Senat der Stadt begründete diese Entscheidung damit, daß Mazedonien nicht in den Krieg von Ex-Jugoslawien verwickelt sei.

Niedersachsen

Heise vor Gericht

FR 19.5.95 - Der Vorsitzende der verbotenen ***FAP*** in Niedersachsen, **Thorsten Heise**, muß sich vor dem Amtsgericht Northeim wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten. Ihm wird vorgeworfen, im Februar 1994 während einer Abiturfeier Jugendliche mit einer Gaspistole beschossen zu haben.

Aktionen gegen das Nazi-Zentrum in Hetendorf

Initiative H13, Bündnis gegen Rechts Celle, WGA - Zu Pfingsten fanden in Hetendorf bei Celle Aktionstage gegen das dortige Nazi-Schulungszentrum ***Heideheim*** statt. Schwerpunkte war ein antifaschistisches Zeltlager sowie eine Demonstration zum Zentrum Hetendorf 13. Etwa 150 Menschen nahmen am Freitag, den 6. Juni '95 an der Eröffnungsveranstaltung im Bauernhaus der Heimvolkshochschule in Hermannsburg teil. Diese Veranstaltung war auch von BewohnerInnen der Gegend gut besucht, das Thema war „Hetendorf - was tun?". Während der Diskussion kam es zu einem Zwischenfall, als zwei bundesweit führende Nazis erkannt wurden: **Peter Naumann** sowie **Manfred Roeder**. Beide saßen bereits wegen Bombenanschlägen mehrere Jahren im Knast. Nachdem sie nicht freiwillig gehen wollten, wurden sie aus dem Saal gedrängt. Auf dem Antifa-Camp in Sülze zelteten in der folgenden Nacht bereits mehr als 500 AntifaschistInnen, im Laufe des Samstags stieg diese Zahl noch auf über 800 und erreichte bei einem abendlichen Konzert mit weit über 1.000 Leuten ihren Höhepunkt. An der Demonstration am Sonnabend in Hetendorf nahmen ca. 1.700 AntifaschistInnen teil, von denen etwa zwei Drittel aus dem „autonomen" Spektrum kamen. Wie zu erwarten wurde eine Zwischenkundgebung direkt vor dem Nazi-Zentrum nicht genehmigt, stattdessen fand man eine massive Polizeipräsenz vor, einschließlich Wasserwerfer und Reiterstaffel. Die VeranstalterInnen der Aktionstage werten alles - Veranstaltung, Camp und die Demo als einen großen Erfolg, auch weil sich mehr Menschen als erwartet daran beteiligt haben. Und auch die Pressereaktionen waren ungewohnt positiv.
Wie in jedem Jahr fand dann in dem Zentrum wieder die sogenannte „Hetendorfer Tagungswoche" statt. Diese ging vom 17. Juni bis zum 25. Juli '95. Aufgerufen hatte die ***Artgemeinschaft***, das ***Familienwerk e.V.***, der ***Heideheim e.V.***, der ***Heinrich-Anacker-Kreis e.V.***, der ***Nordische Ring e.V.*** und die ***Northern League***. In den vier Jahren zuvor hatte die ***Gesellschaft für freie Publizistik - Arbeitskreis Hamburg (GfP)*** immer mit zu den Tagungswochen aufgerufen. Dies war diesmal nicht der Fall, obwohl der Vorsitzende der GfP, **Rolf Kosiek** als Referent geladen war. Auf dem Programm standen neben einzelnen Treffen der einladenden Organisationen, Gesang und Tanz, Ehrung kinderreicher Mütter, Gesprächsrunden, Wanderung, Filmabend, „Germanischer Sechskampf" auch Referate und Arbeitskreistreffen, die zur Absicherung der rassistischen Thesen und des Germanenkultes dienen. Unter den Referenten waren so namenhafte rechte Größen wie **Walter Drees**, **Jürgen Rieger**, **Gerhard Seifert**, **Wolfgang Juchem** und **Hermann Thiele**. Für die musikalische Erbauung sorgte auch dieses Jahr erneut das ***Wiking-Jugend***-Mitglied **Frank Rennicke**. Insgesamt haben über 200 Personen an der Tagung teilgenommen.
Aber es gab auch während der Tagung antifaschistische Proteste. Am 17. Juni '95 wurde eine symbolische Blockade des Zentrums von ungefähr 70 Antifas durchgeführt. Nachdem die direkte Blockade vor dem Eingang des Zentrums von 150 Polizisten verhindert wurde, beschränkten sich die BlockiererInnen auf einen Zufahrtsweg. Am 21. Juni protestierten hauptsächlich christliche BürgerInnen aus Hetendorf und Hermannsburg mit einer Mahnwache mit ca. 70 Personen gegen das Treffen. Das Evangelisch-Lutherische Missionswerk, welches zu diesem Zeitpunkt ihr Missionsfest mit 2.000 Menschen in Hermannsburg durchführte, verabschiedete eine Resolution, in der sie den Innenminister des Landes aufforderten, das Heideheim zu schließen. Um das Spektrum der Aktionsformen noch zu bereichern, gibt es antifaschistische Sonntagsspaziergänge. Damit soll versucht werden, viele andere Menschen dazu zu bewegen, gegen das Zentrum aktiv zu werden. Bereits am 13. August '95 fand der erste Sonntagsspaziergang mit 120 Personen statt. Er führte einmal um das Gelände der Faschisten herum. Direkt vor dem Eingang wurde ein Redebeitrag gehalten und mit weißer Farbe die Parole „Weg mit dem Nazi-Zentrum" auf die Straße gemalt. Danach wurde der Spaziergang in Hermannsburg fortgesetzt und endete mit einer kurzen Kundgebung. Treffpunkt für den nächsten Sonntagsspaziergang: Um 14 Uhr in Bonstorf (Ortsmitte) am 1. Oktober 1995. Kontakte unter: Initiative gegen Hetendorf 13, c/o Infoladen, Kornstraße 28/30, 30167 Hannover.

Brandanschlag

BeZe 21.7.95 - Das Haus einer siebenköpigen Familie aus dem früheren Jugoslawien ist bei einem rassistischen Anschlag in Neu Wulmsdorf südlich von Hamburg völlig ausgebrannt. Die BewohnerInnen befanden sich zum Zeitpunkt des Brandes nicht im Haus, so daß glücklicherweise niemand verletzt wurde. An einer Gebäudeseite wurden ein Hakenkreuz, eine SS-Rune sowie die Parole „Raus das Pack" geschrieben. Der Sachschaden wird von der Polizei auf 100.000 DM beziffert.

Mahnmal geschändet

FR 10.6.95 - Zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre haben Unbekannte das Jüdische Mahnmal in Duderstadt (Kreis Göttingen) geschändet. Bisher liegen keine Hinweise zu den Tätern vor. Bereits im August 1993 war das Mahnmal mit Nazi-Parolen beschmiert worden.

Hakenkreuze abgeschlagen

JF 9.6.95 - Unbekannte Antifas haben auf einem Friedhof in Oldenburg zwölf Hakenkreuze von Grabsteinen auf Soldatengräbern abgeschlagen. Außerdem wurde ein Denkmal für die Soldaten der beiden Weltkriege bemalt. In den vorangegangenen Monaten hatte es in der örtlichen Kirchengemeinde eine heftige Diskussion über diese Hakenkreuze gegeben, weil viele die Entfernung des NS-Symbols von insgesamt 14 Grabsteinen forderten. Schließlich wurde beschlossen, die Steine unverändert zu lassen und die Gedenkstätte mit erläuternden Hinweisen zu versehen. Zumindest der erste Teil des Beschlusses dürfte durch die Aktion nun hinfällig geworden sein.

Anklage gegen Antifa (M) bestätigt

JW, Tsp 18.7.95 - Die Generalbundesanwaltschaft unterstützt die Auffassung der Generalstaatsanwaltschaft in Celle, die Autonome ***Antifa M*** sei eine „kriminelle Vereinigung". Damit wird das Verfahren gegen die Gruppe doch eröffnet. Die Anklage beläuft sich auf Bildung einer kriminellen und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung.

Apartheid-Vorwurf im Stadtrat

JF 22/95 - Tumultartige Szenen im Osnabrücker Stadtrat löste eine Rede des Ausländerbeauftragten der Stadt über die Situation von Nichtdeutschen in der Bundesrepublik aus. Der Beauftragte hatte bemängelt, daß nur EU-Bürger ein kommunales Wahlrecht besitzen und dabei den Begriff „Apartheid" gebraucht. Der CDU-Fraktionsvorsitzende nannte dies „unverantwortlich" und eine „schlimme Entgleisung". Ein CDU-Ratsherr empfahl ihm, in die Türkei zu gehen, „wenn alles hier so schlimm ist". FDP, SPD und Grüne schlossen sich der erwähnten Forderung nach einem Ausländerwahlrecht und doppelter Staatsbürgerschaft an.

JN-Aktion in Oldenburg

NIT 19.6.95 - Während einer Veranstaltung der Landesregierung in Oldenburg haben einige Mitglieder der ***Jungen Nationaldemokraten (JN)*** ein Transparent mit der Aufschrift „Gegen das Vergessen des Volksaufstandes am 17. Juni" entrollt.

Celler Geiselnehmer von der HNG betreut

JF 22/95, JW 26.5.95 - Der Geiselnehmer **Peter Strüdinger**, der im Mai '95 zusammen mit einem Komplizen einen Gefängniswärter 51 Stunden lang entführt hatte und danach von der Polizei überwältigt worden war, wurde bereits seit Jahren von der ***Hilfsgemeinschaft für nationale und politische Gefangene (HNG)*** unterstützt und stand auch selber in Kontakt mit der HNG-Vorsitzenden **Ursel Müller.** Er erhielt regelmäßig die HNG-Nachrichten und war als fanatischer Waffennarr und Sammler von Militaria aus der Nazi-Zeit bekannt. Auch der Verfassungsschutz wußte davon, schritt aber nie ein.

Nordrhein-Westfalen

Brand in Bochum

JW 2.8.95 - Bei einem Brand in einem von Türken bewohnten Haus in Bochum ist in der Nacht zum Dienstag, den 1. August '95 eine Frau verletzt worden. Die Brandursache war bis zum Nachmittag unklar, ein Polizeisprecher schloß aber einen Brandanschlag „definitiv" aus. Zuvor hatte auch ein Sprecher der Staatsanwaltschaft erklärt, die bisherigen Ermittlungen hätten entgegen ersten Angaben der Polizei aus der Nacht keinen Hinweise auf einen Anschlag ergeben. Die Bewohner des Hauses konnten laut Polizei den Brand löschen, bevor sich die Flammen weiter ausbreiten konnten. Außer der verletzten Frau wurden sieben Menschen, darunter ein Baby, evakuiert.

Aussiedler verletzt

JW - Beim Überfall auf ein Übergangswohnheim für AussiedlerInnen in Düsseldorf sind zwei Bewohner verletzt worden. Nach Angaben von Zeugen riefen Mitglieder einer rund 30 Mann starken Schlägertruppe rassistische Parolen. Acht Tatverdächtige sind nach dem Angriff festgenommen worden.

„Freiheitliche" gegründet

bnr 16/95 - Am 15. Juni '95 wurde in Oberhausen ein Landesverband NRW der Partei ***Die Freiheitlichen*** gegründet. Unter den rund 100 TeilnehmerInnen waren ehemalige Mitglieder der ***Republikaner*** sowie von ***NPD***, ***DVU*** und ***Deutsche Liga***. Bei den Vorstandswahlen wurden ausschließlich ehemalige REP-Funktionäre gewählt. Vorsitzender wurde der frühere stellvertretende REP-Landesvorsitzende **Richard Staginus**. Er hatte die Partei im Frühjahr mit der Begründung verlassen, die „Republikaner" seien durch machtgierige Funktionäre in der Parteispitze total mißbraucht worden. An der Veranstaltung nahm außerdem der Initiator der „Freiheitlichen" aus Bayern, **Wolfgang Hüttl**, teil. Hüttl war bis zu seinem Austritt bei den REPs bayrischer Landesvorsitzender und ein Vertrauter von Schönhuber. Im Januar dieses Jahres hatte sich die Augsburger REP-Stadtratsfraktion von ihrer Mutterpartei getrennt und sich als „Die Freiheitlichen" neu formiert. Offenbar soll nach dem Scheitern der „Republikaner" nun ein neuer Anlauf mit einer Rechtspartei gestartet werden, die sich diesmal an den überaus erfolgsreichen „Freiheitlichen" in Österreich anlehnt.

Geldstrafe wegen Solidarität

KSA 1.7.95 - Ein 57jähriger Pfarrer, der aus Protest gegen die Abschiebepraxis zum Zerschneiden eines Gefängniszaunes aufgerufen hatte, ist in Bonn zu einer Geldstrafe von 3.000 DM verurteilt worden. Das Bonner Amtsgericht sah den Tatbestand der Aufforderung zu einer Straftat für gegeben. Im Dezember 1994 hatte der Mann den Aufruf „Ziviler Ungehorsam für Asylrecht" mitunterzeichnet. Darin war das symbolische Zerschneiden des Wormser Gefängniszaunes gefordert worden. In der Begründung ließ der Richter durchblicken, wessen Geistes Kind er ist, *„Auch die Mehrheit hat ein Recht auf Schutz, nicht nur die Minderheit"*. Zudem hieß es: *„Wir vernichten unsere nationale Identität, wenn wir die Ausländer alle hier lassen"*.

Fascho-Konzerte im Raum Rheine

AN 13/95 - Bis jetzt gab es im Jahr 1995 im Raum Rheine bereits drei Faschokonzerte, bei denen über 1.000 Neonazis anwesend waren. Den Anfang machte Reiner S. von ***08/15*** bei einem „Balladen-Abend" auf der Gitarre. 35 Personen hörten Coverversionen verschiedener Nazibands. Ermöglicht hat dieses Konzert **Mike Bayer**, bekannter Faschist in seiner Heimat und Freund von **Torsten Lemmer** (früher „Störkraft"-Manager). Am 8. April '95 spielten ***Noie Werte*** und Reiner S. von 08/15 in einer Kneipe namens „Krusenotto" in Rheine. Am 23. Mai gab es dann in Bevergern in der Gaststätte „Zum Schwan" ein weiteres Konzert mit Noie Werte, 08/15 und anderen. Sämtliche Veranstaltungen wurden konspirativ vorbereitet und unter Polizeischutz durchgeführt. Man muß feststellen, daß sich im Kreis Steinfurt neben den bekannten NPD/JN-Aktivitäten durch solche Veranstaltungen faschistische Strukturen festigen und für Jugendliche attraktiver machen.

Rechte Bildung und Naturreligion

JW 26.5.95 - Unter dem Motto „Gemeinsam gegen das Collegium Humanum" mobilisierte ein breites Bündnis von autonomen Antifa-Gruppen bis hin zum ***DGB*** und der ***SPD*** zu einer Demonstration am 27. Mai '95 im westfälischen Vlotho gegen die rechtsextreme Bildungsstätte ***Collegium Humanum***. „Uns geht es darum, den Widerstand gegen die geistigen Brandstifter vor Ort auch auf die Straße zu tragen", erklärte eine Sprecherin des Bündnisses. Schon seit Jahren dient das Collegium Humanum als wichtige Schnittstelle zwischen Altnazis, Neuen Rechten und Teilen der esoterischen und anthroposophischen Bewegung, die immer mehr nach rechts abdriften." Aktueller Anlaß für die Demonstration war ein inzwischen vom Collegium Human-

um wieder abgesagter Vortrag des Schweizer Revisionisten und Anthroposophen **Bernard Schaub** gewesen, der schon im Januar dieses Jahres - am 50. Jahrestag der Befreiung Buchenwalds - vor ausgewähltem Publikum seine revisionistischen Thesen verbreiten konnte. Im März führte ein „Geopolitisches Symposium" im Collegium Humanum, bei dem ein exklusiver Referentenkreis aus neurechten Publikationen wie ***Criticon, Europa Vorn*** und ***Junge Freiheit*** die NS-"Lebensraumpolitik" rechtfertigte, zu antifaschistischen Protesten in Vlotho. Für die einschlägige Kontinuität im „Bildungsprogramm" des Collegium Humanum sorgen dessen Gründer und langjähriger Präsident des ***Weltbunds zum Schutz des Lebens,*** Prof. **Werner Georg Haverbeck** und der momentane Leiter der Bil-

dungsstätte, der Duisburger Zahnmediziner **Hans-Jürgen Klose**. Haverbeck war schon ab 1929 in der Reichsleitung des NS-Studentenbundes aktiv und etablierte 1933 im Auftrag von Rudolf Heß den ***Reichsbund Volkstum und Heimat*** mit dem Ziel, die damalige Bündische Jugendbewegung zu zerschlagen. In den siebziger Jahren gelang es ihm mühelos - offensichtlich auch unter Bezug auf seine zeitweilige Tätigkeit als Pastor der ***Anthroposophischen Christengemeinschaft*** - mit dem Collegium Humanum und dem "Weltbund zum Schutz des Lebens" enge Kontakte ins links-alternative und ökologische Spektrum aufzubauen. Risse bekam das Bild des sauberen Umweltschützers erst, als Haverbeck 1981 als einer der Unterzeichner des rassistischen neurechten ***Heidelberger Appells*** bekannt wurde und 1984 im Collegium Humanum unter dem Vorwand eines „Naturreligion"- Seminars **Michael Kühnens** ***Komitee zur Vorbereitung des 100. Geburtstages Adolf Hitlers*** tagen konnte.

"VS-Box"

bnr 11/95 - Der **Verfassungsschutz** in NRW ist seit kurzem über eine Mail-Box zu erreichen: Innenminister **Herbert Schnoor** gab in Düsseldorf die bundesweit erste sog. VS-Box für die Öffentlichkeit frei. „Die VS-Box soll helfen, den Extremismus intensiv politisch zu bekämpfen. Mit diesem neuen Medium werden schnell und aktuell Daten, Fakten und Analysen über extremistische Bestrebungen angeboten, die für die Auseinandersetzung mit dem Extremismus nützlich sind" erläuterte Schnoor, Zielgruppen sind Schüler, Azubis, Studenten, Lehrer und in der politischen Bildungsarbeit Tätige. Sie können die Mail-Box rund um die Uhr unter der Telefonnummer 0211/ 135294 erreichen. In der VS-Box stehen "aktuelle Informationen über Rechts-, Links- und Ausländerextremismus" oder über Aufgaben des Verfassungsschutzes zum Abruf bereit. "Besonders unterstützt" wird auch die Kampagne gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus (***Fairständnis-Kampagne***). In der VS-Box ist zu erfahren, welche Materialien hierzu existieren und was bestellt werden kann. Neben den Informationen aus der VS-Box können auch Materialien des Verfassungsschutzes direkt über die Mail-Box bestellt werden, geheimes Material ist natürlich ausgenommen. „Die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes müssen soweit wie möglich genutzt werden, um die Öffentlichkeit zu informieren. Überzeugte Demokraten sind der beste Verfassungsschutz", betonte Schnoor.

Bewährung für Weidner

Antifa Siegburg/Troisdorf - Der frühere ***FAP***-Vorsitzende und ***Anti-Antifa***-Aktivist **Norbert Weidner** ist am 7. Juli '95 in Euskirchen zu einer neunmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt worden. Weidner war am 30. Januar '94 bei einem Überfall von Faschos auf die Kneipe ***Ahorn*** in Rheinbach beteiligt gewesen. Er schoß mit Leuchtspurmunition wahllos auf vermeintliche Antifas und verletzte dabei einige Jugendliche. Weidner dürfte das milde Urteil bereits erwartet haben, da er sich seit dem Verbot der FAP (im Februar '95) medienwirksam als „Aussteiger" präsentiert. In diesem Jahr wird noch ein weiterer Prozeß gegen ihn stattfinden, ebenfalls wegen Körperverletzung. Im August 94 hatte er zwei Antifas mit einem Baseballschläger angegriffen und erheblich verletzt.

Solingen-Prozeß

JW 19./20.7.95 - Im Prozeß um den Brandanschlag von Solingen hat die Nebenklage am Mittwoch, dem 19. Juli ihre Plädoyers fortgesetzt. Vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf sagte der Rechtsanwalt **Reinhard Schön** am letzten Verhandlungstag vor der Sommerpause, der Anschlag auf das Haus der türkischen Familie **Genç** sei „blind und willkürlich" begangen worden. Schön kündigte an, er werde sich den Strafanträgen der Bundesanwaltschaft anschließen. Der Rechtsanwalt der Familie Genc, Rainer Rüssow, forderte die jeweils zulässigen Höchststrafen. Er hatte am 18. Juli in seinem Plädoyer gesagt, daß der Brandanschlag von Solingen das schrecklichste und verabscheuungswürdigste Verbrechen der deutschen Nachkriegsgeschichte sei.

NPD-Veranstaltung

AJI 15.8.95 - Am 29. April '95 fand in Bonn eine Veranstaltung der Bonner ***NPD*** mit etwa 80 Nazis statt. Eingeladen waren der Revisionist **Udo Walendy** und **Friedhelm Busse** (***FAP***- Bundesvorsitzender). Walendy konnte sich über die „alliierte Greuelpropaganda gegen Nazi-Deutschland" ausgelassen. Busse hingegen sprach über die Zukunft der rechten Bewegung. Er rief dazu auf, sich nationalen Parteien wie der NPD anzuschließen. Zudem warnte er seine jugendlichen Anhänger vor dem Gefängnis. Die neugegründete Bonner NPD ist seit September 1994 aktiv. Damals trat sie in einigen Bonner Stadtteilen zur Kommunalwahl an, und bekam teilweise bis zu einem Prozent der Wählerstimmen. Maßgeblich beteiligt am Aufbau der neuen NPD ist **Hans-Peter Krieger**, wohnhaft in der Friedrich-Breuer-Str. 18 in Bonn-Beuel, Tel.: 0228/461438. Krieger war von 1985-1990 Vorsitzender des FAP-Kreisverbandes Bonn und führendes Mitglied der Initiative Gesamtdeutschland, einer Organisation zur Koordination der lokalen nationalen Szene, von der FAP bis hin zu den ***Republikaner***.

Rheinland-Pfalz

Asylbewerberheim überfallen

SZ, Be Ze 19./20.6.95 - Nach einem erneuten Überfall auf ein Asybewerberheim im pfälzischen Kusel hat die Polizei am 18. Juni '95 drei Verdächtige im Alter von 18 bis 25 Jahren festgenommen. Bei dem Überfall waren zwei 25- und 26jährige Männer aus dem ehemaligen Jugoslawien mit Messern an Armen, Händen und Rücken verletzt worden. Bei einem Überfall auf das Wohnheim im November 1994 hatten bereits drei der Polizei bekannte Männer Sachschaden angerichtet.

Friedhof verwüstet

JW 3.8.95 - Zum wiederholten Mal sind Gräber des jüdischen Friedhofs in Trier von Unbekannten verwüstet worden. Dabei warfen die bisher unbekannten Täter etwa 15 Grabsteine um, nachdem sie zuvor über die Friedhofsmauer gelangt waren. Die Grabschänder hätten weder antisemitische Parolen noch Symbole rechtsradikaler Organisationen hinterlassen. Der historische Friedhof, auf dem sich unter anderem Gräber der Familie von Karl Marx befinden, war bereits vor zwei Jahren geschändet worden. Nach Aussagen der ***Antifa Trier*** gibt es in der Stadt eine rechte Skinhead-Szene, jedoch keine gefestigten neonazistischen Strukturen.

REPs beobachtet

BeZe 15.7.95 - Das rheinland-pfälzische Landesamt für Verfassungsschutz darf die rechtsextremen ***Republikaner*** weiterhin mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten. Das Oberverwaltungsgericht Koblenz wies eine Beschwerde der Partei gegen die Beobachtung zurück.

Sachsen

Nazis töteten jungen Mann

JW 7/8.6.95, API - Am 3. Juni '95 erlag der 24jährige **Peter T.** den schweren Kopfverletzungen, die ihm Rechtsradikale acht Tage vorher mit Baseballschlägern zugefügt hatten. Er hatte am Herrentag mit einer Gruppe von etwa zehn jungen Männern im Alter von 21 bis 24 Jahren an einem Stausee in Oberwald bei Hohenstein-Ernstthal gefeiert, als sie gegen 18 Uhr von zehn bis fünfzehn mit Baseballschlägern bewaffneten Rechtsradikalen überfallen wurden. Neben dem 24jährigem wurden vier weitere Personen leicht verletzt. Etwas unklar ist das Motiv des Überfalls, weil die Gruppe keins der Feindbilder der Nazis erfüllte und auch keine Beziehung zwischen den Gruppen bestand. Unklar bleibt außerdem, warum die Polizei erst von dem Überfall erfuhr, als das Krankenhaus den Tod des jungen Mannes meldete. Nach Angaben des LKA hätten die Nazis bereits zuvor Ausflügler und Camper am Stausee angegriffen. Dabei seien zahlreiche Personen, darunter Punker und ein Ausländer, verletzt worden. Einer der Nazis habe einem Mann eine Schreckschußwaffe an die Schläfe gehalten und gedroht, ihn umzubringen. Am 16. Juni verhaftete die sächsische Polizei dann sieben Rechtsradikale die an dem Überfall beteiligt waren und beschlagnahmte bei Hausdurchsuchungen in Glachau und Meerane zahlreiche Waffen. Die sieben Nazi-Skins sagten zum Teil aus und gaben als Tatmotiv eine „ausgeprägte rechtsorientierte Einstellung" an. Sechs von ihnen sind bereits polizeilich bekannt, unter anderem durch rechtsextreme und fremdenfeindliche Gewalttaten. Hauptverdächtigter ist den Angaben zufolge ein 27jähriger Brite, der als äußerst gewaltbereit gilt. Der Mann der seit längerer Zeit in Sachsen wohnt, sei durch britische Gerichte bereits mehrfach wegen Eigentums- und Gewaltdelikten verurteilt worden. Gegen alle sieben Rechtsradikale wurde Haftbefehl erlassen.

Hetzjagd auf Flüchtling

BeZe 20.7.95 - Zwei etwa 20jährige Rassisten haben in Dresden einen Jordanier mit dem Auto gehetzt, ihn mit Knüppel geschlagen und schwer verletzt. Die beiden Täter entkamen anschließend unbehelligt.

NPD-Kundgebung

JW 3.6.95 - Am 3. Juni '95 fand um 15 Uhr auf dem Marktplatz von Annaberg-Buchholz eine Kundgebung der rechtsextremen ***NPD*** statt. Der Annaberger Landrat untersagte in einer Auflage lediglich, daß **Günter Deckert** als Hauptredner auftreten darf.

Nazis united?

BeZe 24.7.95 - Nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutzes plant Sachsens Naziszene einen überparteilichen Zusammenschluß. Ziel sei eine Bündelung der Kräfte, ohne allerdings starre Organisationsstrukturen aufzubauen. Treibene Kraft dieses Projekts sei eindeutig die ***NPD***, die derzeit in Sachsen am stärksten ist (In Sachsen 170 Mitglieder, bundesweit 4.500). Ihr Hauptaugenmerk haben die VS'ler vor allem auf den ***Leipziger Kreis*** von Rechtsextremisten gerichtet, der klar von der NPD dominiert werde. Wegen des zunehmenden Verbotsdrucks auf die Szene entwickle sich dieser Kreis zu einem Sammelbecken für Neonazis, Skinheads und ehemalige Angehörige anderer rechtsextremistischer Parteien. Dort erde das Projekt einer überparteilichen Organisierung der Rechtsextremisten massiv vorangetrieben

Nazis angeklagt

JW 4.8.95 - Die Leipziger Staatsanwaltschaft hat Anklage gegen sechs Wurzener Nazis im Alter zwischen 15 und 19 Jahren erhoben. Sie waren an einem brutalen Überfall auf drei Italiener am 2. Mai '95 in Wurzen beteiligt (siehe WGA #7). Die drei Italiener sind von einem Pulk von 10 bis 20 rechtsradikalen Jugendlichen mit Baseballschlägern krankenhausreif geschlagen worden. Wann den Angeklagten vor dem Leipziger Jugendschöffgericht der Prozeß gemacht werden kann, steht nach Angaben des Staatsanwaltes noch nicht fest.

Milde für Neonazis

BeZe 29.6.95 - Wegen des Brandanschlags auf ein Zwickauer Flüchtlingsheim sind drei von vier Neonazis zu Bewährungsstrafen von einem Jahr sowie einem Jahr und neun Monaten verurteilt worden. Außerdem müssen sie Geldstrafen zwischen 2.000 und 2.500 Mark zahlen. Der vierte Angeklagte kam mit einer Geldbuße von 1.000 Mark davon. Die vier Männer im Alter zwischen 21 und 23 Jahren standen wegen versuchter schweerer Brandstiftung, Landfriedensbruch und Volksverhetzung vor dem Landgericht Zwickau. Sie waren im Oktober 1991 an einem Überfall von etwa 100 rechten Jugendlichen auf das Heim beteiligt.

Rechtsradikaler bietet Waffen an

bnr 12/95 - Der bekannte Neonazi **Torsten Bieger** bietet in rechtsradikalen Kreisen mittlerweile offen zahlreiche Gerätschaften zur „Selbstverteidigung" und ähnliches an. Dafür hat er in Sebnitz die Firma ***Live Guard*** ins Leben gerufen. In einer Ausgabe der ***Berlin-Brandenburger Zeitung*** (das Blatt der ***Nationalen***) lag ein Faltblatt mit den Angeboten von Live Guard bei. Neben CS-Gas, Schlagstock und Elektroschocker hat Torsten Bieger auch ein Radarvorwarngerät („Besitz legal, Anwendung strafbar") und einen Radarblocker („100% zuverlässig und legal") im Programm. Torsten Bieger war der Macher des Naziskinzines ***Der Pranger*** gewesen. Im Oktober 1994 teilte Bieger dann in den ***Nachrichten der HNG*** (das Blatt der ***Hilfsgemeinschaft für Nationale Gefangene***) mit, daß er die „Herausgabe des Monatsblattes 'Der Pranger' einstelle." Bieger, er engagierte sich in der Vergangenheit auch für die ***Deutsche Liga***, saß im August 1994 für 17 Tage in Untersuchungshaft. Insgesamt 18 Hausdurchsuchungen fanden bei ihm statt. Die Staatsanwaltschaft wift ihm die Bildung einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung vor.

Neuer REP-Landesvorstand

JF 2.6.95 - Der Landesverband der ***Republikaner*** wählte am letzten Maiwochenende auf einem Parteitag in Niesky im niederschlesischen Oberlausitzkreis in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden **Rolf Schlierer** und des Parteigründers **Franz Schönhuber** einen neuen Landesverband. Zum Vorsitzenden wurde der frühere Landesgeschäftsführer **Frank Rohleder** (Zwikkau) gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden **Siegfried Kalle** (Niederschlesischer Oberlausitzkreis), **Wolfgang Schwarz** (Dresden) und **Bodo Krämer** (Leipzig). Der Parteitag verlieh dem früheren Parteivorsitzenden Schönhuber einstimmig die Ehrenmitgliedschaft des Landesverbandes.

Sachsen-Anhalt

Brandanschlag auf Obdachlose

Taz 1.6.95 - Zwei Obdachlose sind bei einem Brandanschlag durch Unbekannte in Köthen verletzt worden. Mehrere Täter hatten einen Molotow-Cocktail auf ein leerstehendes Haus geworfen, in dem sich die beiden Männer aufgehalten hatten. Über das Motiv und die Täter ist bisher nichts bekannt.

Hatz auf Afrikaner

Taz, SZ 22.6.95 - In Magdeburg wurde ein Asylbewerber aus Südafrika von drei Skins im Alter zwischen 16 und 23 durch die Stadt gejagt und mißhandelt. Der 18jährige Asylbewerber wurde von den Tätern zuerst mit Stöcken, Baseballschlägern und einem Luftdruckgewehr angegriffen. Als er flüchten wollte, jagten zwei der Skins ihn zuerst zu Fuß, später mit dem Auto. Der junge Afrikaner erlitt zahlreiche Verletzungen. Die durch einen Augenzeugen alarmierte Polizei

konnte das Opfer schließlich vor weiteren Angriffen schützen und die drei angetrunkenen Täter festnehmen. Gegen den 23jährigen Täter aus Braunschweig und den 16jährigen aus Magdeburg wurden Haftbefehle erlassen.

Selbstmord im Abschiebeknast

JW 12.6.95 - Am 11. Juni '95 hat sich in der Justizvollzugsanstalt Volkstedt bei Eisleben ein aus Zaire stammender Abschiebehäftling erhängt. Nach Meinung des Justizsprechers des Landes könne das Motiv für den Selbstmord mit der bevorstehenden Abschiebung des Mannes in sein Heimatland zusammenhängen. Dies war ihm kurz zuvor mitgeteilt worden. Rund 20 Mitglieder des Flüchtlingsrates Sachsen-Anhalts, der Antifa Dessau, PDS-Landtagsabgeordnete sowie Asylberwerber hielten am 13. Juni eine Mahnwache vor dem Tagungsort der Justizminister ab.

Skinheads überfielen Behinderte

Taz 11.8., JW 15.8.95 - Zwei Skinheads haben am Abend des 9. August '95 in der Magdeburger Innenstadt eine Gruppe von Behinderten beleidigt, bedroht und angegriffen. Ohne einen Grund hatten die beiden Täter auf einen 21-jährigen Mann aus der Gruppe eingetreten und ihn brutal geschlagen. Obwohl mehrere Betreuer der Behinderten und andere Fahrgäste versuchten, die Täter festzuhalten, flüchteten diese in unbekannte Richtung. Eine von der Polizei eingeleitete Fahndung führte zur Festnahme von zwei Tatverdächtigen. Ein 15-jähriger und ein 18-jähriger Lehrling gestanden die Tat, sie gelten als Neueinsteiger in der rechten Szene. Inzwischen sind sie nach der Vernehmung wieder auf freiem Fuß.

Bewährung nach Überfall

JW, BeZe 5.8.95 - Am 4. August '95 wurden vor dem Landgericht Halle zwei junge Männer zu jeweils zehn Monaten Jugendstrafe auf Bewährung wegen Überfällen auf zwei von Ausländern bewohnte Heime verurteilt. Sie waren am 6. September 1992 an der Tat beteiligt, in deren Folge sich eine Vietnamesin schwere Brandverletzungen zugezogen hatte. Die Haupttäter waren bereits in einem anderen Verfahren zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden.

Polizist vor Gericht

JW, Taz 28.6.95 - Ein Jahr nach den Himmelfahrtskrawallen in Magdeburg ist der Prozeß gegen einen Polizisten eröffnet worden, der in einer Zelle einen irakischen Asylbewerber mißhandelt haben soll. Der Iraker sagte als Zeuge vor dem Landgericht aus, der 33jährige Beamte habe ihn nach seiner Festnahme grundlos geschlagen und ihm in die Genitalien getreten. Der Polizist, der seit einem Jahr vom Dienst suspendiert ist, bestreitet die Vorwürfe, die auch von einem weiteren Asylbewerber aus Togo bestätigt werden. Insgesamt waren in diesem Zusammenhang 15 Ermittlungsverfahren gegen Polizisten von der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden, die jedoch nur in einem Fall zur Anklage führten.

Durchsuchung bei Nazis

JW 31.7.95 - In Sachsen Anhalt sind von der Polizei 16 Wohnungen der rechtsextremistischen Gruppe ***Merseburger Wölfe*** durchsucht worden. Dabei wurde unter anderem Propagandamaterial der verbotenen ***NSDAP*** gefunden.

Himmelfahrtstag-Prozeß

JW 30.5./17.6.95 - Das Magdeburger Amtsgericht hat vier Männer wegen der Beteiligung an den ausländerfeindlichen Krawallen am Himmelfahrtstag 1994 zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß sie gemeinsam mit mehr als 30 anderen Hooligans Ausländer durch die Innenstadt jagten und angegriffen haben. Bereits im vergangenen Jahr sind zahlreiche Rädelsführer und andere Beteiligte zu Freiheits- und Bewährungsstrafen verurteilt worden.

Geld statt Lebensmittel

JW 21.6.95 - Am 19. Juni '95 haben rund 50 kurdische AsylbewerberInnen die Michaeliskirche in Zeitz besetzt und die Herausgabe von Verpflegungsgutscheinen zum individuellen Einkauf gefordert. Sie mußten nach Verhandlungen mit dem Pfarrer die Kirche ohne Zusagen wenig später wieder verlassen. Zu diesem Zeitpunkt verweigerten die KurdInnen seit 35 Tagen die Lebensmittelpakete. Sie fordern einen finanziellen Ausgleich, um sich selber mit frischen Nahrungsmitteln versorgen zu können. Weiterhin wurden Koch- und Backmöglichkeiten und kostenlose Sprachkurse gefordert. Sollte es zu keiner Lösung kommen, wird es einen Hungerstreik geben. Eine Mitarbeiterin der Zeitzer Stadtverwaltung nannte diese Forderungen „unverschämt" und meinte „So gut genährt wie die sieht so mancher von uns nicht aus." Die kurdischen Asylbewerber wollen ihren Protest vor dem Sozialamt der Stadt fortsetzen.

Multikulti-Fest zu Pfingsten

JW 27.5.95 - Das multikulturelle Treffen in Magdeburg soll eine ständige Einrichtung werden. Der Verein ***Kontakt International*** teilte mit, daß es geplant wird, in der Stadt ein traditionelles Fest gegen Fremdenfeindlichkeit regelmäßig durchzuführen. Das Fest, das in diesem Jahr zum Jahrestag der ausländerfeindlichen Krawalle 1994 organisiert wurde, war ein voller Erfolg geworden und zeigte, daß Tausende Menschen zum friedlichen Miteinander von Deutschen und Ausländern bereit sind.

Schleswig-Holstein

Rassisstischer Brief an Jüdische Gemeinde

Taz 18.5.95 - Abgeordnete der ***Deutschen Liga (DL)*** im Landtag in Kiel haben ein antisemitisches Schreiben an die ***Jüdische Gemeinde*** Hamburg/Schleswig-Holstein verschickt. In dem Brief lehnt der rechtsextreme Fraktionsvorsitzende **Ingo Stawitz** eine Bitte der Gemeinde an die Landesregierung um finanzielle Zuschüsse ab. Er „begründet" dies mit *„einer so gut wie nicht vorhandenen Jüdischen Gemeinschaft"* und schreibt weiter, *„es bestünde die Gefahr, daß alle möglichen Volksgruppen ähnliche Ansprüche anmelden. Ich denke in diesem Zusammenhang an die verschiedenen Zigeuner-Sippen, an Kroaten, Serben, Kurden usw. Dabei entsteht für die Mehrheitsbevölkerung in unserem Land die Frage: Wo bleiben wir?"* Der Fraktionsvorsitzende der SPD forderte daraufhin die Bundesregierung auf, die DL auf verfassungsfeindliche Bestrebungen zu überprüfen und sie gegebenenfalls zu verbieten.

Asyl für Kurden

Tsp 24.6.95 - Kurden aus dem Osten und Südosten der Türkei haben in Schleswig-HolsteinAnspruch auf Asyl. Dies gab ein Sprecher des Oberverwaltungsgerichtes Schleswig bekannt. Begründet wurde die Entscheidung damit, daß Kurden, die aus zwölf benachbarten Gebieten der zehn Notstandsprovinzen stammen, allein aufgrund ihrer Volkszugehörigkeit verfolgt werden und innerhalb der Türkei keine Fluchtmöglichkeit haben. Einen generellen Anspruch für Kurden aus anderen Gebieten verneinten die Richter in einer zweiten Entscheidung.

Mölln-Urteile rechtskräftig

bnr 15/95 - Die vom Schleswiger Oberlandesgericht gefaßten Urteile gegen die beiden Brandstifter von Mölln, **Lars Christiansen** (21) und den zum Tatzeitpunkt der ***NPD*** nahestehenden **Michael Peters** (28), sind inzwischen rechtskräftig geworden. Der Bundesgerichtshof hat die Revisionsanträge der Verteidigung als „offensichtlich unbegründet" abgewiesen. Für den Brandanschlag, dem in der Nacht zum 23. November '92 drei Menschen zum Opfer fielen, erhielten die Täter Höchststrafen: Christiansen zehn Jahre Jugendhaft, Peters eine lebenslange Freiheitsstrafe.

Wahlkampf der Deutschen Liga

NE 6/95 - Der Landesverband der ***Deutschen Liga (DL)*** hat seine Kandidaten für alle 45 Wahlkreise aufgestellt und mit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften begonnen. Da ihre politische Arbeit immer wieder behindert wurde, führte die DL eine „öffentliche Plenartagung" durch, um direkte Kontakte zu Bürgern zu knüpfen. Nach eigenen Angaben verliefen diese Aktionen erfolgreich und konnten nur selten von AntifaschistInnen behindert werden.

Friese widerruft Parteiaustritt

SZ 27.7.95 - Der Kieler Landtagsabgeordnete der ***Deutschen Liga (DL)***, **Benvenuto-Paul Friese,** hat seinen Austritt aus der Fraktion seiner Partei und seinen Rücktritt als Parlamentarischer Geschäftsführer widerrufen. Er bezeichnete seine Austrittserklärung vom 7. Juli '95 als Öffentlichkeitsarbeit. Durch seinen Austritt hatte die Liga mit vier Abgeordneten den Fraktionsstatus verloren.

Thüringen

Naziwochenende in Thüringen

JW, SZ, BeZe, Tsp 7.8.95, WGA - Am Wochende vor dem 7. August '95 kam es in Thüringen zu mehreren Nazi-Treffen und zu kurzen Festnahmen durch die Polizei. So versammelten sich in der Nacht zum 5. August in einem Garten in Gera eine Gruppe Neonazis, welche Nazilieder sang, ausländerfeindliche Parolen rief, Hitlergrüße zeigte und „Sieg Heil" schrieen. Anwohner informierten daraufhin die Polizei. Die Rechtsextremisten im Alter von 15 bis 29 Jahren, darunter zehn Frauen, leisteten erheblichen Widerstand gegen die Polizei. Einige Polizisten wurden von den Rechtsradikalen getreten und geschlagen. Einer versuchte, noch vor Ort einen festgenommenen Nazi gewaltsam zu befreien. Danach stellte die Polizei bei der Durchsuchung von zwei Wohnungen zahlreiche Nazipropaganda, Video- und Audiokassetten sowie Aufnahmeanträge für die verbotene ***Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei*** (***FAP***) sicher. Der größte Teil der Faschisten war aber am Sonntag bereits wieder auf freiem Fuß. Gegen alle wird nun wegen Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Körperverletzung und Gefangenenbefreiung ermittelt. Am 5. August wollten in Nordhausen einige Neonazis gegen „staatliche Willkür, für Recht und Freiheit" demonstrieren. Aufgerufen hatte dazu ein ***Komitee für Demokratie und Meinungsfreiheit***. Der Vorsitzende dieses Komitees ist der bekannte Quedlinburger Neonazi-Kader **Steffen Hupka** (33, Herausgeber der Nazi-Zeitung ***Umbruch***). Der bekannte Quedlinburger Neonazi-Rädelsführer **Christian Mohr** (20) bekleidet das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden dieses Komitees. Er war auch Hauptverantwortlicher für den Überfall auf Quedlinburger Antifas am 13. Mai '95. Die Ordnergruppe von ca. 30 Leuten stammte ebenfalls aus Quedlinburg. Vermutlich handelte es sich hier um den Schlägertrupp um Hupka herum, der in letzter Zeit durch brutale Überfälle auffiel (siehe letzte WGA „Naziüberfälle in Quedlinburg"). Nach einer Verbotsverfügung wurden sieben Rechtsextremisten festgenommen. Bei Fahrzeugkontrollen fand man eine Schreckschußpistole, Baseballschläger, Knüppel und neonazistisches Propagandamaterial. Steffen Hupka und Christian Mohr blieben daraufhin bis zum 15. August, sechs Uhr in Polizeigewahrsam. Eine Gruppe von rund 20 Personen aus der rechtsradikalen Szene randalierte ebenfalls am 5. August in einem Bierzelt bei einem Schützenfest in Gotha. Dabei wurden 28 Personen vorläufig festgenommen. Zu ihnen gehörte auch der thüringer ***NPD***-Chef **Frank Golkowski**. Er hatte die Polizei behindert und war einem Platzverweis nicht nachgekommen. Die Gruppe wurde von zwei bekannten Rädelsführern aus dem Raum Saalfeld/Rudolstadt angeführt.

Rassistischer Überfall

ND 10.8.95 - Zwei junge Männer aus Mocambique sind in der Nacht zum 9. August '95 in Gera von Unbekannten zusammengeschlagen worden. Die beiden Täter riefen dabei rassistische Parolen. Ein 34jähriger sei mit einer Schnittwunde davongekommen sein 35 Jahre alter Landsmann habe durch Schläge in den Bauch schwere Verletzungen erlitten.

Flüchtlingsheim beschossen

JW 27.6.95 - In der Nacht zum 25. Juni '95 feuerten Unbekannte drei Schüsse auf ein Flüchtlingsheim bei Geisa nahe der Stadt Bad Salzungen ab. Ein Schuß durchschlug das Fenster eines Wohnraumes, in dem sich eine türkische Familie aufhielt. Verletzt wurde aber niemand. Die Täter waren mit einem Pkw vor das Flüchtlingsheim vorgefahren und feuerten aus einer kleinkalibrigen Waffe. Anschließend flüchteten sie.

Bewährung für Neonazi

JW 11.8.95 - Das Erfurter Landgericht hat die Freiheitsstrafe für einen 22jährigen Faschisten zur Bewährung ausgesetzt. Er war an der Randale in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald vor einem Jahr beteiligt (siehe Artikel „Nazi freigesprochen" in dieser WGA). Wie der zuständige Richter am 9. August '95 mitteilte, wurde die Freiheitsstrafe von 20 Monaten im Berufungsverfahren in eine 18-monatige Bewährungsstrafe umgewandelt. Grund dafür ist die viermonatige U-Haft des Nazis und seine „positive Sozialprognose".

Burschentreffen

bnr 13/95 - Anfang Juni '95 veranstalteten die ***Deutschen Burschenschaften*** in Eisenach ihr fünftägiges Treffen. Rund 200 „Bundesbrüder" der „Deutschen Burschenschaft" versammelten sich am 9. Juni '95 zu einem Festakt auf der Wartburg, wo **Klaus Hornung**, Professor für Politikwissenschaften sowie Autor in der neurechten Zeitungen ***Junge Freiheit*** und ***Criticon*** vehement gegen Parteien und Medien wetterte. Verbandsvorsitzender der „Deutschen Burschenschaften", von der insgesamt rund 1.000 Mitglieder zur Wartburg kamen, ist der Mannheimer Rechtsanwalt **Heinz-Uwe-Korell** . Pressereferent ist der Stuttgarter **Rüdiger Klein** (Burschenschaft „Hohenheima-Stuttgart"). Als Abgesandter der Bundesregierung war der Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, **Bernd Neumann** (CDU), angereist. Er überbrachte die Grüße des Bundeskanzlers.

Nazi freigesprochen

JW, SZ, Tsp, BM 27.7.95 - Das Landgericht Erfurt hat den Thüringer Nazikader **Thomas Dienel** (ehemaliger Chef der ***Deutsch-Nationalen Partei***) in einem Prozeß wegen der Verwendung des „Kühnen-Grußes" in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald freigesprochen. Es hob damit eine Entscheidung des Amtsgerichts Weimar auf. Dieses hatte im Oktober 1994 den 34 Jahre alte Dienel zu einer Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt. Zum Zeitpunkt der Tat im April 1992 sei der neonazistische Kühnen-Gruß (erhobener Arm mit drei zu einem „W", für Widerstand, abgespreizten Fingern) noch nicht strafbar gewesen, begründet das Landgericht sein Urteil. Trotz allem sei die Tat verabscheuungswürdig, äußerte der zuständige Richter. Dienel hatte die Tat zugegeben, behauptet jedoch einfach, nichts von der Bedeutung des Symbols gewußt zu haben. Desweiteren behauptet Dienel sich von der rechten Szene abgewendet zu haben. Er habe zwar seine politischen Auffassungen, doch wolle er sich bemühen, den Gesetzen entsprechend zu handeln. Dienel verbüßt derzeit eine viereinhalbjährige Haftstrafe in Justizvollzugsanstalt Godlauter bei Suhl wegen rechtsextremistischer Delikte, Volksverhetzung und Betrug.

Polizei schaute weg

Taz 9.6.95 - Drei Thüringer Polizisten müssen sich jetzt im Zusammenhang mit Ausschreitungen von Rechtsradikalen im Juli 1994 wegen Strafvereiteluing im Amt vor Gericht verantworten. Wie das Landgericht Gera am 8. Juni '95 mitteilte, sollen die Beamten der Polizei Saal-

feld nicht eingeschritten sein, als mehr als 20 Rechtsradikale an einem thüringer Stausee randalierten und dabei einen Österreicher verletzten.

Rechtsradikale und Polizei gegen Alternativhaus

JW 8.8.95 - In der Nacht zum 6. August '95 (gegen 2. Uhr) griffen mindestens 40 Rechtsradikale ein Alternativhaus in Altenburg an.Sie attacktierten das Haus mit Steinen, Bierdosen und Flaschen. Daraufhin wehrten sich die BewohnerInnen des Hauses mit einem Luftdruckgewehr und einer Schreckschußpistole. Die Schüsse, bei denen zwei Rechtsradikale verletzt wurden, nahm die Polizei zum Anlaß, das Haus zu durchsuchen. Da u.a. ein Canabispflänzchen gefunden wurde, nahm die Polizei gleich drei BewohnerInnen wegen Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz vorläufig fest. Beim Abtransport, so der Vertreter des Alternativhauses, seien diese geschlagen worden. Während von den BewohnerInnen die Personalien festgestellt wurden, bekamen die Rechtsradikalen nur ein Platzverweis. Die BewohnerInnen gehen davon aus, daß der Überfall geplant war. Schon seit Wochen gäbe es Provokationen. Für die Polizei ist klar: „Da werden die einen nicht besser sein als die anderen. Die haben sich gegenseitig hochgeschaukelt."

WJ-Sonnenwendfeier

JW 26.6.95 - Am frühen Morgen des 25. Juni '95 löste die Polizei auf der Burgruine Hohenstein eine Sonnenwendfeier der verbotenen ***Wiking-Jugend*** auf. 72 Mitglieder und Sympathisanten der rechtsextremistischen Organisation sind laut Polizeidirektion Nordhausen zur Identitätsfeststellung auf Polizeidienststellen gebracht worden. Es ist umfangreiches Propagandamaterial, Waffen und verbotene Gegenstände sichergestellt worden.

Milde Strafe für WJ-Nazis

Taz 31.6.95 - Am 30. Mai '95 fand vor dem Amtsgericht Weimar der Prozeß gegen fünf Mitglieder der verbotenen ***Wiking-Jugend (WJ)*** statt. Sie wurden verwarnt und zu jeweils 50 Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Die vier Männer und eine Frau hatten auf einem Lagers der rechtsextremen WJ im vergangenen Jahr den Hitlergruß gezeigt.

Vorladung wegen Anschlag auf JF

JW 8.6.95 - Am 19. April '95 erhielten 10 Leute aus der linken Szene in Weimar polizeiliche Vorladungen als Zeugen bzw. Zeuginnen. Es ging im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Druckerei der ***Jungen Freiheit*** am 3./4.12.94 um Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, schwerem Raub, versuchter Nötigung und versuchter Brandstiftung". *„Es gibt zureichende Anhaltspunkte dafür, daß eine Vereinigung von mehr als drei Personen für den Brandanschlag und den Raubüberfall in Weimar verantwortlich ist"*, behauptete der BAW-Sprecher Rolf Hannich. Als Ermittlungsgrundlage dient offensichtlich ein anonymes Schreiben, in dem eine Person aus Weimar der Mittäterschaft an den Anschlägen bezichtigt wird. Am 19. Mai '95 erhielten die zehn Leute Vorladungen vom Generalbundesanwalt nach Karlsruhe. Nur ein Mensch folgte dieser Vorladung und machte eine Aussage. Die anderen ließen sich von ihrem Anwalt „angesicht der Bedeutung der Sache und ihrer Unerfahrenheit in rechtlichen Angelegenheiten" entschuldigen, da dieser zu den Vorladungsterminen nicht hätte anwesend sein können. Das Gericht aktzeptierte dies nicht und ließ sieben Leute am 1. Juni '95 zwangsvorführen (zwei waren grad nicht in Weimar und konnten so nicht angetroffen werden). Die sieben wurden um sechs Uhr morgens aus den Betten geholt und jedeR einzeln mit persönlichem LKA-Typen, mindestens zwei Bewachungs-Uniformierten und zwei Begleitfahrzeugen zur Autobahnpolizeistation Hermsdorf transportiert. Der Generalbundesanwalt wurde vermutlich extra nach Hermsdorf eingeflogen. Hier wurden die Vorgeladenen ohne anwaltlichen Beistand von Bundesanwalt Döpperl verhört und festgehalten. Während der Vernehmungen wurde allen ZeugInnen mit Beugehaft gedroht. Zwei Leute verweigerten die Aussage und begründeten dies mit der Abwesenheit ihres Anwaltes. Alle neun ZeugInnen bekamen ein Ordnungsgeld in Höhe von 200 DM aufgrund des Nichterscheinens in Karlsruhe aufgebrummt. Die zwei Leute, die die Aussage verweigerten, müssen zusätzlich 500 Mark abdrücken.

Antifa-Camp

JW 28.7.95 - Über 150 TeilnehmerInnen aus 25 Städten nahmen am diesjährigen Antifa-Camp in Buchenwald teil. Neben Gesprächen mit ehemaligen Buchenwald-Häftlingen und Mitgliedern der Angehörigengruppe der politischen Gefangenen standen auch Gespräche mit einigen KurdInnen auf dem Programm. Es gab von hier aus auch zwei Spontandemos in Weimar. Eine für die Freilassung von Mumia Abu-Jamal und eine gegen den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr und den neuen § 218.

Abschiebung nach "Einzelfallprüfung"

JW 13.6.95 - Thüringen wird Kurden nur nach einer Einzelfallprüfung in die Türkei abschieben. Innenminister Richard Dewes (SPD) behalte sich diese Einzelfallprüfung vor, sagte eine Sprecherin des Minesteriums am 12. Juni '95 in Erfurt. Dies gelte auch für alle anderen Ausländer, die aus Thüringen abgeschoben werden sollen.

International

Ungarn: 18 Tamilen auf der Flucht erstickt

BeZe 17./18.7.95 - 17 Männer und eine Frau, alles tamilische Flüchtlinge aus Sri Lanka, sind am 15. Juli '95 am Rande der westungarischen Stadt Györ erstickt in einem Lkw aufgefunden worden. Wie die Polizei mitteilte, sind der Eigentümer des Lkw bekannt und auch der Fahrer konnte einige Tage später in Sofia festgenommen werden. 19 weitere Flüchtlinge, die im Anhänger des Wagen versteckt waren, hatten die Horrorflucht überlebt und wurden von den Behörden festgenommen. Sie waren von den Schleppern auf die Straße gesetzt worden, als diese offenbar bemerkten, daß die im Lastwagen verborgenen Flüchtlinge bereits erstickt waren. Die Überlebenden gaben an, sie hätten den Lkw in Rumänien bestiegen und für die Flucht 800 US-Dollar bezahlt. Auf den Lastwagen war die Polizei aber erst gestoßen, als sich Anwohner in der Umgebung des Parkplatzes, wo das Fahrzeug abgestellt war, über den verwesungsgeruch beschwerten. In den letzten Jahren ist Ungarn eines der wichtigsten Transitländer für die Flüchtlinge aus Osteuropa, Asien und Afrika in den Westen Europas geworden. Auch an der Ostseeküste Schwedens und Dänemarks tauchen seit 1992 immer wieder Flüchtlingsgruppen auf, die unter meist lebensgefährlichen Umständen von Rußland oder den baltischen Ländern aus versuchen, nach Skandinavien. In Deutschland befreiten sich am 21. Februar 1992 zwischen 60 und 80 indische Sikhs aus einem luftdicht verschlossenen Container. Dieser sollte von Bremerhaven aus nach Kanada verschifft werden. Nach den Worten eines Polizeisprechers wären die Flüchtlinge spätestens auf der Überfahrt entweder erstickt, erfroren, verdurstet oder verhungert.

Baltikum

Endlich Entschädigung?

Taz 11.5.95 - Jetzt, 50 Jahre später, werden anscheinend auch die NS-Opfer in den Baltenrepubliken Estland, Lettland und Litauen für das an ihnen begangene Unrecht entschädigt. Noch vor der Sommerpause wollte der Bundestag über solche Entschädigungen diskutieren. Bislang hatte die Bundesregierung Forderungen der drei Länder auf individuelle Entschädigung abgelehnt. Nun sollen jeder Republik pauschal zwei Millionen Mark überwiesen werden, sobald die jeweiligen Länder konkrete Vorschläge zur Unterstützung von Krankenhäusern, Pflegeheimen oder anderen solzialen Einrichtungen in Bonn eingereicht haben.

Argentinien

Altnazi taucht ab

BeZe, JW 24./ 26.5.95 - Der deutsche Altnazi **Reinhard Kopps**, alias **Juan Maler**, ist nach Angaben von seiner Frau und einer Zeitung aus seinem Wohnort Bariloche Richtung Deutschland abgereist. In Deutschland soll er in Neonazikreisen untergetaucht sein, die er nach Angaben des Simon-Wiesenthal-Zentrums schon von Argentinien aus unterstützte. Kopps war ehemaliger Nazi-Offizier und soll an Massenhinrichtungen im Zweiten Weltkrieg beteiligt gewesen sein.

Auf Brunner-Suche

FR 19.5.95, Tsp 3.8.95 - Der meistgesuchte Nazi-Kriegsverbrecher, der 83jährige **Alois Brunner**, hat bereits im Mai seiner jahrzehntelangen Zufluchtsort Syrien verlassen und lebt jetzt nach Hinweisen in Argentinien. Der in Österreich geborene Brunner war als Mitarbeiter im „Referat zur Endlösung der Judenfrage" im ***Reichssicherheitsamt (RSHA)*** die rechte Hand von **Adolf Eichmann**. Er soll maßgeblich an der Deportation von über 130 000 Jüdinnen und Juden aus verschiedenen Europäischen Ländern in deutsche Vernichtunslager beteiligt gewesen sein.

Dänemark

Erstes Nazi-Radio

JW 27.7.95 - Die faschistische ***Dänische Nationalsozialistische Bewegung (DNSB)*** wird ab September '95 das erste öffentliche Nazi-Radio ***Oase*** Dänemarks senden. Der Vorsitzende der DNSB und Betreiber des Radios, **Jonni Hansen**, gibt sich sichtbar zufrieden und kündigt „rassenbewußte Musik und heftige Diskussionen für ein rassenreines Dänemark" an. Daß die Neonazis von der DNSB so ungehindert eine Lokalradiostation einrichten konnten, liegt daran, daß in Dänemark eigentlich so gut wie jedeR einen eigenen Sender eröffnen kann - Bedingungen gibt es praktisch keine. Jonni Hansen, der in einer Grevener Villa hinter Stacheldraht und Videokameras lebt und Nazi-Propagandamaterial herstellt, ist seit '91 mit **Henrik Christensen** Leiter der DNSB. Zuvor gab es bis zu Selbstauflösung '90 die 1970 gegründete ***Danmarks National Socialistke Ungdom (DNSU)***. Bis 1990 war **Poul Heinrich Riis-Knudsen** Leiter der Partei, wurde jedoch im Oktober '92 ausgeschlossen. In den 70ern war **Hans Christian Krog Pedersen** Generalsekretär der DNSU. Die DNSB arbeitet eng mit deutschen Neonazis zusammen, so beteiligen sie sich mit an der Anti-Antifa-Kampagne, wobei die DNSB über Henrik Christensen anbot, mit einem Postfach in Randers behilflich zu sein. In Greve macht sich derweil René Milo, der Bürgermeister der Kommune, ernsthafte Sorgen um den wachsenden Einfluß der DNSB: *„Ich befürchte, daß die Nazis den Sender zur Rekrutierung neuer Mitglieder nutzen werden."* Sender Oase kann - glücklicherweise - nur etwa 10 km um die Stadt Greve empfangen werden - trozdem 10 km zuviel. Wer mehr über die DNSB und über die Verbindungen dänischer Neonazis nach Deutschland wissen will, sollte sich die Broschüre ***Versorgungslinie Nord*** bestllen: A.M.O.K., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, für 7 DM + 3 DM Versandkosten.

Gary Lauck wird ausgeliefert

KSA 25.6.95, WGA - Das Kopenhagener Oberlandesgericht hat die Auslieferung des us-amerikanischen Neonazis **Gary Lauck**, Führer der ***NSDAP/AO***, zur Strafverfolgung nach Deutschland bestätigt. Anfang Juni und in der zweiten Verhandlung am 24. Juni '95 wurde beschlossen, ihn zügig an die BRD-Behörden zu überstellen. Dagegen wandte sich Lauck aber mit verschiedenen juristischen Mitteln, so daß am 22. August nochmals vom Obersten Gericht entschieden werden mußte. Aber auch bei diesem Termin wurde kein anderer Beschluß gefaßt. Daraufhin beantragte Lauck nun Asyl in Dänemark, was jedoch abgelehnt wurde. Es wird erwartet, daß Lauck Anfang September der deutschen Justiz überstellt wird. Bereits am 18. August ist er vom Gefängnis in Roskilde in die dänische Hauptstadt verlegt worden, was als Indiz für eine baldige Auslieferung gewertet wird.

Christophersen zieht um

BeZe 16.6.95, WGA - Der deutsche Alt-Nazi und Auschwitz-Leugner **Thies Christophersen** ist Zeitungsberichten zufolge nach Belgien gezogen. 1986 floh Christophersen aus Mohrkirchen Kreis Schleswig-Flensburg nach Dänemark ins grenznahe Kollund, weil in Deutschland gegen ihn Haftbefehle wegen seiner Nazi-Hetzschrift ***Die Auschwitzlüge*** vorlagen. Nach vielen heftigen Protesten Kollunder BürgerInnen zog er kurzfristig auf die Insel Fühnen in ein Haus von **Ulla Petersen** in einer kleinen Feriensiedlung in Gudbjerg. Danach lieferte er sich selbst den deutschen Behörden aus, als er im April in die Bundesrepublik zog. Von Kollund aus hatte Christophersen jahrelang die Produktion verschiedenster Nazi-Propaganda organisiert, unter anderem auch seine faschistische Zeitung ***Die Bauernschaft***. Die Herausgabe dieser Zeitung hat inzwischen der kanadische Nazi **Ernst Zündel** übernommen. Der Druckort der Zeitung wurde ebenfalls nach Begien verlegt. Christophersen war im Nazi-Deutschland SS-Mann und KZ-Sonderführer in Auschwitz.

Frankreich

Riots nach Skin-Mord

BeZe 24.5.95 - Zu schweren Zusammenstößen zwischen 150 größteils arabischen Jugendlichen und der Polizei ist es in Hafenstadt Le Havre gekommen. Die jungen Leute protestierten anläßlich des Mordes von rechtsradikalen Skins an einem 19jährigen Tunesier, der am 7. Mai '95 ertränkt wurde.

Unruhen nach Tod eines Jugendlichen

FR, JW 10.6.95 - Zu schweren Auseinandersetztungen zwischen der Polizei und zahlreichen, meist arabischen Jugendlichen kam es in den Nächten 7. bis 9. Juni '95 im Pariser Vorort Noisy-le-Grand. Vorausgegegangen war dem der Tod eines marrokanischen Migranten der - scheinbar - nach einem Verkehrsunfall starb. Der Jugendliche wurde zuvor von der Polizei auf der Autobahn verfolgt, weil er ohne Helm gesehen wurde. Er war bereits vor dem Unfalltod mehrfach den Repressionen der Polizei ausgesetzt und wurde mehrere Male von ihnen verprügelt. Deshalb gibt es auch die Vermutung, es handelte sich um einen gewollten, gezielten Übergiff der Polizei. Noch am selben Abend versammelten sich spontan Jugendliche, um vor der Polizeístation gegen das Vorgehen zu protestierten. Nach der Kurz-Kundgebung wurden Scheiben eingeworfen und ein Lkw in Brand gesteckt. In den Abenden darauf kam es erneut zu Krawallen, wobei neben Autos auch fünf Schulen in Brand gesteckt wurden.

Kriegsverbrecher bleibt in Haft

FR 4.6.95 - Der 80jährige Kriegsverbrecher und Nazi-Kollaborateur **Paul Touvier** bleibt lebenslang in Haft. Das Urteil von 1994 wurde nun vom Berufungsgericht bestätigt. Touvier war 1944 als Milizchef von Lyon für die Erschießung von sieben Juden verantwortlich.

Mitschuld eingeräumt

JW 17.7.95 - Als erster französischer Präsident hat **Jacques Chirac** offiziell die Verantwortung des französischen Staats für die Judenverfolgung im Zweiten Weltkrieg unter dem Vichy-Regime anerkannt. Während einer Gedenkfeier am 16. Juli

'95 anläßlich des 53. Jahrestag der ersten großen „Judenrazzia" in Paris sagte Chirac: „Diese düsteren Stunden beflecken für immer unsere Geschichte. Ja, bei dem kriminellen Wahnsinn des Besatzers halfen Franzosen, der französiche Staat."

Großbritannien

Friedhöfe geschändet

MAZ 23.6.95 - Bislang unbekannte Täter haben zwei jüdische Friedhöfe geschändet. Am Montag, den 19. Juni '95 wurden im nordenglischen Hull 45 Grabsteine zerstört. Einige Tage davor zerstörten Unbekannte in London etwa 50 Grabsteine.

Kriegsverbrecher angeklagt

BeZe 24.7.95 - Erstmalig in Großbritanien steht ein mutmaßlicher Nazi-Kriegsverbrecher vor Gericht. Der heute 84jährige ***Szymon Serafinowicz*** ist angeklagt, in den Jahren 1941 und 1942 als örtlicher Polizeikommandeur im von Nazi-Deutschland besetzten Weißrußland vier jüdische Menschen ermordet zu haben. Der Nazi-Jäger **Simon Wiesenthal** sprach sich in einem Interview gegen die Verjährung solcher Verbrechen aus. Recht hat er!

Italien

Skinhead-Mord

JW 1.8.95 - Am Wochenende 29./30. August '95 sind in Mailand fünf Skinheads unter dem Verdacht festgenommen worden, im Mai '95 einen Mann erschlagen zu haben. Die Skinheads wollten nach Polizeiangaben den öffentlichen Park ihres Wohnviertel „säubern".

NA in Bozen

Tsp, SZ 20.6.95 - Bei der Stichwahl um das Bürgermeister-Amt am 18. Juni '95 in Bozen hat sich der Mitte-Links-Kandidat **Giovanni Salghetti** gegen den Neofaschisten **Pietro Mitolo** von der ***Nationalen Allianz (NA)***, ehemals die faschistische ***MSI***, durchgesetzt. Salghetti erhielt 55 und Mitolo 45 Prozent der Stimmen. Zwei Wochen davor ging die NA mit über 30 Prozent als stärkste Kraft hervor. Auch in Meran siegte ein Mitte-Links-Bündnis in der Stichwahl gegen ein rechtes Bündnis. **Franz Alber** von den Mitte-Linken erhielt 52 Prozent, der rechte Kanidat **Paolo Deflorian** 48 Prozent der Simmen bei einer Wahlbeteiligung von nur 60 Prozent.

Kanada

Polizei warnt Nazis

BeZe 21.7.95 - Kanadas Polizei hat rechtsextreme Organisationen vor einer Paketbombenkampage gewarnt. Eine angebliche ***Antifaschistische Miliz*** habe seit Mai '95 vier Bomben verschickt, Verletzte gab es bislang nicht.

Niederlande

Tür zu für Flüchtlinge

BeZe 20.7.95 - Auch die Niederlande steuern einen Kurs der einschränkenden Asylpolitik. Kürzlich verkündete das Innenministerium: „Weder ist Europa ein Einwanderungskontinent, noch sind die Niederlande ein Einwanderungsland!". Was noch vor Jahren undenkbar gewesen wäre, ist nun Tatsache - die Niederlande macht es ihren Nachbarn Belgien, Frankreich und nicht zuletzt Deutschland nach und schließt die Tore vor Asylsuchenden. Die Regierung will verhindern, daß das Land ähnlich wie Deutschland oder Frankreich Gewalttaten von Ausländern „ausgesetzt" wird. Bislang entstanden an den Grenzen zu Belgien und Deutschland Auffangzentren, um sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge auszusieben. Zu den in den 60ern ins Land gekommenen ZuwanderInnen sagte die Abgeordnete **Ella Kalsbeek** folgendes: „Wir dachten, daß sie irgendwann wieder nach Hause gehen würden. Aber sie sind für immer geblieben und wir mußten lernen, daß sie integriert werden müssen."

Norwegen

Neonazi Burmeister in Oslo verhaftet

SZ 17.8.95; WGA - Die norwegische Polizei hat nach Hinweisen aus Deutschland den deutschen Neonazi **Lars Burmeister** in der Nähe von Oslo verhaftet. Gegen den 26jährigen Berliner Chef der verbotenen ***FAP*** wurden von einem Gericht in Kongsberg vier Wochen Untersuchungshaft verhängt. Es ist davon auszugehen, daß die norwegische Regierung Burmeister möglichst schnell an Deutschland ausliefern will. Burmeister hatte sich in der Ortschaft Hokksund bei Drammen nahe der Hauptstadt zwei Wochen lang bei Gesinnungsgenossen aufgehalten. Nach Angaben skandinavischer Antifas wollte er zu einem Rudolf-Heß-Gedenktreffen nach Helsinki und danach eventuell zum Heß-Marsch nach Roskilde. Die deutschen Polizei behauptet, daß gegen Burmeister bereits seit drei Jahren ein Haftbefehl besteht, weil er im Sommer '92 an einem Überfall im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg beteiligt gewesen sein soll, bei dem eines der Opfer erblindete. Seitdem ist er jedoch ständig in der Öffentlichkeit aufgetreten und wurde in der Nähe seiner Wohnung immer wieder von AntifaschistInnen beobachtet. Lars Burmeister nahm auch regelmäßig an den „Kameradschaftsabenden" in Lichtenberg teil. Von einem Haftbefehl gegen ihn war bisher weder etwas bekannt, noch was zu merken. Burmeister gilt in Berlin als Organisator, vor allem was den Jugendbereich angeht. Seine ehemalige Wohnung in der Grellstr. 46a war jahrelang ein Zentrum der Berliner FAP. Auch zum Bundesvorsitzenden der FAP, **Friedhelm Busse**, hielt Burmeister guten Kontakt.

Österreich

Friedhof verwüstet

JW 7.6.95 - Am Pfingswochenende 3./4. Juni '95 haben bislang Unbekannte im niederösterreichischen Oberstockstall einen jüdischen Friedhof verwüstet. Die Täter warfen 15 Grabsteine um und zerstörten sie zum Teil so.

Aula angeklagt

JF 19.5.95 - Die Staatsanwalt Graz hat gegen das rechtsradikale Broschüre ***AULA*** Anklage wegen Verharmlosung des Nationalsozialismus erhoben. In der Broschüre hatte ein gewisser **Hans Moser** über die Einstellung des Verfahren gegen den Rechtsextremisten **Hans Lüfter** berichtet. Lüfter hatte zuvor den technischen Massenmord an Millionen Juden in Zweifel gezogen. Die Staatsanwaltschaft will jetzt gegen **Herwig Nachmann**, dem AULA-Geschäftsführer, gerichtlich vorgehen.

Antifa-Aktionen

Flugi, WGA - „Keine Ehrung für faschistische Mörder!", so lautet die Überschrift eines Flugblattes von Innsbrucker Antifas, die seit Mai '95 öffentlich gegen den Gedenkstein für die Toten der Waffen-SS auf der Heldengedenkstätte Tummelplatz vorgehen. Der Gedenkstein ist von der „Kameradschaft IV" aufgestellt worden - einer Gruppe ehemaliger Waffen-SS'lern und Nazi-Größen. Der Gedenkstein stellt „nicht nur eine unvertretbare Verneigung der faschistischen Massenexterminaionen, sondern auch eine eindeutige „Vergötterung" von nationalsozialistischen Verbrechern" dar, so die Flugie-SchreiberInnen. Es wurden in Innsbruck Flugblätter verteilt, Infostände errichtet, Plakate geklebt und Transparente aufgehängt, so zum Beispiel am 16. Juni '95 mit der Aufschrift „Keine Ehrung für faschistische Mörder! Weg mit dem Waffen-SS-Gedenkstein!". Eine ähnliche Tafel gab es bis vor einem halben Jahr auch in Wels (Oberösterreich), diese wurde jedoch von unbekannten Leuten Ende '94 entwendet.

Neues Antifa-Café

Antifa-Café - In Innsbruck im Z6 (Dreiheiligenstraße) wird Ende September ein neues Antfa-Café eröffnet. Das erste Mal findet am 28. September '95 und dann immer jeden zweiten Donnerstag ab 19.00 Uhr statt. Es soll unter anderem einen Infotisch geben, Diskussionen sollen stattfinden oder einfach Treffpunkt für Antifas sein. Das Motto des Cafés: Trinken, Quatschen, Filme gucken GEGEN NAZIS!

Alt-Nazi klagt

Taz 8.6.95 - Am 8. Juni '95 begann vor dem Landgericht Wien der Prozeß gegen den 67jährigen Journalisten **Karl Pfeifer** von der jüdischen Zeitung ***Gemeinde***. Er wird vom 54jährigen Österreicher **Werner Pfeifenberger**, einem Politik-Professor an der Fachhochschule Münster, der üblen Nachrede beschuldet. Pfeifenberger legte in einem pseudo-wissenschaftlichen Beitrag nahe, daß am Zweiten Weltkrieg nicht Nazi-Deutschland schuld sei, sondern die Juden, welche angeblich Deutschland den Krieg erklärt hatten. Pfeifer hatte ihm daraufhin in der Februar-Ausgabe '95 der „Gemeinde" vorgeworfen, die „Mär vom jüdischen Krieg gegen Deutschland zu verbreiten". Im „Jahrbuch für politische Erneuerung" der rechtsradikalen ***FPÖ*** (heute ***Die Freiheitlichen***) schrieb Pfeifenberger unter dem Titel *„Internationalismus gegen Nationalismus - eine unendliche Feindschaft"* einen Artikel und packte ihn voll mit Standardargumenten der sogenannten revisionistischen Publizistik. Er soll zahlreiche Propagandaelemente rechtsextremer und neonazistischer Publikationen verwendet haben und steht unter dem Verdacht des Verstoßes gegen das NS-Verbotsgesetz. Die StudentInnen der Fachhochschule haben von 1989 bis 1992 seine Lehrveranstaltungen wegen rassistischen Äußerungen, insbesondere für das Arpartheitregime in Südafrika, vollständig boykottiert und ihre eigenen Veranstaltungen organisiert. Schon 1979 wurde er wegen rassistischen Äußerungen von der Münsterer Uni geworfen.

Portugal
Serie rassistischer Morde in Portugal

FR, JW 13.6., NZZ 18.6., JW 20./26.6., 17.7., SZ 3.7.95 - Seit dem Frühsommer gibt es in Portugal eine Welle rassistischer Morde gegen Schwarze. Nach einem Überfall von rechtsradikalen Skins ist am 12. Juni '95 in Lissabon ein 27jährige Angolaner an seinen Verletzungen gestorben. Am Samstag den 10. Juni '95 hatten etwa 50 Skins eine zwölfköpfige Gruppe Schwarzer angegriffen und verletzen die Afrikaner so schwer, daß sich noch am Montag danach zehn Männer im kritischen Zustand in Krankenhäusern befanden. Nur wenige Tage später wurde ein von den Kapverdischen Inseln stammender 19jähriger Schwarzer in Sintra, 30 km von Lissabon entfernt, ermordet. Zwar wurden hier bisher keine Täter festgenommen, aber auch in diesem Fall wird ein rassistischer Hintergrund angenommen. „Nur" verletzt wurde ein Schwarzer bei einerm Überfall von Kahlgeschorenen, die ihn am 24. Juni in Porto mit Knüppeln zusammengeschlgen. Am 16. Juli '95 schließlich sind im Lissaboner Viertel Alcantara zwei Schwarze auf offener Straße erschossen worden.

An Abend des 10. Juni, als der erste Überfall passierte, verließ **Alcindo Monteiro**, dessen Vater als Arbeiter in Deutschland lebt, seine Wohnung in der Vorstadt Barreiro. Der Automechaniker fuhr ins Lissabonner Viertel Bairro Alto. Der 10. Juni wird von portugiesischen Faschisten als „Tag der Rasse" gefeiert, ein Relikt aus der Zeit des Faschismus. An diesem Tag versammeln sich traditionell Rassisten jeglicher Coleur. Nazis und Skinheads führten an diesem Abend ein Treffen in einem Restaurant durch, danach zogen sie ins Bairro Alto: Etwa 50 Faschisten, bewaffnet mit Stahlrohren, Totschlägern und Pistolen. Und auch die Fans des Fußballklubs „Sporting Lissabon" feiern an diesem Tag auf der Straße. Der Fanklub ist als extrem rassistisch bekannt und auch dafür, daß seine Anhänger gerne Jagd auf Schwarze machen. Unter dem Schutz des allgemeinen Durcheinanders auf der Straße infiltrieren sich die Naziskins planmäßig in kleinen Gruppen ins Barrio Alto. Sie werden von angolanischen Jugendlichen erkannt, die es aber angesichts der Bewaffnung vorziehen, die Nazis nicht wie sonst üblich anzugreifen und zu verjagen. Doch dann ziehen sich die Faschisten plötzlich in einer der Gassen im Viertel zusammen, in der sich gerade viele Schwarze aufhalten, sperren die Straße an beiden Enden ab und schlagen wahllos auf die schwarzen Jugendlichen ein. Viele von ihnen versuchen in Panik in die Kneipen und Discoszu fliehen, die jedoch sofort die Türen schließen und niemanden mehr hineinlassen. Einige der schwarzen Jugendlichen versuchen noch, sich zu wehren, sacken aber unter den brutalen Schlägen der Nazis zusammen. Alcindo Monteiro wird die Wirbelsäule mehrfach gebrochen und der Hinterkopf eingeschlagen. Später wird er im Koma zusammen mit anderen Jugendlichen ins Krankenhaus eingeliefert, wo er zwei Tage später stirbt. Das nur eine Minute entfernte Polizeirevier unternimmt nichts. Erst eine Stunde nach Beginn der Schlächterei tauchen die ersten Einheiten auf und nehmen neun Faschisten fest, darunter zwei Frauen. Die Behauptung der Polizei, sie hätte von alldem nichts gewußt, stellt sich später als Lüge heraus. Es ist auch nicht das erste Mal, daß staatliche Stellen rechte Skins und Mitglieder von Nazi-Organisationen in Schutz nehmen. Der wegen Mordes an einem Führer einer linken Organisation verurteilte Nazi **Pedro Grilo** konnte z.B. kurz nach seiner Einlieferung ins Gefängnis unter dubiosen Umständen fliehen. Nazis, die einen Angolaner an Eisenbahnschienen festbanden, wurden zuerst nur gering bestraft und dann noch amnestiert. Demgegenüber ist das Verhalten der Polizei gegenüber schwarzen Jugendlichen und ImmigrantInnen aus Afrika das genaue Gegenteil und von massivem Rassismus geprägt. Nachdem nun wieder ein Schwarzer von Faschisten ermordet wurde, regt sich in Teilen der portugiesischen Bevölkerung Widerstand. Vor allem in Kreisen der schwarzen Jugendlichen wurden erste Aktionen gegen Weiße mit kurzgeschorenen Haaren gestartet - begleitet von Distanzierungen der oppositionellen Sozialistischen Partei sowie der ihr nahestehenden Führer der afrikanischen Vereine. Am 16. Juni '95 fand die erste große antifaschistische Demonstration in Lissabon statt. Mehrere Tausend TeilnehmerInnen forderten die Bestrafung der rassistischen Mörder von Alcindo Monteiro. Auf dieser Demo tauchte auch zum ersten Mal ein schwarzer autonomer Block auf, der zu direkten Aktionen gegen die Nazis und zur Selbstverteidigung aufrief. Doch die Diskussion über den Kampf gegen den Rassismus steht in Portugal erst am Anfang. In Portugal agieren mehrere faschistische Organisationen, u.a. die „Bewegung der Nationalen Aktion" ***MAN***, sie war das Sammelbecken der „nationalen Aktivisten". Nach dem

Mord an einem Linken tauchte sie erstmal unter. Selbst nach weiteren rassistischen Morden und Aggressionen wurde die MAN im Januar '94 von der Justiz für nicht existent erklärt. Die ihr angelasteten Taten wurden zu den Akten gelegt. 1995 taucht aus demselben Umfeld die ***AFN (Acçao Fundacional Nacionalista)*** auf, deren Gründer der Verteidiger des wegen Mordes verurteilten Pedro Grilo ist.

Rumänien

Friedhof geschändet

Tsp 24.6.95 - Unbekannte Täter haben auf einem jüdischen Friedhof in Bukarest in bislang nicht gekanntem Ausmaß gewütet und fast 90 Gräber geschändet. Das teilte der Sprecher des Jüdischen Bundes Rumäniens, **Julian Sorin**, mit. Die Täter stürzten Marmorgrabsteine um, zerschlugen Grabdeckel und benutzten dafür offenbar Vorschlaghämmer und Eisenstangen. Nicht einmal während der Nazizeit ist es zu Zerstörungen dieses Ausmaßes gekommen sagte Sorin. Der Anschlag sei um den 17. Juni '95 herum geschehen. Sorin teilte auch mit, daß seit 1989 jüdische Friedhöfe immer häufiger geschändet werden.

Roma-Diskriminierung

JF 2.6.95 - Die Bukarester Regierung hat beschlossen, daß Roma offiziell nur nur noch als Zigeuner bezeichnet werden sollen. Das Außenministerium hat dies mit der „Verwechslung“ von Roma mit Rumäne oder Römer begründet.

Schweden

Friedhof geschändet

FR 4.7.95 - Bislang unbekannte Täter haben am Montag, 3. Juli '95 einen jüdischen Friedhof in Karlskrona an der Ostsee geschändet. 15 Grabsteine wurden mit Hakenkreuze und andere Nazi-Symbole beschmiert. Zwei Grabsteine wurden umgeworfen.

Serbien

Rechtsextreme Serben

FR 6.6.95 - Die Führung in Belgrad ist am Wochenende 3./4. Juni '95 gegen die rechtsextreme ***Serbische Radikale Partei (SRS)*** vorgegengen, weil sie für den 17. Juni '95 zu einer Kundgebung gegen das „verräterische Regime“ aufgerufen hatten. Mindestens zwei SRS-Abgeordneter wurden zu mehrtätigen Haftstrafen verurteilt. Die parlamentarische Immunität von SRS-Chef **Vojislav Seselj** und fünf Abgeordneten wurde aufgehoben. Die sechs Politiker waren nach Zusammenstößen mit der Polizei festgenommen worden.

Slowakei

Terrorwelle von Skins

JW 26.6., Tsp 27.7.95 - Zu mehreren Übergriffen von rechtsradikalen Skinheads ist es am Freitag, 21. Juli '95 in der Stadt Ziar nad Hronom gekommen. Die etwa 30 Nazi-Skins aus Ziar und Umgebung hatten einen 17jährigen Roma mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet - er erlitt schwerste Verbrennungen. Bei ihrem Marsch durch die Stadt verprügelten sie eine weitere 21jährige Roma so schwer, daß die Frau mit Schädelverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Skins warfen Molotow-Cocktails in ein Haus von einem Roma und in ein Café. Laut Innenministerium wurden acht Skins festgenommen, unter ihnen sieben Minderjährige. Sie sollen nun wegen Landfriedensbruch und „ethnischer Gewalt“ angeklagt werden. Von Anfang '94 bis April '95 sind nach Angaben des Ministeriums 29 rassistische Überfälle registriert worden, die jedoch nicht als Straftat, sondern nur als Vergehen eingestuft wurden.

Tschechien

Skin-Angriff auf Roma

JW 4.7.95 - Am Wochenende 1./2. Juli '95 giffen rund 15 rechtradikale Skinheads in Broumov eine Gruppe von Roma an. Der Angriff ereignete sich auf dem Bahnhof der ostbömischen Kleinstadt. Nach groben Beschimpfungen und einem Handgemenge mußten nahezu alle Skins mit zum Teil ernsten Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Gefälschtes Flugblatt in Prag

BeZe 18.7.95 - Ein von der rechtsextremen Partei der tschechischen ***Republikaner*** verfaßtes Flugblatt ist mit Unterschriften von Helmut Kohl und Finanzminister Waigel versehen und trägt den Vermerk „vertraulich“. Es soll eine „Information der Bundesregierung an die Führung der ***Sudetendeutschen Landsmannschaft***“ darstellen. Darin ist die Rede von einer angeblichen Vereinbarung zwischen den Regierungen Deutschlands und Tschechiens, auf deren Grundlage die nach dem Krieg aus der damaligen CSR vertriebenen Sudetendeutschen ihr früheres Eigentum zurückerhalten und die tschechische Staatsbürgerschaft zuerkannt bekommen würden. Im Gegenzug würde Bonn die tschechischen NS-Opfer symbolisch entschädigen. Die Empfänger des Flugblatts wurden aufgefordert bei der nächsten Parlamentswahl für die jetzigen Regierungsparteien zu stimmen, da nur ihr Sieg die Garantie für eine Wiedergutmachung der Verbrechen, welcher sich die Tschechen an den Deutschen schuldig gemacht hätten. Das Prager Innenministerium gab bekannt,daß es sich um eine plumpe Fälschung und um eine „sehr gefährliche politische Provokation“handle.

Ungarn

Rechtsradikale Demo

SZ 6.6.95 - Über 6.000 Nationalisten und rechtsradikale Skins haben am Sonntag, den 11. Juni '95 in der Hauptstadt Budapest anläßlich des 75. Jahrestages gegen den Friedensvertrag von Trianon demonstriert. Der Vertrag wurde nach dem Ersten Weltkrieg zwischen den Alliierten und Ungarn geschlossen und enthielt unter anderem Auflagen über Gebietsabtretungen von Ungarn. Zur Demo hatte die rechtsextreme ***Partei für Ungarisches Leben und Gerechtigkeit*** aufgerufen.

USA

Selbstmord eines Flüchtlings

Taz 19.5.95 - Ein Haitianer der von den USA abgeschoben wurde hat sich am Mittwoch, 17. Mai '95 in Verzweiflung umgebracht. Während seines „Rückflugs“ nach Haiti öffnete der 36jährige in über 3000 Meter Höhe eine Notausgangstür des Flugzeugs und stürzte sich vor der Spitze Jamaikas ins Meer. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Index der #8

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte



Der „Fall Kaindl"
Das Du dich wehren mußt...
Eine Nachbetrachtung
Aus dem Inhalt:
- Bericht eines Gefangenen
- Die Rolle der AnwältInnen
- Verratsdiskussion
48 Seiten - 3 DM (+2 DM Versand). Bestellungen an:
A.M.O.K.
Antifa-Versand
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Bildarchiv · Repro · Montage
gegen die Unterbelichtung der linken Bewegung!
Jetzt auch Satz und Strich/Raster bis DIN A 2
UMBRUCH
zur besseren Verbreitung aufrührerischen Bild- und Schrifttums
Eisenbahnstraße 4, 10997 Berlin 36, Tel. (030) 612 30 37
Montag bis Freitag ab 11 Uhr
Laßt Eure Fotos nicht zu Hause verstauben!
Benützt und unterstützt das Bildarchiv!



Antifaschistische Informationen
Rechte Organisationen in Hamburg
Nummer 1
5 DM
LIEBER RAUS AUF DIE STRASSE ALS HEIM INS REICH!
ABSCHIEBUNG = FOLTER, MORD
offene GRENZEN